

mittelstands magazin

DAS MAGAZIN DER **MIT**
FÜR ENTSCHEIDER IN
WIRTSCHAFT UND POLITIK

01
2021

FEBRUAR 2021
WWW.MIT-BUND.DE
ISSN 1865-8873

**CORONA BESCHLEUNIGT
VERÖDUNG**

Wie retten wir die Innenstädte?

ARMIN LASCHET IM INTERVIEW

**„Bürokratieabbau
muss ein Kernthema
im Wahlkampf sein“**

ÖFFENTLICH-RECHTLICHER RUNDFUNK

**MIT legt umfassendes
Reformkonzept vor**



Zeit, neu zu lenken.

Jetzt für Businesskunden¹: attraktive Konditionen für ausgewählte Q-Modelle bei den Audi Faszinationswochen² vom 11.01. bis 05.03.2021 sichern.



Ein attraktives Leasingangebot für Businesskunden¹:

Monatliche Leasingrate

€ 399,-

Alle Werte zzgl. MwSt.

Audi Q5 S line 40 TDI quattro 150 kW (204 PS) S tronic³

³ Kraftstoffverbrauch in l/100 km: innerorts 6,1; außerorts 5,0-4,8; kombiniert 5,4-5,3; CO₂-Emissionen in g/km: kombiniert 143-139; CO₂-Effizienzklasse: A.

Leistung:	150 kW (204 PS)
Vertragsdauer:	36 Monate
Jährliche Fahrleistung:	10.000 km
Monatliche Leasingrate:	€ 399,-
Sonderzahlung:	€ 0,-

Ein Angebot der Audi Leasing, Zweigniederlassung der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhornstraße 57, 38112 Braunschweig. Bonität vorausgesetzt. Nur bei teilnehmenden Audi Partnern erhältlich.

Etwas Rabatte bzw. Prämien sind im Angebot bereits berücksichtigt.

Abgebildete Sonderausstattungen sind im Angebot nicht unbedingt berücksichtigt. Alle Angaben basieren auf den Merkmalen des deutschen Marktes.

¹ Zum Zeitpunkt der Leasingbestellung muss der Kunde der berechtigten Zielgruppe angehören und der genannten Tätigkeit nachgehen. Zur berechtigten Zielgruppe zählen: gewerbetreibende Einzelkunden inkl. Handelsvertretern und Handelsmaklern nach § 84 HGB bzw. § 93 HGB, selbstständige Freiberufler/Land- und Forstwirte, eingetragene Vereine/Genossenschaften/Verbände/Stiftungen (ohne deren Mitglieder und Organe). Wenn und soweit der Kunde sein(e) Fahrzeug(e) über einen gültigen Konzern-Großkundenvertrag bestellt, ist er im Rahmen des Angebots für Audi Businesskunden nicht förderberechtigt.

² Gültig bei Bestellung vom 11.01.2021 bis 05.03.2021. Eine Verlängerung der Aktion bleibt ausdrücklich vorbehalten. Nur für Neuwagen der Modellreihen Audi Q2/Q3/Q5/Q7/Q8. Ausgeschlossen sind RS-Modelle sowie Plug-in-Hybrid-Modelle.

Audi Vorsprung durch Technik

Schwarz oder Weiß

*Liebe Lesenden
und Les,*

die Stimmung im deutschen Mittelstand hat sich dramatisch verschlechtert. Ein Jahr nach Ausbruch der Corona-Pandemie stehen vor allem kleine Händler, Gastronomen, Soloselbstständige und viele mehr mit dem Rücken zur Wand. Corona donnert wie eine Dampfwalze durch die deutschen Innenstädte und zerstört ganze Existenzen und Lebensentwürfe.

Die Politik hat vieles richtig gemacht und zuletzt beispielsweise bei der steuerlichen Verlustverrechnung oder bei den Abschreibungsmöglichkeiten für Saisonware nachgebessert. Schnell aus dem Bewusstsein gerät auch die Tatsache, dass es die jahrelange solide Haushaltspolitik der Bundesregierung samt Schwarzer Null und Schuldenbremse überhaupt erst möglich gemacht hat, dass jetzt so viel Spielraum besteht. Es kann jedoch nicht sein, dass notleidende Unternehmen monatelang auf die angekündigten November- und Dezemberhilfen warten müssen. Genauso kann ich den Frust jedes Kaufmanns verstehen, der Mitte Dezember ein weiteres Mal in den Lockdown geschickt wird – und die Bundesregierung es erst Mitte Februar schafft, die Antragsstellung für die Überbrückungshilfen III freizuschalten, von der Auszahlung will ich erst gar nicht reden.

Klar ist: In jeder Krise passieren Fehler. Zur Glaubwürdigkeit der Politik gehört es jedoch, zu Fehlern zu stehen und sie sofort zu korrigieren. Das Verwaltungsversagen bei den Hilfsauszahlungen und die misslungene europäische Impfstoffbeschaffung zeigen, dass eben nicht im Großen und Ganzen alles gut gelaufen ist.

Leider haben es Bund und Länder im Februar abermals versäumt, eine Perspektive für eine stufenweise Öffnung der Wirtschaft zu geben. Es scheint nur noch zwei Pole zu geben: Für die einen kann der Lockdown nicht hart genug sein, für die anderen sollte am besten morgen alles wieder öffnen. So verstärkt die Krise das Schwarz-Weiß-Denken



und die vielen möglichen Grautöne dazwischen geraten aus dem Blickfeld. Warum ermöglicht man es Einzelhändlern beispielsweise nicht, individuelle Termine an Kunden zu vergeben? Alles wäre gesichert: Datenerfassung, Nachverfolgung, Hygieneanforderungen. So etwas sollte in einen Stufenplan einfließen, der festlegt, wer, wann und unter welchen Auflagen öffnen darf, aber eventuell auch wieder schließen muss. Mittelständler können mit diesen Risiken umgehen, aber nicht damit, dass man ihnen jegliche Perspektive nimmt.

Entsprechend sehe ich die Ministerpräsidenten wie auch die Bundeskanzlerin in der Pflicht. Beim nächsten Treffen am 3. März braucht es mehr als neue Durchhalteparolen und eine erneute Absenkung der als kritisch betrachteten Inzidenzwerte. Das gilt nicht nur mit Blick auf die Wirtschaft, sondern auf die Gesellschaft insgesamt. Laut Umfragen sinkt in der Bevölkerung die Akzeptanz für ein „Weiter so“ und ich selbst spüre in vielen Gesprächen mit Bürgern, dass auch die Aggressivität zunimmt.

Es wird also höchste Zeit, dass die Corona-Politik überdacht und auch korrigiert wird. Und es wird unsere Aufgabe als MIT sein, uns in diese Debatte einzumischen. Als Mahner und als Impulsgeber.

Herzliche Grüße

Carsten Linnemann

Carsten Linnemann
MIT-Bundesvorsitzender

Impressum

Herausgeber:
Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Carsten Linnemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredaktion:
Thorsten Alsleben (v.i.S.d.P.)

Chef vom Dienst:
Hubertus Struck

Redaktion:
Micha Knodt
Richard Praetorius

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:
Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubgnet.de
www.ubgnet.de
Geschäftsführer: Jürgen von Meer
Projektleitung: Sonja Bach-Meiers

Art-Direktion:
UBG Büro Berlin

Titelbild:
Christian Schwier/stock.adobe.com

Druckauflage:
26 000 Exemplare

Anzeigenverkauf:
Nielsen I, II, V, VI
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII
Braun Medien GmbH
Telefon: 0221 7881443
E-Mail: braun@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung.
© Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint sechsmal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Dieser Ausgabe liegen Beilagen der Firmen Google Germany GmbH und Plan International Deutschland e. V. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.



Fotos: picture alliance / Jochen Tack; ovdachenko/stock.adobe.com; CDU NRW/Günther Schuhmacher; K.-U. Häßler/stock.adobe.com

MIT:EDITORIAL
Schwarz oder Weiß
von Carsten Linnemann

3

MIT:KOLUMNE
**Es braucht eine kluge
Wachstumsstrategie**
Von Thomas Sigmund
Wenn sich keine starke Stimme erhebt,
die eine kluge Wachstumsstrategie
verfolgt, werden sich wieder die
Umverteiler im Land durchsetzen.

8

MIT:TITEL
Innenstadtfonds
**Was tun gegen die Verödung
der Innenstädte?**
Eine Paketsteuer würde auch viele
lokale Online-Händler treffen.

10

MIT für Rundfunkreform
**Zu groß, zu teuer,
zu unausgewogen**
Die MIT hat in Werkstattgesprächen
ein umfassendes Reformkonzept
erarbeitet.

14

Ein Jahr Corona-Krise
**Wirtschaft
spricht Klartext**
Neun Branchenvertreter ziehen
Bilanz: Was lief gut, was muss
besser werden?

24





14

MIT:INTERVIEW

Armin Laschet im Interview

„Bürokratieabbau muss ein Kernthema im Wahlkampf sein“ 18

Der neue CDU-Chef über die Einbindung von Friedrich Merz, das Wiederanfahren der Wirtschaft und Parallelen zu seinen Vorgängern.

MIT:ERKLÄRT

Unternehmenspleiten

Wie läuft eine Insolvenz ab? 28

Was bedeutet eine Insolvenz für Gläubiger und Arbeitnehmer? Und welche Regeln gelten in der Krise?

MIT:DEBATTE

Pro & Contra

Sollten Corona-Geimpfte privilegiert werden? 30

Stephan Pilsinger und Christian Hirte diskutieren.



18

MIT:FAKTEN

6, 9

Die Corona-Hilfen sind zu bürokratisch, Deutschland fehlen IT-Experten und was ist eine Konkordanzdemokratie?

MIT:INSIDE

EU-Check 32

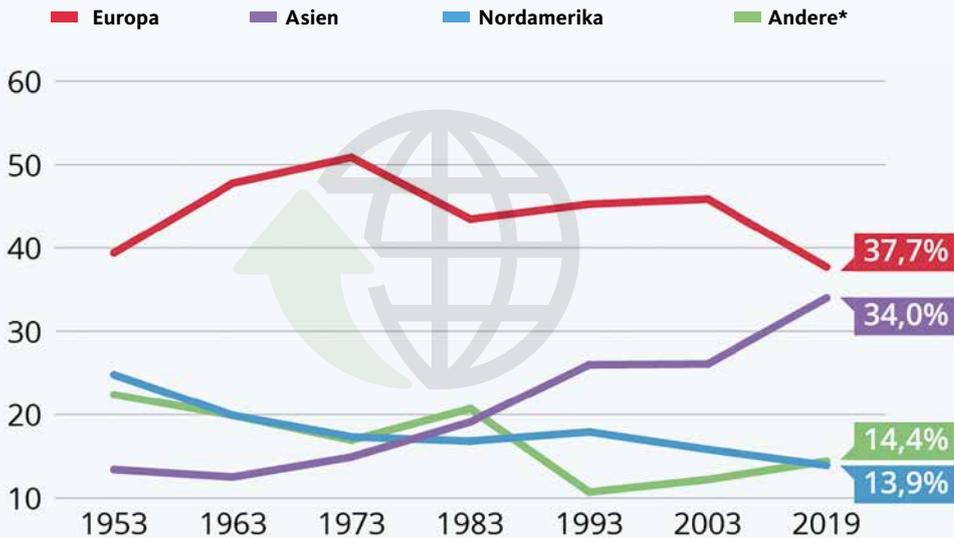
Neumitglieder 34

Mitgliederstatistik 35



Ist Asien bald Export-Weltmeister?

Anteil der Regionen am weltweiten Exporthandelsvolumen von Waren (in %)



* Naher Osten, UdSSR/GUS, Zentral- und Südamerika, Afrika

statista

Quelle: WTO

Asiens Anteil am weltweiten Warenexport ist in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gestiegen. Bis Anfang der 1980er Jahre lag der Anteil Asiens laut Welt Handelsorganisation bei unter 20 Prozent. Danach stieg er bis 2019 auf 34 Prozent an. Damit fehlen noch 3,7 Prozentpunkte, bis Asien Europa eingeholt hat. Auch Nordamerika lässt seit Mitte der 1990er Jahre Federn.

Pandemie dämpft Zukunftsinvestitionen

Nach einem Innovationsschub zu Beginn der Corona-Pandemie haben Deutschlands Mittelständler zuletzt das Tempo zurückgefahren. Nach rund einem halben Jahr berichteten 25 Prozent der Unternehmen in einer KfW-Umfrage von einer Drosselung ihrer Innovations-Aktivitäten. Lediglich 10 Prozent steigerten sie. Hauptgrund

dürfte die angespannte finanzielle Situation sein. Bei der Digitalisierung steigerten immerhin 23 Prozent ihre Aktivitäten, 14 Prozent verringerten sie. Vor allem kleinere Mittelständler haben demnach häufiger ihre Anstrengungen zurückgefahren.

Betriebe wollen keine Impfpolizei sein



Eine große Mehrheit der Führungskräfte in Deutschland lehnt es ab, am Arbeitsplatz den Impfstatus von Mitarbeitern zu überprüfen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage der Institute IFAK und Forsa im Auftrag des Magazins „Markt und Mittelstand“. Demnach würden 69 Prozent der Vorgesetzten der Belegschaft zwar grundsätzlich einen Impfschutz empfehlen, diesen aber nicht kontrollieren wollen. 23 Prozent gaben an, ihren Mitarbeitern keinen Impfschutz empfehlen zu wollen. Nur vier Prozent der Entscheider befürworten eine Impfpflicht am Arbeitsplatz, die auch kontrolliert wird.

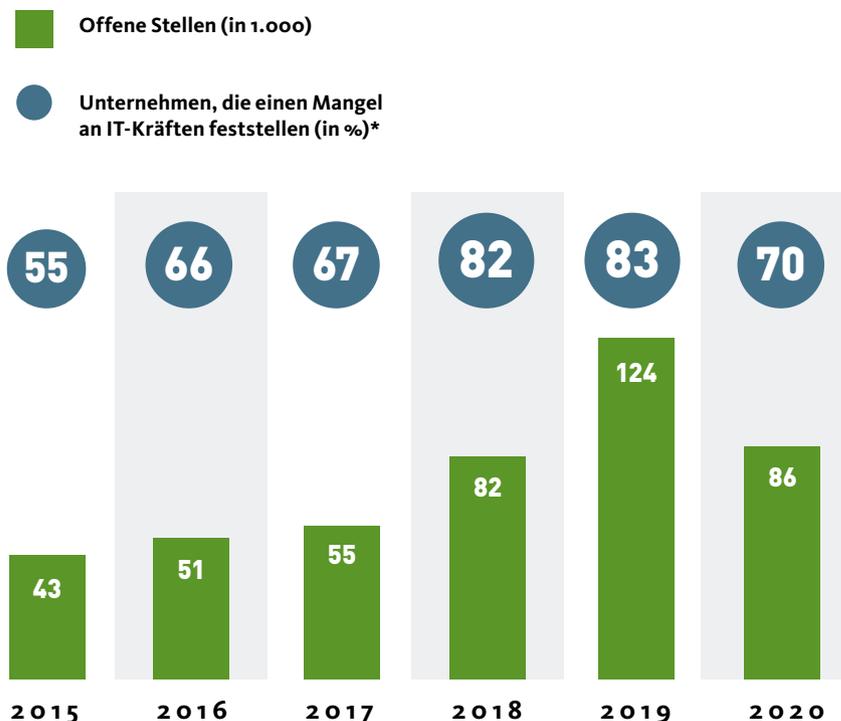
Hilfen sind zu bürokratisch

Die staatlichen Hilfen in der Corona-Krise sind aus Sicht vieler Mittelständler oft mit zu viel Bürokratie verbunden. In einer Befragung des Bankenverbands BVR und der DZ-Bank nennen 68 Prozent der Unternehmen Bürokratie als größtes Problemfeld. Bei kleineren Mittelständlern mit höchstens 20 Beschäftigten klagen sogar fast 89 Prozent über zu großen Verwaltungsaufwand. Als zweitgrößte Herausforderung nennen die Unternehmen den Mangel an Fachkräften (67 Prozent). Die Auswirkungen der Corona-Krise selbst bereiten 65 Prozent der Firmen Sorgen.



Deutschland fehlen IT-Experten

Anzahl zu besetzender IT-Stellen in der deutschen Wirtschaft



* Basis: 853 Geschäftsführer und Personalleiter von Unternehmen ab 3 Mitarbeitern (exkl. Landwirtschaft und öffentl. Sektor); 2020

Derzeit fehlen auf dem deutschen Arbeitsmarkt rund 86.000 IT-Spezialisten. Am gefragtesten sind Software-Entwickler, gefolgt von Programmierern und IT-Anwendungsbetreuern. Das ist das Ergebnis einer Bitkom-Umfrage in mehr als 800 Unternehmen ab drei Mitarbeitern. Demnach dauert es durchschnittlich sechs Monate, bis eine IT-Stelle besetzt werden kann. 2019 stieg die Zahl der offenen Stellen erstmals über die Marke von 100.000 Stellen. 2018 lag die Zahl noch bei 82.000. Jede unbesetzte IT-Stelle kostet laut Bitkom Umsatz, belastet die Innovationsfähigkeit der Unternehmen und bremst die nötige digitale Transformation.

„Angezählt“



Eine Mehrheit von 61 Prozent der Lehrer in Deutschland hält ihre Schule noch immer für weniger gut oder schlecht auf den Fernunterricht vorbereitet. In einer Folgebefragung des Deutschen Schulbarometers gaben im Dezember 2020 nur sieben Prozent der Lehrer an, ihre Schule sei hinsichtlich der technischen Ausstattung „sehr gut“ vorbereitet. Das war nur ein Prozentpunkt mehr als bei der ersten Befragung im April 2020. Nur in jeder dritten Schule reicht nach Einschätzung der Lehrer die Internetverbindung aus. Zudem stellt jede zweite Lehrkraft (54 Prozent) bei mehr als der Hälfte der Schüler erhebliche messbare Lernrückstände fest.

Es braucht eine kluge Wachstumsstrategie

Von Thomas Sigmund

Die CDU hat ihre Machtfrage geklärt. Das war bitter nötig. Ansonsten wäre man unsortiert in die anstehenden Landtagswahlkämpfe gegangen. Der neue Parteivorsitzende heißt nun Armin Laschet. Was erwartet sich die Wirtschaft vom nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten? Er hat in Düsseldorf gezeigt, dass er eine aktive Industriepolitik betreiben kann. Das gehört zum Standardrepertoire eines NRW-Ministerpräsidenten. Heraus sticht allerdings, dass er anders als im Bund in Düsseldorf schon ein Digitalministerium geschaffen hat.

Laschet hat zudem ein „Modernisierungsjahrzehnt“ ausgerufen. Er will Wagniskapital stärker fördern und Gründer für ein Jahr von Bürokratielasten befreien. In der Energie- und Klimapolitik will er ebenfalls über Innovationen vorankommen. Große Hoffnung setzt er auf die Wasserstofftechnologie. Den Bürokratieabbau hat er in seinem Bundesland bereits angepackt. Was noch fehlt, ist ein Steuerkonzept. Laschet sagt zwar, darüber wolle er nach der Bundestagswahl reden, es bedürfe erst eines Kassensturzes.

Aber an diesem großen Reformprojekt kommt er schon vorher nicht vorbei, wenn er die ökonomischen Folgen der Pandemie erfolgreich bekämpfen will. Im Standortwettbewerb ist Deutschland dramatisch abgerutscht. Das gilt besonders für die Unternehmenssteuern. So unterschiedliche Länder wie die USA und



Thomas Sigmund (54) ist Ressortleiter Politik und Leiter des Hauptstadtbüros beim Handelsblatt.

Frankreich haben die Steuern schon gesenkt. In Deutschland warten die Unternehmen sehnsüchtig darauf, dass das auch hierzulande passiert. Für die Leistungsträger würde zudem die komplette Abschaffung des Solidaritätszuschlags helfen, den übrigens alle mittelständischen Betriebe zahlen müssen.

Der Wirtschaftsflügel der Union trägt nicht nur hier eine besondere Verantwortung. Es liegt an ihm, seine Stärken vor und erst recht nach der Bundestagswahl auszuspielen. Laschet kann das Wirtschaftliche mit dem Sozialen verbinden. Für das Wirtschaftliche braucht er jedoch einen starken Flügel, der mit guten Argumenten zu überzeugen weiß. Die Partei bekommt sonst Schiefelage. Schon während der Pandemie wird deutlich,

dass es nicht nur im Wahlkampf um Wachstum und Arbeitsplätze geht. Die Bundesregierung musste bereits ihre Wachstumsprognose weiter nach unten korrigieren.

Wichtig sind neben den klassischen Themen des Wirtschaftsministeriums und des Arbeitsministeriums auch die Zukunftsfelder Mobilität, Künstliche Intelligenz, Technologie oder Innovationen – alles Felder, auf denen Deutschland stark sein kann. Nur wenn sich Wirtschaft in Teilen neu erfindet, kann Deutschland die notwendige Wettbewerbsfähigkeit weiter aus- und aufbauen. Die wirtschaftlichen Gewichte haben sich längst in Richtung Asien und USA verschoben. Innenpolitisch nur über höhere Steuern und die Aussetzung der Schuldenbremse zu diskutieren, wirkt dagegen wie aus der Zeit gefallen. Wenn es den Wirtschaftsflügel der Union nicht schon gäbe, müsste man ihn nun erfinden.

Die neue Bundesregierung kann nicht auf volle Kassen wie in den letzten zehn Jahren zurückgreifen. Wenn sich keine starke Stimme erhebt, die eine kluge Wachstumsstrategie verfolgt, werden sich wieder die Umverteilung im Land durchsetzen. Verlierer wären vor allem die Mittelständler und die Bürger. Armin Laschet muss nun zeigen, dass sich in der Wirtschaftspolitik wirklich etwas ändert, die Weichen richtig gestellt werden. ●

Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

Union sollte Konservative stärker berücksichtigen

52 Prozent der Wähler von CDU und CSU finden, dass es der Demokratie in Deutschland schade, wenn die beiden Unionsparteien konservative Wähler vernachlässigten. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA. 21 Prozent der befragten Wähler stimmten der Aussage nicht zu, 23 Prozent zeigten sich unentschlossen. Noch stärker auf die Einbindung Konservativer in die Union setzen dagegen die Wähler der AfD und der FDP. 71 Prozent der AfD-Wähler sind

der Meinung, dass es der Demokratie schade, wenn die Union konservative Wähler vernachlässigt. Bei Wählern der FDP beträgt die Zustimmung 58 Prozent, bei SPD 43 Prozent. Bei Wählern der Linken und der Grünen dagegen überwiegt die Ablehnung. Von den Deutschen insgesamt sind 41 Prozent der Meinung, dass es der Demokratie schade, wenn CDU und CSU konservative Wähler vernachlässigten. 22 Prozent sind gegenteiliger Ansicht. 27 Prozent wissen nicht, wie sie zu der Frage stehen.



39%

weniger Übernachtungen

Die Corona-Krise hat die Tourismusbranche schwer getroffen. Im Jahr 2020 mussten die Beherbergungsbetriebe in Deutschland einen Rückgang von 39 Prozent bei den Übernachtungen verkraften. Insgesamt vermeldete das Statistische Bundesamt 302,3 Millionen Übernachtungen in- und ausländischer Gäste. Die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Inland sank im Vorjahresvergleich um gut ein Drittel (minus 33,4 Prozent) auf 270,3 Millionen. Die Zahl der Übernachtungen von Ausländern war mit 32 Millionen sogar knapp zwei Drittel (minus 64,4 Prozent) geringer.

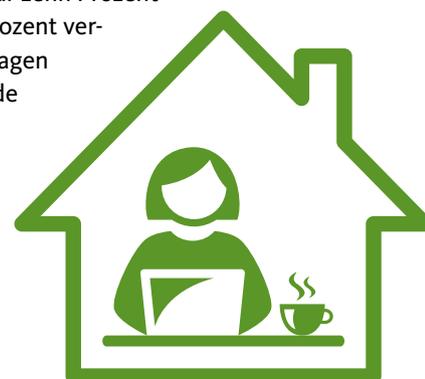


Konkordanzdemokratie

Eine Konkordanzdemokratie (lat. concordare, „übereinstimmen“) ist ein politisches oder soziales System, in der Konflikte nicht in erster Linie über politische Mehrheiten – beispielsweise eine Befragung oder eine Wahl –, sondern über Verhandlungen und Kompromisse gelöst werden. Um einen Ausgleich der Interessengruppen zu erzielen und, werden Vermittlungstechniken und formalisierte Kompromissverfahren angewandt oder festgelegte Proporzregeln eingehalten. Typischerweise wird die Schweizer Direktdemokratie als Konkordanzdemokratie bezeichnet. Die dortige Regierung besteht nicht aus einer Koalition mehrerer Parteien, dem im Parlament eine Opposition gegenübersteht, sondern sie setzt sich proportional aus Mitgliedern aller größeren Parteien zusammen, die zusammen eine Mehrheit der Wählerschaft repräsentieren.

Homeoffice wird ausreichend angeboten

Die allermeisten Arbeitnehmer bekommen ihren Wunsch, vom Homeoffice aus zu arbeiten, erfüllt. Das ergibt eine repräsentative Civey-Umfrage unter Beschäftigten. Der Aussage „Ich will im Homeoffice arbeiten, mein Arbeitgeber bietet es aber nicht an, obwohl es technisch und organisatorisch möglich wäre“, stimmten nur zehn Prozent der Befragten zu. 85 Prozent verneinten, fünf Prozent sagen „weiß nicht“. In der Ende Januar durchgeführten Umfrage zeigt sich, dass gerade Beamte sehr viel häufiger ein Homeoffice-Angebot vermissen.



INNENSTADTFONDS

Was tun gegen die Verödung der Innenstädte?



Foto: picture alliance / Jochen Tack | Jochen Tack



Einige Unionspolitiker haben einen Fonds zur Rettung der Innenstädte vorgeschlagen. Dieser soll gegen die Verödung deutscher Innenstädte helfen. Die Idee, den Fonds unter anderem durch eine Paketsteuer zu finanzieren, wird von Verbänden und Kommunalpolitikern jedoch abgelehnt.

Läden und Geschäfte sind geschlossen, Restaurants und Bars sowieso. Weihnachtsmärkte sowie die meisten Veranstaltungen wurden abgesagt. Corona trifft Einzelhandel und Innenstädte hart. Das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln schätzt, dass der innerstädtische Einzelhandel im Dezember 2020 einen Umsatzverlust zwischen sechs und neun Milliarden Euro erlitten hat. Dabei ging es den Innenstädten schon vor der Krise schlecht. Der Handelsverband Deutschland (HDE) forderte schon Anfang 2019, also gut ein Jahr vor dem ersten Lockdown, in einem Brief an Innenminister Horst Seehofer ein Sofortprogramm gegen die Verödung der Innenstädte. „Früher attraktive und vitale Zentren verlieren an Zugkraft, vielerorts finden beunruhigend wenige Menschen den Weg in die Fußgängerzonen und Ladenzeilen“, schrieb HDE-Hauptgeschäftsführer und MIT-Mitglied Stefan Genth damals. Den Weg in die Fußgängerzonen sparen sich mittlerweile viele, weil sie sich die Produkte bequem nach Hause liefern lassen können. Der Online- und Versandhandel wächst seit zwei Jahrzehnten rasant. Die Folge: Der stationäre Einzelhandel leidet. Der stationäre Einzelhandel leidet darunter. Laut Zahlen des Handelsforschungsinstituts IFH Köln hat sich in den letzten fünf Jahren die Zahl der Standorte im deutschen Einzelhandel um rund 29 000 verringert.

Innenstädte mit Paketsteuer retten?

Diese Entwicklung ist nicht neu. Der Onlinehandel ist einer der Auslöser für marode Innenstädte, Corona nur ein Brandbeschleuniger. Der Online- und Versandhandel verzeichnete im Pandemiejahr für sich genommen ein Wachstum von 33,1 Prozent. Hingegen wuchs der Einzelhandel, dem der Onlinehandel zugerechnet wird, um lediglich 4,3 Prozent. Allein die Deutsche Post rechnet dieses Jahr mit 1,8 Milliarden beförderten Paketen. Dies entspricht einem Wachstum von etwa 15 Prozent im Vergleich zu 2019. Um die Innenstädte zu schützen, gab es innerhalb der CDU/CSU-Fraktion die Überlegung, einen Innenstadtfonds aufzulegen. Dieser sollte aus Steuergeldern, aber auch durch eine Paketsteuer finanziert werden. Diese neue Abgabe für den Onlinehandel sollte sich laut dem Papier in der Höhe proportional nach dem Bestellwert richten. „Mit den Einnahmen daraus wird der Onlinehandel an den Kosten von ihm genutzter kommunaler Infrastruktur beteiligt. Beseitigt wird damit die Schieflage gegenüber dem stationären Einzelhandel, der schon heute mit seinen Steuern erheb-



Eine Paketsteuer würde nach Ansicht von Experten auch viele lokale Händler treffen, die sich in der Krise online ein zweites Standbein aufgebaut haben.

lich zum Gemeindehaushalt beiträgt“, heißt es in dem Papier. Verfasst wurde es von den Abgeordneten Andreas Jung, dem stellvertretenden Vorsitzenden für Haushalt, Finanzen und Kommunales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sowie Christian Haase, dem kommunalpolitischen Sprecher der Fraktion.

Beim HDE stieß der Vorschlag auf Ablehnung: „Eine Paketsteuer träfe auch viele heimische Onlinehändler, die korrekte und pünktliche Steuerzahler sind“, argumentiert Stefan Genth. Es bringe nichts, die Vertriebskanäle gegeneinander auszuspielen. „Zudem wäre das ein Bärenienst gegenüber dem Drittel der stationären Händler, die sich ein Online-Standbein aufgebaut haben“, so Genth. Ulrich Lange, CDU-Bürgermeister von Bad Lippspringe und MIT-Kreisvorsitzender in Paderborn, formuliert es schärfer: „Das ist eine Berlin-Blasen-Idee.“ Der Diplom-Kaufmann war die meiste Zeit seines Berufslebens mit einer Marketingagentur selbstständig. Vor etwa drei Monaten wurde er zum Bürgermeister seiner Heimatstadt gewählt. Eine Paketsteuer wäre für ihn

ein „staatlicher Eingriff, der den Strukturwandel im Einzelhandel sicherlich nicht aufhalten wird“. Um den Einzelhandel zu stärken, brauche es keine Strafsteuer. „Die Einzelhändler nutzen den Onlinehandel und die Digitalisierung für sich. Wir als Kommune unterstützen sie mit Fördermaßnahmen, aber auch mit Schulungen. Diese Strafsteuer würde nicht nur Amazon treffen, sondern auch den kleinen Händler hier vor Ort“, so Lange. „Damit würde ein Bürokratiemonster aufgebaut, das den Kommunen vor Ort überhaupt nichts bringt.“ Auch der MIT-Bundesvorsitzende Carsten Linnemann sprach sich gegen den Vorstoß seiner Fraktionskollegen aus.

Brücken durch die Krise

In dem Strategiepapier zum Innenstadtfonds finden sich neben der Paketsteuer noch weitere Ideen. So wird gefordert, die Städtebau-Förderung zu erhöhen. Ziel der Städtebauförderung ist es unter anderem, attraktive und zukunftsfähige Stadt- und Ortskerne zu schaffen. An der Finanzierung beteiligen sich in der Regel Bund, Länder und Kommunen zu gleichen Teilen. Vor allem wird aber auch gefordert, die Auszahlung von Coronahilfen zu beschleunigen und Einzelhändlern höhere Abschlagszahlungen zu gewähren. Außerdem wird kritisiert, dass die Steuererleichterungen des Bundesfinanzministeriums für Einzelhändler nicht ausreichend seien. „Bislang sind auch keine Maßnahmen zur Umsetzung durch das Bundesfinanzministerium bekannt. Stattdessen ist angesichts der anhaltenden Pandemie ein substanziiell erweiterter Verlustrücktrag erforderlich“, schreiben die Verfasser Andreas Jung und Christian Haase. Künftig müsse es möglich sein, Verluste aus den Jahren 2020 und 2021 länger als ein Jahr zurücktragen zu können. Das würde es möglich machen, Verluste von heute mit den Gewinnen von gestern zu verrechnen. „Nur

so kann schnell die Liquidität der Betriebe gesichert und damit der Ankündigung von Bundesfinanzminister Olaf Scholz entsprochen werden“, heißt es in dem Fraktionspapier. Außerdem müsse endlich die Reform der Thesaurierung umgesetzt werden, mit dem Ziel, Gewinne steuerlich zu begünstigen, die wieder in den Betrieb investiert werden. „Wenn ein Einzelhändler Gewinne nicht privat ausgibt, sondern in die Zukunft seines Geschäfts investiert, dann verdient dies Unterstützung - auch im Steuerrecht!“, schreiben die CDU-Politiker. Und hier stimmen sie wieder überein mit den Wirtschaftspolitikern der Union. Beides sind auch Forderungen der MIT.

Was können die Kommunen tun?

Selbstverständlich hat sich auch die Bad Lippspringer Innenstadt verändert. „Es ist leerer geworden“, konstatiert Ulrich Lange. „Wir versuchen einiges, um dem entgegenzuwirken“, stellt er klar. Das könne aber nicht ausschließlich mit Hilfe des Einzelhandels gelöst werden. 17.000 Menschen leben in Bad Lippspringe. „In Relation zur Einwohnerzahl haben wir eine der längsten Fußgängerzonen Deutschlands. Die kann man nicht nur mit Handel beleben“, sagt er. Er spreche viel mit Immobilieneigentümern und versuche sie davon zu überzeugen, die Mietforderungen zu reduzieren.

„Vielerorts finden beunruhigend wenige Menschen den Weg in die Fußgängerzonen und Ladenzeilen.“

Stefan Genth, HDE-Hauptgeschäftsführer

Aber auch verlässlich geplante verkaufsoffene Sonntage wären hilfreich. „Die bringen etwas, weil am Wochenende viele Gäste aus der Umgebung nach Bad Lippspringe kommen“, so Lange. Die Stadt habe mittlerweile die Möglichkeit, acht verkaufsoffene Sonntage pro Jahr durchzuführen. „Das planen wir aktuell auch mit der Hilfe von Rechtsanwälten. Dass muss leider sein, um der Gewerkschaft Verdi, die sich jedem verkaufsoffenen Sonntag entgegenstellt, etwas entgegensetzen zu können“, erklärt er. „Die verkaufsoffenen Sonntage sind für den Handel hier unheimlich wichtig und müssen bestehen bleiben“, mahnt Lange. An Weihnachten gab es in Bad Lippspringe ein Stadtwichteln. Die Bürger konnten Gutscheine eines Geschäftes im Wert von zehn Euro kaufen. Dann wurde



Der Paderborner MIT-Kreisvorsitzende und Bürgermeister von Bad Lippspringe, Ulrich Lange, hält den Vorschlag eines Innenstadtfonds für eine „Berlin-Blasen-Idee“.

gewichtet und sie erhielten einen Gutschein im Wert von 15 Euro von einem anderen Geschäft. „Das sind Kleinigkeiten, mit denen eine Verwaltung viel dazu beitragen kann, dem Handel zu helfen und damit die Innenstadt attraktiver zu machen“, findet Lange. Neben Digitalisierungsmaßnahmen sind auch interkommunale Kooperationen aus Sicht des Bürgermeisters wichtig: „Wir haben mit der Senne und dem Teutoburger Wald zwei Naturjuwelen vor der Haustür, die wir zusammen mit umliegenden Gemeinden für den Fahrrad- und Wandertourismus erschließen wollen.“ Auch davon erhofft er sich eine Belebung der Bad Lippspringer Innenstadt.

Eine ganz andere Idee, wie der stationäre Handel und die Innenstädte gefördert werden könnten, kommt aus Italien. Im Dezember startete dort die Probephase für „Cashback“: Alle teilnehmenden Bürger laden sich eine kostenlose staatliche App auf ihr Smartphone und bekommen bei bargeldloser Bezahlung im Ladenlokal, Restaurant oder Theater bis zu 10 Prozent des Umsatzes vom Staat erstattet, maximal 150 Euro pro Halbjahr. Italien will damit vor allem die Steuerhinterziehung bekämpfen. Aber da das System nur beim stationären Handel und nicht online funktioniert, fördert es zugleich Einkäufe in den Innenstädten. ●



Micha Knodt
Volontär
knodt@mit-bund.de

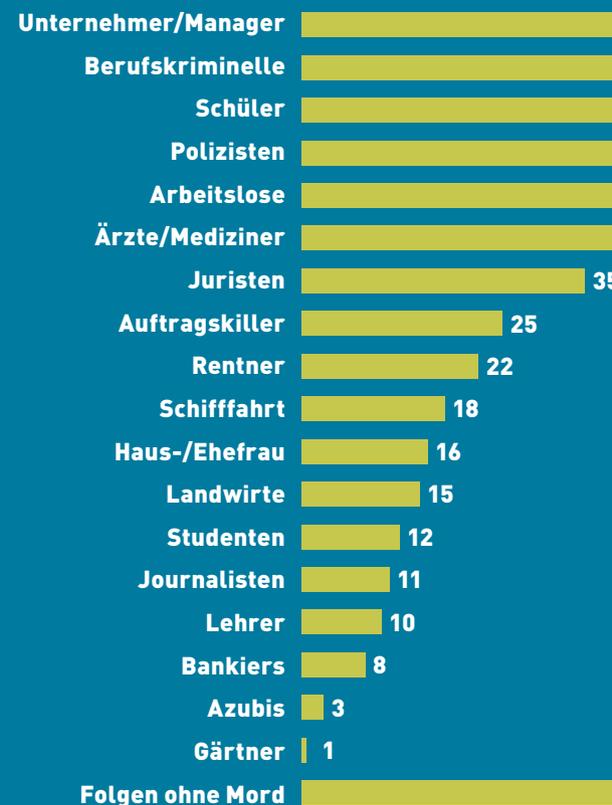
MIT FÜR UMFASSENDE RUNDFUNKREFORM

Zu groß, zu teuer,

Die öffentlich-rechtlichen Sender in Deutschland stehen in der Kritik: zu teuer, die Strukturen veraltet, der Aufgabenzuschnitt überholt, die Berichterstattung nicht ausgewogen. Die MIT wagt sich an das heiße Eisen heran und hat in mehreren Werkstattgesprächen ein umfassendes Reformkonzept erarbeitet.

Am 6. Januar twitterte ZDF-Moderator Claus Kleber: „Unfassbare Szenen im US-Capitol. CNN einschalten – sofort!“ Kleber hatte Recht. Am Capitol stürmte ein Mob von Trump-Anhängern den Sitz des Kongresses und bedrängte Abgeordnete. Leider gab es davon in den Hauptprogrammen von ARD und ZDF nichts zu sehen. CNN, der Sender auf den Kleber verweist, ist ein privatwirtschaftliches Medienunternehmen und war live vor Ort. So übrigens auch ein Kamera-Team der deutschen Tageszeitung „Die Welt“ und viele andere Medien. Nur ARD und ZDF verpassten diese „unfassbaren Szenen“. Nun muss man dem ZDF zugutehalten, dass der Sender durchaus live dabei war: Allerdings in einem Online-Livestream von ZDF-heute, nicht im ZDF-Hauptprogramm. Dort lief ein Krimi. Auch in der ARD lief ein Film. Erst in den "tagesthemen" wurde ausführlicher berichtet.

Es ist nicht das erste Mal, dass ARD und ZDF keine Livebilder und Einordnungen eines Weltereignisses senden, während private Medien problemlos ein Kamera-Team vor Ort haben. So war es beispielsweise auch, als die Pariser Kathedrale Notre-Dame brannte. Selbst der frühere Chefredakteur des ARD-Hauptstadtstudios, Ulrich Deppendorf, kritisierte dies via Twitter: „Warum gab es keinen ARD-Brennpunkt zum Brand von Notre Dame, neben dem Eiffelturm das Symbol Frankreichs? Schwer nachzuvollziehen.“ Wieder waren private Medien vor Ort, der von der Allgemeinheit finanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht.



Quelle: Netzstieger.de

86 Cent mehr?

ARD, ZDF und die angeschlossenen Anstalten sind der teuerste öffentlich-rechtliche Rundfunk der Welt. Rund acht Milliarden Euro nehmen die Sender durch den Rundfunkbeitrag jährlich ein. Einnahmen aus Werbung, Sponsoring, Produktplatzierungen und Rechteverkäufen sind da noch nicht eingerechnet. Zuletzt hätte der Beitrag um 86 Cent im Monat steigen sollen. Dies scheiterte am Veto der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt. Die anderen Bundesländer hatten der Erhöhung bereits zugestimmt. Und die Rundfunkanstalten hatten die jährlichen Mehreinnahmen von rund 400 Millionen Euro bereits budgetiert.

Die öffentlich-rechtlichen Sender wollen die Erhöhung nun beim Bundesverfassungsgericht einklagen. Einen Eil-

zu unausgewogen



Wer im ARD-Tatort am häufigsten der Mörder war.

antrag, die Erhöhung richterlich anzuordnen, lehnte Karlsruhe ab. Wann das Bundesverfassungsgericht endgültig über den Rundfunkbeitrag entscheidet ist noch offen. Der ARD-Intendant Tom Buhrow kündigte daraufhin Einsparungen beim Programm an: „Wir müssen nun unsere Finanzplanungen anpassen. Ein Ausbleiben der Beitragsanpassung wird gravierende Maßnahmen erfordern, die man im Programm sehen und hören wird.“ Dies stieß auf Unverständnis. Schließlich sind die Sender finanziell mit acht Milliarden Euro deutlich besser ausgestattet als die private Konkurrenz. Zum Vergleich: Die Axel Springer SE, eines der größten Medienunternehmen Europas, hatte 2019 einen Jahresumsatz von rund drei Milliarden Euro.

Statt ARD und ZDF nur eine Anstalt

Einsparpotentiale sind da. Kürzlich schrieb TV-Legende Thomas Gottschalk in der „Welt am Sonntag“: „Ich bin ein Fan des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, aber ich ärgere mich darüber, wie dieser sich in verknoteten Strukturen zu Tode verwaltet.“

Die MIT hat über ein Jahr lang an einem Reformkonzept gearbeitet. Die MIT bekennt sich darin klar zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk, schlägt aber zugleich umfassende Reformen vor, die zu erheblichen Kostenersparnissen führen würden. An der Ausarbeitung war unter anderem Stefan Müller, parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Bundestagsfraktion, beteiligt: „Das offensichtlichste Einsparpotential liegt im Bereich der Doppelstrukturen. Die Sender unterhalten alle eigene Abteilungen für Technik, Personal und Rechteinkauf“, sagt Müller. Dies könne zentralisiert werden. „Mit einer einzigen Anstalt können hier massive Einsparpotentiale genutzt werden.“ Auch die Zahl der Programme müsse zurückgefahren werden, statt sie immer weiter auszubauen. „Die momentan 74 Radiowellen zeigen, dass es einen massiven Konsolidierungsbedarf gibt“, sagt Müller.

Zwischen 2010 und 2020 stieg die Zahl der privaten Radiosender von 213 auf 274. Im selben Zeitraum stieg aber auch die Zahl öffentlich-rechtlicher Radiosender von 58 auf 74. Nun müssen mehr private Sender mit mehr öffentlich finanzierten Sendern um Zuhörer und Werbeeinnahmen konkurrieren. „Auf Werbung und Sponsoring in öffentlich finanzierten Programmen sollte komplett verzichtet werden. Das schafft nur potentielle Interessenskonflikte“, fordert der Wirtschaftswissenschaftler Justus Haucap. Er hat ebenfalls an dem MIT-Reformpapier mitgearbeitet.

ZDF-Ausgaben nach Sendungen

Insbesondere Sport und Unterhaltung machen den Rundfunkbeitrag so teuer.

Die Jüngeren schauen Netflix

„Zwingend notwendig wäre ein öffentlich finanzierter Rundfunk aus meiner Sicht nicht“, sagt der Direktor des Instituts für Wettbewerbsökonomie. Aus seiner Sicht wäre eine Förderung von bestimmten Inhalten oder Sendereihen sinnvoller als ein öffentlich-rechtliches Rundfunksystem. „Aber wenn man realistisch bleibt, ist ein öffentlich finanziertes Rundfunksystem in den Bereichen Information, Bildung und Kultur am besten zu begründen“, sagt Haucap. Deshalb unterstützt er den Vorschlag der MIT, der grundsätzlich an dem Rundfunksystem festhält.

CSU-Politiker Müller sieht den Schwerpunkt eines modernen öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Bereich Information und fundierter regionaler Berichterstattung. „Dafür braucht es nur eine Rundfunkanstalt, die Korrespondentenbüros in den Regionen unseres Landes und weltweit betreibt. Die Sportberichterstattung kann jedoch genauso wie die Produktion von Unterhaltungsformaten zurückgefahren und stärker privaten Sendern überlassen werden“, sagt Müller. Auch Haucap sieht das größte Einsparpotential beim Spitzensport, insbesondere beim Fußball, sowie der Unterhaltung. „Davon kann sehr viel bei privaten Medien laufen“, findet er. Wichtig sei lediglich, dass wichtige Sportereignisse im frei empfangbaren Fernsehen übertragen würden, also nicht hinter einer Bezahlschranke. Aber dies kann durch entsprechende Regelungen im Rundfunkstaatsvertrag auch über private Sender ermöglicht werden. Dafür müssen nicht die gebührenfinanzierten Sender im Wettbewerb um Lizenzrechte mitbieten.

Bei Filmen und Serien geraten die öffentlich-rechtlichen Sender gegenüber Streamingdiensten wie Netflix und Amazon-Prime ohnehin immer mehr ins Hintertreffen. Obwohl die Inhalte dort zahlungspflichtig sind, werden Streamingdienste vor allem von Jüngeren inzwischen viel stärker gesehen als die öffentlich-rechtlichen Unterhaltungsprogramme. 70 Prozent der 18- bis 34-Jährigen haben mindestens ein Abo bei einem Streamingdienst. In der Altersgruppe unter 30 Jahren liegt der Marktanteil der Streamingdienste jetzt schon bei 39 Prozent, während die TV-Sender inklusive ihrer Mediatheken und Youtube-Kanäle nur noch auf 33 Prozent kommen.



„Mit einer einzigen Anstalt können massive Einsparpotentiale genutzt werden“, sagt Stefan Müller, parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag



Quelle: Transparenzportal des ZDF

Auch mit der Qualität ist das gebührenfinanzierte Unterhaltungsangebot kaum noch zu rechtfertigen. Streaminganbieter wie Netflix und Amazon Prime produzieren längst selbst herausragende Dokumentationen, Spielfilme und Serien, die zum Teil auch renommierte Medienpreise gewinnen. Im Bereich Live-Berichterstattung bauen inzwischen auch zahlreiche Tageszeitungen ihr Angebot stetig aus. Und während ARD und ZDF Livebilder von Bundestagsitzungen zum Spartensender Phoenix abgeschoben haben, können sie bei vielen privaten Medien live auf deren Startseite verfolgt werden. Selbst das ZDF-Urgestein Thomas Gottschalk wütete kürzlich in einer Talkrunde auf der Audio-App „Clubhouse“: „Für mich ist der Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit im öffentlich-rechtlichen Fernsehen einfach katastrophal.“

Zukünftige Finanzierung

Von Wirtschaftsverbänden und Unternehmen kommt immer wieder Kritik an der Ausgestaltung des Rundfunkbeitrags. So müssen etwa Autovermietungen für jeden Mietwagen mit Radio eine Gebühr entrichten. Auch Hoteliers müssen für jedes Zimmer 5,83 Euro monatlich zahlen. Dabei zahlen Hotelgäste oder die Mieter der Autos in der Regel bereits Rundfunkgebühren. „Die jetzige Finanzierung ist ungerecht“, klagt Stefan Müller. Künftig sollen deshalb nicht mehr jeder Haushalt und die Unternehmen für den Rundfunk zahlen, sondern jeder Bürger – allerdings deutlich weniger als bisher. „Zudem muss es weiter klare Ausnahmen geben: Erwerbslose oder Studenten sollten nicht zahlen“, fordert Stefan Müller.

Wenn alle zahlen, müssen auch alle vorkommen

Neben der Kritik an den Strukturen wird ARD und ZDF immer wieder und immer stärker politische Einseitigkeit

„Für mich ist der Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit im öffentlich-rechtlichen Fernsehen einfach katastrophal.“

Thomas Gottschalk

vorgeworfen. Und dies lässt sich auch in Studien nachweisen. Laut einer Untersuchung des zur britischen Oxford-Universität gehörenden Reuters-Instituts gelingt es Anstalten wie der BBC, France Télévisions und dem öffentlichen Rundfunk in Finnland und Tschechien besser, Zuschauer des gesamten politischen Spektrums zu erreichen. Auch bei jüngeren und beim eher unterdurchschnittlich gebildeten Publikum schneiden die deutschen Öffentlich-Rechtlichen schlecht ab.

Ende des vergangenen Jahres wurde unter den Volontären der ARD eine Umfrage über das Wahlverhalten durchgeführt. Die Grünen erhielten bei den teilnehmenden Nachwuchs-Journalisten rund 57 Prozent, die Linke 23 Prozent und die SPD rund 11 Prozent Zustimmung. Auf sonstige Parteien entfielen 3,9 Prozent. Die Union erhielt 3 Prozent, die FDP 1,3 Prozent. Eine schwarz-gelbe Koalition wäre damit an der 5-Prozent-Hürde gescheitert. Auch geraten prominente Vertreter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch ihre Kommentare in sozialen Netzwerken immer wieder in die Kritik, weil sie mehr nach Aktivismus denn nach Journalismus klingen.

Der jüngste Versuch einzelner Moderatoren bei ARD und ZDF, eine „gendergerechte Sprache“ durchzusetzen, also Personenbezeichnungen mit Gendersternen oder Binnen-I im Wort („Zuschauer*innen“ oder „ZuschauerInnen“), wird von der Mehrheit der deutschen Zuschauer abgelehnt. Laut einer Studie von Infratest-Dimap halten 56 Prozent der Deutschen nichts davon. Auch die Mehrheit der Frauen lehnt es ab. Nur etwa ein Drittel sprach sich ganz oder eher dafür aus.

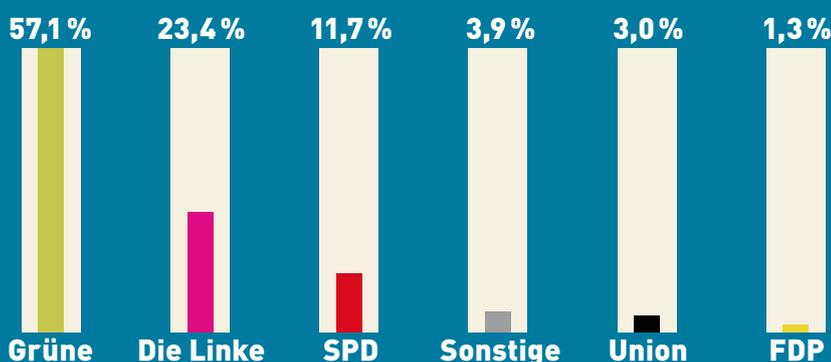
Aufsicht soll demokratisch werden

Um zu gewährleisten, dass die Rundfunkanstalten die gesamte Gesellschaft abbildet und thematisch für alle etwas bietet, schlägt die MIT eine Reform der Aufsichtsgremien vor. Derzeit werden die Rundfunkräte aus Politikern und Vertretern verschiedener Vereinigungen wie Gewerkschaften, Frauenverbänden oder Kirchen gebildet. Die MIT schlägt stattdessen ein transparent und demokratisch gewähltes Rundfunkparlament vor. Dieses Parlament wird von allen Rundfunkbeitragspflichtigen, inklusive der vom Beitrag befreiten Personen, gewählt, und jeder aus dieser Gruppe darf kandidieren. Die Idee ist vergleichbar mit den Sozialwahlen, bei denen alle gesetzlich Versicherten ihre Vertreter in die Aufsichtsgremien der Renten- und Gesundheitskassen wählen können. Allerdings schwebt der MIT, anders als bei den Sozialwahlen, durchaus ein richtiger Wettbewerb unterschiedlicher Gruppierungen vor, so dass eine echte Auswahl besteht. Das Rundfunkparlament soll sowohl die Mittelverwendung kontrollieren als auch über die Auswahl der Führungspersonen entscheiden. Außerdem soll das Rundfunkparlament einen Ausschuss für Programmbeschwerden bilden. Dieser soll vertraulich tagen. Programmrügen sollen nur mit Zweidrittelmehrheit ausgesprochen werden dürfen.

Für MIT-Chef Carsten Linnemann ist wichtig, „dass die MIT sich klar zu einem durch die Allgemeinheit finanzierten, freien öffentlich-rechtlichen Rundfunk bekennt. Es ist für den demokratischen Diskurs und die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Bildung und Teilhabe wichtig, dass es seriös recherchierte Angebote gibt.“ Gleichzeitig sei unbestreitbar und werde ja inzwischen auch von Vertretern der Sender selbst eingeräumt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk reformbedürftig sei. „Mit unseren Reformvorschlägen wollen wir diesen Prozess anstoßen“, so Linnemann. ●



Micha Knott
Volontär
knott@mit-bund.de



So würden ARD-Volontäre wählen, wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre

Interne Umfrage zur Bundestagswahl unter den Nachwuchsjournalisten der ARD



Der neue CDU-Vorsitzende Armin Laschet will den Abbau bürokratischer Lasten zu einem der Kernthemen im anstehenden Bundestagswahlkampf machen. Im Interview mit Mittelstandsmagazin-Chefredakteur Thorsten Alsleben kündigt der nordrhein-westfälische Ministerpräsident zudem schnellere Genehmigungsverfahren und niedrigere Steuersätze für Unternehmen an. Steuererhöhungen lehnt Laschet ab.

Herr Laschet, was war Ihr Gefühl, als sie zum ersten Mal in Ihr neues Büro im Konrad-Adenauer-Haus gekommen sind?

Armin Laschet: In diesem Büro wird einem sofort die große Verantwortung des Amtes bewusst. Erst recht, wenn man auf dem Flur die Bilder der Vorgänger sieht: Konrad Adenauer, Ludwig Erhard als Vater der Sozialen Marktwirtschaft, bis hin zu Helmut Kohl in seinen vielen, vielen Jahren.

Zu welchem dieser Vorgänger sehen Sie die größten Gemeinsamkeiten?

ARMIN LASCHET IM INTERVIEW

„Bürokratieabbau muss ein Kernthema im Wahlkampf sein“

Das sollen andere beurteilen. Aber als Rheinländer und von der Art der europäischen Orientierung ist sicher Konrad Adenauer eine beeindruckende Person für uns alle gewesen, auch für mich. Ludwig Erhard war, glaube ich, stärker als Wirtschaftsminister und Gedankengeber für die Soziale Marktwirtschaft als am Ende als Bundeskanzler. Und natürlich hat Helmut Kohl meine Generation geprägt. Den Neubeginn nach Helmut Schmidt, die geistig-moralische Wende, die Helmut Kohl angekündigt hatte, und die Deutsche Einheit zu erleben, das war prägend. So würde ich sagen: Von jedem leitet mich etwas – bei Adenauer die rheinische Art, bei Erhard seine Gedanken zur Sozialen Marktwirtschaft und bei Helmut Kohl die Deutsche Einheit und die europäische Orientierung.

Sie wurden nach einem langen, zum Teil auch hart geführten Wahlkampf ganz knapp Parteichef. Sehen Sie die CDU gespalten?

Der Wettbewerb war in der Tat länger, als wir gedacht hatten. Ich empfand den internen Wahlkampf insgesamt fair, auch da ich die beiden Mitbewerber seit langer Zeit kenne und schätze. Insbesondere mit Friedrich Merz war und bin ich immer im Austausch. Deshalb glaube ich, dass die Partei jetzt die Chance hat, zusammenzustehen. Dabei ist es aber wichtig, dass sich die Anliegen und die Themen von Friedrich Merz jetzt in dieser neuen Konstellation auch wiederfinden. Darüber will ich weiter mit ihm sprechen, ebenso wie mit Carsten Linnemann, der für den Wirtschaftsflügel unserer Partei ein Zukunftsgesicht ist.

Wie wollen Sie die Enttäuschten motivieren, engagiert dabei zu bleiben?

Direkt nach meiner Wahl war ich bei der CDU in Baden-Württemberg, wo es viel Unterstützung für Friedrich Merz gab. Das Wahlkampf-Thema dort lautet „Baden-Württemberg entfesseln“. Als ich dort darüber gesprochen habe, was wir in Nordrhein-Westfalen in unserer CDU/FDP-Regierung machen, haben viele gesagt: Das ist genau das, was uns wichtig ist.

Ich glaube, dass wir im Gegensatz zur SPD nicht in Flügeln denken. Und ich glaube, dass vieles von dem, was Friedrich Merz will, in CDU-geführten Ländern und auch bei uns in NRW schon Realität ist: Bürokratieabbau, den ländlichen Raum mit seinen starken Familienunternehmen nicht durch Überregulierung strangulieren, eine neue Existenzgründungswelle lostreten. Jetzt muss es uns gelingen, das auch als CDU-Position stärker bundesweit sichtbar zu machen. Das gelingt nur, indem man mit möglichst vielen aus Wirtschaft und Mittelstand im Gespräch ist.

„Die Wirtschaft erwartet, dass der Staat auch nach der Krise investiert. Das wird gelingen und zwar ohne Steuererhöhungen.“

Ich weiß, dass die MIT nicht nur über Wirtschaft reden will. Ein wichtiges Thema ist die innere Sicherheit. Auch da liegen Friedrich Merz und ich eng beieinander. Aber auch Wolfgang Bosbach hat mir beim Endspurt 2017 entscheidend geholfen.

In dieser Hinsicht ist Helmut Kohl ein Vorbild, der immer starke Persönlichkeiten um sich hatte, die für bestimmte Themen standen: Alfred Dregger, Gerhard Stoltenberg, Norbert Blüm oder Heiner Geißler. Alle haben ihren Platz gefunden. Das muss auch in der CDU ab 2021 in der Bundesregierung sichtbar sein.

Wie hilfreich ist es dann, wenn mit Manfred Pentz aus Hessen ein CDU-Generalsekretär von „Merz-Dschihadisten“ spricht?

Herr Pentz hat das sehr schnell zurückgenommen und bedauert. Ich glaube, wir sollten uns solche Etiketten gegenseitig ersparen.



Wie werden Sie Ihre Arbeit in Düsseldorf und in Berlin in Zukunft aufteilen?

Es ist in der Tradition der beiden großen föderalen Volksparteien immer wieder vorgekommen, dass Regierungschefs aus den Ländern später Bundesvorsitzende waren. Ich spüre schon jetzt in den ersten Wochen, dass das gelingen kann. Es ist natürlich eine besondere Herausforderung, in Berlin in der Koalition mit der SPD zu verhandeln und in Düsseldorf mit der FDP. Ich kann nur berichten: Mit der FDP ist es angenehmer.

Das dominierende Thema derzeit ist Corona. Inzwischen werden sowohl die Verzögerungen bei den Impfungen als auch die Einschränkungen selbst zunehmend kritisch gesehen. Was sollte man tun, damit die Stimmung nicht kippt?

Eines war mir von Anfang an wichtig: Wenn die Infektionszahlen sinken, müssen wir auch die Grundrechtseingriffe zurücknehmen. Wir müssen dieses Abwägen sichtbar machen. Populärer ist es im Zweifel, alles zu verbieten und streng zu sein. Es ist trotzdem richtig, dass wir in der Bund-Länder-Konferenz einen Weg aufgezeichnet haben, wie wirtschaftliches, gesellschaftliches und kulturelles Leben wieder beginnen kann.

Verstehen Sie denn, dass die Leute frustriert sind, wenn in anderen Ländern wie Israel, USA oder Großbritannien deutlich schneller geimpft wird?

Ja, das kann ich verstehen. Auch da nehmen wir im Moment an Tempo auf. Es gab Engpässe rund um den Jahresbeginn, weil nicht genug Impfstoff zur Verfügung stand. Das wird man noch einmal untersuchen müssen, wer was falsch gemacht hat. Nur das hilft ja jetzt mitten in der Krise nichts. Im Moment laufen die Impfstoff-Lieferungen an. Wir haben in fast allen Bundesländern die Menschen in den Pflegeheimen durchgeimpft. Das ist schon mal gut.

Armin Laschet (60) ist Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und neuer Vorsitzender der CDU Deutschlands. Auf dem Parteitag im Januar setzte er sich mit 53 zu 47 Prozent der Delegiertenstimmen gegen Friedrich Merz durch. In der anschließenden Briefwahl wurde er mit 83 Prozent bestätigt. In NRW regiert der Aachener seit Juni 2017 in einer Koalition aus CDU und FDP. Der Jurist arbeitete zunächst als Journalist und Verlagsleiter. Von 1994 bis 1998 war er Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1999 bis 2005 Mitglied des Europäischen Parlaments. 2005 wechselte er als Integrations- und Familienminister nach Düsseldorf. Laschet ist verheiratet und hat drei erwachsene Kinder.



Jetzt sind die über 80-Jährigen sowie bestimmte Berufsgruppen an der Reihe. Ich hoffe wirklich, dass wir bis zum Sommer so weit sind, dass wir aufholen. Aber es ist richtig: Israel und andere haben es schneller und vielleicht besser gemacht.

„Unsere Haltung ist klar: Keine Änderungen an der Schuldenbremse.“

Würden Sie sich die Aussage der Bundeskanzlerin zu eigen machen, es sei „im Großen und Ganzen nichts schiefgelaufen“?

Besser wäre es gewesen, wenn wir auch schneller eine Menge Impfstoff mehr gehabt hätten. Das, was wir tun konnten, sobald es hier eintraf, ist sicher gut gelaufen.

Wie könnte ein Strategiewechsel aussehen?

Die Corona-Hilfen sind zum Teil viel zu spät geflossen. Für die Gastronomie gab es gute Lösungen, aber der Handel

hat zurecht geklagt. Hier hat Bundesfinanzminister Scholz vieles verzögert. Aber klar ist auch: Auf Dauer kann die Politik nicht alles subventionieren. Es muss das Ziel sein, wieder wirtschaftliches Leben in Gang zu setzen. Die Unsicherheit, die über Wochen bestand, liegt in dem mutierten Virus begründet. Wenn es das nicht gegeben hätte, wären wir vielleicht schon viel weiter. Es ergibt auch keinen Sinn, die Wirtschaft schnell zu öffnen, um dann genauso schnell wieder zu schließen. Für die Wirtschaft ist Planbarkeit eine wichtige Voraussetzung. Ich hoffe, dass wir jetzt in eine Phase kommen, in der wir uns in der Wirtschaft wieder Öffnungen erlauben können.

Die CDU hat in der Großen Koalition ein Belastungsmoratorium zum Schutz der Unternehmen durchgesetzt. Seither diskutiert die Koalition unter anderem ein Recht auf Homeoffice, Frauenquoten, Unternehmensstrafrecht, Lieferkettengesetz. Wird es irgendwann einen Belastungsstopp geben?

Ich stehe dafür, dass wir uns nach der Krise vor allem mit der Frage befassen, was Betrieben hilft, damit sie stärker aus der Krise kommen und die Wirtschaft wieder wachsen kann.

Das Unternehmensstrafrecht ist so ein Punkt, der eine Misstrauenskultur gegenüber Unternehmen ausstrahlt. Da müssen wir sehr vorsichtig sein, weil es viele, die sich an alle Regeln halten, in hohem Maße verärgert.

Aber es kommen auch von Unionsministern Vorschläge, die nicht zur CDU passen, wie das Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen. Wie stehen Sie dazu?

Beim Wohnungsbau, der im Wahlkampf möglicherweise eine große Rolle spielen wird, ist eines klar: Mehr Regulierungen, das sieht man im rot-rot-grün regierten Berlin, führen zu weniger Wohnungen und damit wird der Wohnraum teurer. Insofern muss es unser Ziel sein, Menschen zu ermutigen, ihr Kapital auch in Wohnungen zu investieren. Das geht nur durch vernünftige Rahmenbedingungen. Daran müssen wir arbeiten.

Kanzleramtsminister Helge Braun hat vorgeschlagen, das Grundgesetz zu ändern, um die Schuldenbremse aufzuweichen. Können



Armin Laschet spricht im Interview mit Thorsten Alleben auch über seine Doppelrolle als CDU-Chef und Ministerpräsident. In Berlin muss er mit der SPD verhandeln, in Düsseldorf mit der FDP. Er sagt: „Mit der FDP ist es angenehmer.“



Sie garantieren, dass es mit Ihnen als CDU-Chef keine Grundgesetzänderung zulasten der Schuldenbremse geben wird?

Grundgesetzänderungen müssen grundsätzlich in Partei und Fraktion besprochen werden. Unsere Haltung dazu ist aber klar: Keine Änderungen an der Schuldenbremse. Unsere solide Finanz- und Haushaltspolitik der vergangenen Jahre hat die Grundlage dafür geschaffen, dass Bund und Länder in der Corona-Krise schlagkräftig handeln können. Und die Schuldenbremse enthält auch die notwendige Flexibilität, um auf solche Krisen angemessen zu reagieren. Natürlich erwartet die Wirtschaft, dass der Staat auch nach der Krise investiert. Das wird gelingen und zwar ohne Steuererhöhungen.

„Wenn die Infektionszahlen sinken, müssen wir auch die Grundrechtseingriffe zurücknehmen.“

Wie wollen wir die Finanzierung der Krise stemmen, wenn mehr Schulden und höhere Steuern ausgeschlossen sind? Ausgabenkürzungen?

Auf jeden Fall sollte man immer wieder hinterfragen, was nötig und was nicht nötig ist. Insgesamt müssen wir die Lehren aus der Zeit vor der Pandemie ziehen. Wir haben keine Steuern erhöht und haben trotzdem als Staat mehr

Geld eingenommen. Das geht, wenn es wirtschaftliches Wachstum gibt, wenn viele Menschen in Beschäftigung sind und in die Sozial- und Steuerskassen einzahlen. Genau das muss unser Ziel sein: alles zu tun, damit nach der Krise die Wirtschaft wieder anspringt. Wir müssen Wachstum anstreben und mehr Menschen in Beschäftigung bringen. Dann haben wir auch die Chance, Schulden wieder abzutragen und ausgeglichene Haushalte wieder zu erreichen.

Werden wir die Sozialabgaben auch in den nächsten Jahren bei 40 Prozent halten?

Das ist das Ziel. Aber ehrlicherweise sichern wir dieses Ziel momentan durch Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt. Das ist natürlich nur begrenzt möglich. Man kann nicht einfach die Zahl aus dem Ruder laufen lassen und dann aus dem Bundeshaushalt auffüllen. Deshalb brauchen wir insbesondere bei der Rentenpolitik eine Perspektive, die auch mal 15, 20 Jahre trägt. Eines ist klar: In einer älter werdenden Gesellschaft können wir nicht immer weniger arbeiten. Die Rente mit 63 hat dabei falsche Anreize gesetzt. Wir müssen unsere Rentensysteme für alle Generationen krisenfest machen.

Also eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit?

Wir sollten zunächst das, was heute schon gilt, umsetzen. Wir sind ja längst noch nicht dabei, dass alle, die gesetzlich rentenversichert sind, an die 67 Jahre herankommen. Wenn die Lebenserwartung weiter steigt, werden wir perspektivisch darüber nachdenken müssen, unser Rentensystem demographiefest zu machen. Wir sind gut beraten, wenn wir erst einmal intern über unsere Vorstellungen einen Konsens erzielen.

Die Groko hat vereinbart, die private Altersvorsorge zu stärken, also die Riester-Rente zu verbessern. Aber der Finanzminister verweigert sich. Wollen Sie Druck machen?

Ja, Herr Scholz hat seit Jahren seine Hausaufgaben nicht gemacht. Er hat nicht das umgesetzt, was im Koalitionsvertrag steht. Der Finanzminister muss liefern.

Was sind Ihre wichtigsten drei Maßnahmen, damit die Wirtschaft schnell und auch stark aus der Krise rauskommt?

„In einer älter werdenden Gesellschaft können wir nicht immer weniger arbeiten. Die Rente mit 63 hat falsche Anreize gesetzt.“

Erstens haben wir, um die Wirtschaft zu stabilisieren, Konjunkturprogramme aufgelegt und dann zweitens Überbrückungshilfe gegeben. Nach der Krisenphase brauchen wir aber eine dritte Säule: Wir müssen ernst machen mit dem Bürokratieabbau. Das sagt jeder seit Jahren. Aber es mangelt meistens an konkreten Vorschlägen und einer echten Umsetzung. In Nordrhein-Westfalen haben wir zusammen mit der FDP einen Vorschlag mit 48 Maßnahmen gemacht für Bürokratieabbau auf der Bundesebene. Das muss eines unserer Kernthemen in diesem Bundestagswahlkampf sein.

Zweitens müssen unsere Plan- und Genehmigungsverfahren schneller gehen. Wenn wir weiter so planen wie bisher, wird weder die Energiewende gelingen, noch der dringend erforderliche Umbau, den wir brauchen. Alle, die jetzt eine Idee haben und investieren wollen, müssen sich auf schnellere Genehmigungsverfahren einrichten können. Das gilt bei großen Infrastrukturprojekten. Wenn wir schnellere Bahnverbindungen wollen, können wir nicht so planen, wie wir es seit 20 Jahren machen. Dann werden wir es nicht mehr erleben, dass irgendein großes Projekt fertig wird. Da erhoffe ich mir mit jedem potenziellen Koalitionspartner, dass die Erkenntnis wächst, dass wir in Deutschland einfach bei Themen dieser Art schneller werden müssen.

Drittens brauchen wir bei der Unternehmenssteuer eine bessere Angleichung im europäischen Binnenmarkt – mindestens mit Frankreich. Wir brauchen zweierlei: Viele Personengesellschaften benötigen bei der Einkommenssteuer Entlastung. Denn für viele Mittelständler steckt ja das private Vermögen im Betrieb. Und der, der sein Vermögen und seine Gewinne im Unternehmen belässt, braucht dafür eine Anerkennung im Steuerrecht. Das andere ist die Unternehmenssteuer für Kapitalgesellschaften. Da brauchen wir niedrigere Sätze. Hier kann ein deutsch-französischer Vorstoß helfen. Denn das sind zwei sehr große Märkte, die miteinander im Wettbewerb stehen.

Bitte beantworten Sie die folgenden Fragen nur mit Ja oder Nein. Sie haben einen Joker. Könnte Markus Söder Kanzler?

Ja. Jeder Ministerpräsident hat das Potenzial.

Ist der CDU-Vorsitzende in der Pole-Position im Rennen um die Kanzlerkandidatur der Union?

Das werden wir gemeinsam mit der CSU besprechen.

Ich werte das als „Ja“. Würde einem Bundeskabinett von Armin Laschet ein prominenter Vertreter oder eine Vertreterin des Wirtschaftsflügels angehören?

Ja. Aber lassen Sie uns erstmal gemeinsam alles dafür tun, damit wir die Wahlen gewinnen.

Würde die CDU beim nächsten Mal versuchen, das Finanzministerium zu bekommen?

Ja. Aber auch hier gilt: Wir spekulieren vor der Wahl nicht über Posten.

Werden bis zur Bundestagswahl alle in Deutschland, die wollen, geimpft worden sein?

Ja, das ist das Ziel.

Zum Schluss eine Satzvervollständigung: Wenn der Lockdown und alle Einschränkungen vorbei sind, werde ich...

... mit guten Freunden ein Fest feiern. ●

Anzeige

Die All-in-one-Lösung für Ihre Online-Versammlung

Für Verbände und Genossenschaften, Gewerkschaften, Vereine, Parteien und NGOs

LOGO



CHAT

MENU



T.O.P.

WAHL





sicher. einfach. live.

www.mitgliederversammlung.digital



Ein Jahr nach Ausbruch der Corona-Pandemie zieht die deutsche Wirtschaft Zwischenbilanz. Im Mittelstandsmagazin schreiben neun Branchenvertreter Klartext: Was hat die Politik ihrer Ansicht nach gut gemacht? Und wo muss dringend nachgebessert werden? Die Verbandsgeschäftsführer – allesamt MIT-Mitglieder – fordern vor allem eine schnellere Auszahlung der Hilfen und mehr Planbarkeit.

EIN JAHR CORONA-KRISE

Wirtschaft spricht Klartext

Handwerk

Was hat die Politik gut gemacht?

Entschlossen und ohne auf eine Blaupause zurückgreifen zu können, hat die Politik grundsätzlich richtige Entscheidungen getroffen. Die Instrumentarien vom Kurzarbeitergeld über Steuer- und Beitragsstundungen bis hin zu Krediten und Zuschüssen hat zunächst viele Betriebe vor dem Aus bewahrt. Auf Sicht zu fahren, reicht jetzt aber nicht mehr.

Was muss die Politik (anders) machen?

Erstens, Planbarkeit: An die Stelle des Flickenteppichs länderspezifischer Regelungen sollte endlich ein bundes-

weites Ampel-System für Entscheidungen nach regionaler Inzidenz treten. Zweiten, Versprechen einhalten: Die Liquiditätshilfen müssen vereinfacht und die Auszahlungen beschleunigt werden. Impfungen und Testungen sind zu intensivieren. Drittens, Vertrauen schaffen: Die Politik muss den Betrieben Perspektiven geben durch eine realistische Öffnungsstrategie und einen Zukunftspakt zur Überwindung der Pandemie-Folgen.

Karl-Sebastian Schulte ist Geschäftsführer des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks. Der ZDH vertritt rund eine Million Betriebe mit 5,6 Millionen Angestellten und einem Umsatz von 640 Milliarden Euro.



Foto: Picasa

Ingrid Hartges ist Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes. Im Dehoga sind mehr als 60.000 Betriebe organisiert. Die Branche beschäftigt 2,4 Millionen Menschen, darunter 53.000 Auszubildende.

Einzelhandel

Was hat die Politik gut gemacht?

Gut war, dass die Türen stets für Anregungen offen waren. Ebenso waren die Anforderungen an die Hygiene beim Einkauf schnell klar und konnten so konsequent umgesetzt werden. Daher konnten wir als eine der ersten Branchen nach dem ersten Lockdown wieder öffnen. Positiv ist auch, dass die Hilfszahlungen besser an die Bedürfnisse des Handels angepasst werden sollen.



Foto: Die Hoffotografen

Stefan Genth ist Hauptgeschäftsführer des Handelsverbands Deutschland. Der HDE vertritt den deutschen Einzelhandel, der mit 300.000 Unternehmen und drei Millionen Beschäftigten einen Umsatz von 535 Milliarden Euro erwirtschaftet.

Was muss die Politik (anders) machen?

Beachtliche staatliche Finanzhilfen wurden zwar angekündigt, kamen aber im Handel nicht an. Bis heute soll die Branche in völliger Ungleichbehandlung bei den Dezemberhilfen leer ausgehen. Bei den Überbrückungshilfen waren die Kriterien über Monate hinweg realitätsfremd. Die jetzt versprochenen Nachbesserungen müssen schnell und zielgenau sein. Zudem müssen die Diskussionen um ein mögliches Wiederhochfahren des Lebens und der Wirtschaft öffentlich geführt werden, nicht hinter verschlossenen Türen.



Foto: DEHOGA/Svea Pietschmann

Hotel- und Gaststättengewerbe

Was hat die Politik gut gemacht?

Ein so wirksames arbeitsmarktpolitisches Instrument wie das Kurzarbeitergeld gibt es in vielen anderen Ländern nicht. Die Corona-Hilfen sowie die KfW-Kreditprogramme waren und sind wertvolle Liquiditätshilfen für unsere Betriebe. Wichtig waren die Mehrwertsteuersenkung, die mit dem zweiten Lockdown zugesagten Entschädigungen und der Einsatz für die Erweiterung der Beihilfeobergrenzen. Sehr positiv ist die gesetzliche Verankerung, dass die Corona-Pandemie eine Störung der Geschäftsgrundlage bei Miet- und Pachtverhältnissen darstellt.

Was muss die Politik (anders) machen?

Die Auszahlung der Hilfen dauert viel zu lange. Die Komplexität der Beihilfeprogramme ist kaum zu überbieten. Insgesamt fordern wir eine bessere Organisation und mehr Tempo – das gilt für die Abwicklung der Hilfsprogramme sowie die Umsetzung der Impfstrategie. Zugleich brauchen wir eine effektive Teststrategie inklusive Schnelltests und eine Aufrüstung der Gesundheitsämter.

Finanzwirtschaft

Was hat die Politik gut gemacht?

Die Politik hat zunächst schnell und richtig reagiert. Mit den Hilfsprogrammen wurden in Abstimmung mit den Verbänden richtige Antworten gefunden und sinnvoll zwischen Liquiditäts- und Eigenkapitalbedarf, Zuschüssen, Hilfskrediten, staatlichen Garantien und Beteiligungen unterschieden. Der Dialog mit der Kreditwirtschaft verlief pragmatisch.

Was muss die Politik (anders) machen?

So richtig es war, durch umfangreiches Engagement zur Stabilität beizutragen, so problematisch ist es, überzogene Erwartungen zu wecken. Die Verzögerungen bei der Auszahlung führen zu verständlichen Irritationen bei den Unternehmen. Die technischen und organisatorischen Fähigkeiten müssen professionalisiert werden. Zudem muss es bereits jetzt um eine Neuausrichtung der Förderprogramme und Eigenkapitallösungen gehen – mit dem Ziel, Schlüsseltechnologien in den Fokus der staatlichen Förderung zu stellen.



Foto: Die Hoffotografen

Andreas Krautscheid ist Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes deutscher Banken. Der Verband vertritt rund 200 private Banken und FinTechs mit über 120.000 Mitarbeitern und einem Umsatz von mehr als 2,5 Billionen Euro.

Automobilindustrie

Was hat die Politik gut gemacht?

Die Politik hat wichtige Impulse gesetzt, um die deutsche Wirtschaft in der Krise zu stabilisieren. Mit ihrem entschlossenen Handeln hat die Bundesregierung vielen Unternehmen und Beschäftigten schnell geholfen. Auch die Verlängerung des Umweltbonus und das Flottenerneuerungsprogramm für Lkw sind für uns wichtige Maßnahmen.

Was muss die Politik (anders) machen?

Um das Virus einzudämmen, müssen die Impfungen schneller Fahrt aufnehmen. Grenzsicherungen oder ein Lockdown der Industrie müssen verhindert werden. Die Produktionsstätten der Unternehmen sind sicher und Home Office wird angeboten, wo es möglich ist. Wir brauchen nun aber auch eine Strategie zur Revitalisierung der Wirtschaft. Der Standort Deutschland muss wieder wettbewerbsfähig werden.

Hildegard Müller ist Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie. Der VDA vertritt die Interessen von 663 Mitgliedsunternehmen mit mehr als 800.000 Beschäftigten und einem Umsatz von rund 400 Milliarden Euro.



Entsorgungswirtschaft

Was hat die Politik gut gemacht?

Beim ersten Lockdown hat die Flexibilität von Politik und Verwaltung überzeugt. Sämtliche Behörden in allen Bundesländern waren bereit und in der Lage, mit der ungewohnten Situation „kreativ“ umzugehen. Unsere Mitgliedsunternehmen haben diese Flexibilität bei Genehmigungsverfahren, bei Fristverlängerungen und bei Ausnahmeregelungen erfahren. Die Verwaltungsverfahren waren allesamt rechtlich korrekt, aber „schnell und unbürokratisch“.

Peter Kurth ist Präsident des Bundesverbands der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE) mit 750 Mitgliedern. In der gesamten Kreislaufwirtschaft arbeiten 310.000 Menschen, der Umsatz beträgt 84 Milliarden Euro.



Was muss die Politik (anders) machen?

Genau diese Flexibilität fehlt nun bei Politik und Verwaltung im Umgang mit den Risikogruppen. Das Land hat exakt seit einem Jahr Erfahrung mit Corona, und dennoch vermag es die Politik nicht, die nötigen Differenzierungen vorzunehmen. Statt flexibler Regelungen zum Schutz der Risikogruppen legen die Entscheider immer noch mit Pauschalverfügungen das Land lahm.



Foto: Matthias Martin

Christoph Minhoff ist Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie. Die BVE vertritt 6.166 Betriebe mit 617.500 Beschäftigten und einem Umsatz von 185 Milliarden Euro.

Ernährungsindustrie

Was hat die Politik gut gemacht?

Die Politik hat versucht, den Spagat zwischen epidemiologischen Notwendigkeiten und gesellschaftspolitischen Erwartungen zu erfüllen. Der Vorsatz, auf Vernunft und Erkenntnis der Bürger zu hoffen, war ehrenwert. Einschätzungen der Wissenschaft in politische Entscheidungen einfließen zu lassen, ist bei ausgewogenem Diskurs sinnvoll.

Was muss die Politik (anders) machen?

Die Bundesregierung muss ihre eindimensionale Betrachtung der Pandemie ablegen. Die Weltgesundheitsorganisation definiert „Gesundheit“ als weit mehr als nur das Nichtvorhandensein von Krankheit. Das Verhindern von Neuansteckungen kann kein Selbstzweck sein, wenn das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben nachhaltig erkrankt. Sonst erleben wir die Epidemie einer Wertschöpfungs- und Wohlstandsschwundsucht, einer Amputation sozialer Kontakte, einer Amnesie des Kulturbetriebes und einer Metastasierung von Zukunftsangst.

Bauwirtschaft

Was hat die Politik gut gemacht?

Insgesamt haben die politischen Maßnahmen ermöglicht, dass die Baubranche bisher verhältnismäßig solide durch die Krise gekommen ist. Auf den Baustellen konnte größtenteils durchgehend gebaut werden. Mit dem Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket hat die Bundesregierung zudem die Weichen dafür gestellt, dass die öffentliche Hand weiter investieren kann. Auch das generelle Festhalten an den Investitionsbudgets in der Haushaltsplanung begrüßen wir außerordentlich.

Was muss die Politik (anders) machen?

Die Situation in der Ausbildung sehen wir mit Sorge. Hier hätte man die überbetriebliche Ausbildung mit dem Schulbetrieb gleichsetzen sollen. Außerdem hat die temporäre Absenkung der Mehrwertsteuer für bürokratischen Zusatzaufwand bei den Betrieben gesorgt und keine konjunkturellen Impulse gegeben. Die Aussetzung des Insolvenzrechts sollte möglichst bald beendet werden.

Felix Pakleppa ist Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes. Der ZDB vertritt 35.000 Baubetriebe mit branchenweit 888.000 Mitarbeitern und einem Umsatz von 140 Milliarden Euro.



Foto: Anne Hufnagel



Foto: Anne Kreuz



Albrecht von der Hagen ist Hauptgeschäftsführer des Verbands „Die Familienunternehmer“. In dem Verband engagieren sich 6.200 Mitgliedsbetriebe mit zwei Millionen Mitarbeitern und einem Umsatz von 460 Milliarden Euro.

Familienunternehmer

Was hat die Politik gut gemacht?

Die Bundesregierung war gut im Ankündigen von Hilfen für die Unternehmen, die sie in den Lockdown geschickt hat. Bei der Umsetzung hat sie sich jedoch in Bürokratie und ungeklärten EU-Beihilferegeln völlig verheddert. Warum wurde das nicht im Sommer gründlich vorbereitet?

Was muss die Politik (anders) machen?

Wer den Unternehmen verspricht, 70 oder 75 Prozent des Umsatzausfalls zu erstatten, das aber in den Antragsbedingungen wieder rückgängig macht,

verliert seine Glaubwürdigkeit. Hier muss das Kanzleramt dringend das Finanzministerium zu einem gemeinsamen Kurs mit dem Wirtschaftsministerium bringen. Hinzu kommt, dass die großen Mittelständler in fast allen Hilfsprogrammen nicht berücksichtigt wurden. Dringend nötig ist ein klarer Plan, nach welchen Kriterien der Lockdown wieder beendet werden soll. Denn Rettungspolitik ist noch lange keine Wirtschaftspolitik. ●

UNTERNEHMENSPLEITEN

Wie läuft eine Insolvenz ab?



2020 war für viele Unternehmen und Soloselbstständige ein Katastrophengeschäftsjahr. Deutschland stürzte in eine der schwersten Konjunkturkrisen der Nachkriegszeit, Geschäfte mussten monatelang schließen. Experten rechneten daher bereits im vergangenen Herbst mit einer Pleitewelle (Ausgabe 5-2020). Doch die blieb bislang aus. Das lag auch an Änderungen im deutschen Insolvenzrecht.

Was ist eine Insolvenz?

Mit Insolvenz ist die Zahlungsunfähigkeit eines Schuldners gegenüber seinen Gläubigern gemeint. Das heißt: Kann eine Firma oder eine Privatperson ihre Rechnungen absehbar nicht mehr begleichen, muss sie Insolvenz anmelden. Die Ursache dafür können Fehlinvestitionen, kalkulatorische Fehler, aber auch Zahlungsausfälle eigener Kunden oder Geschäftspartner oder wirtschaftliche Krisen sein. Nicht jede Geschäftsaufgabe ist gleich eine

Für 2021 rechnen Experten mit vielen Insolvenzen. Was bedeutet eine Unternehmenspleite für Gläubiger und Arbeitnehmer? Und welche Regelung gilt in der Pandemie?

Insolvenz. Unternehmen können auch ganz regulär abgemeldet werden, etwa aus Altersgründen oder wenn die weiteren Aussichten als ungünstig eingeschätzt werden.

Insolvenzgründe

Die deutsche Insolvenzordnung unterscheidet zwei Fälle der Insolvenz: zum einen die Regelinsolvenz für Kapitalgesellschaften (zum Beispiel GmbH oder AG), Personengesellschaften (etwa KG, OHG oder Einzelunternehmen) und Freiberufler – und zum anderen die Verbraucherinsolvenz (auch Privatinsolvenz genannt) für Privatpersonen, die hier aber nicht weiter erläutert wird.

Aus rechtlicher Sicht führen drei Gründe zu einer Regelinsolvenz: die Zahlungsunfähigkeit, die drohende Zahlungsunfähigkeit – der Prognosezeitraum beträgt hier meist 24 Monate – und die Überschuldung. Von Überschuldung ist die Rede, wenn die offenen Forderungen höher sind als das vorhandene Vermögen. Als zahlungsunfähig gilt ein Unternehmen, wenn es mehr als 90 Prozent seiner offenen Rechnungen nicht mehr begleichen kann.

Bei drohender Zahlungsunfähigkeit besteht ein Recht, aber keine Pflicht zur Anmeldung. Bei Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung muss Insol-

venz angemeldet werden. Geschieht dies nicht oder zu spät, besteht die Gefahr der Insolvenzverschleppung. Dann droht unter Umständen nicht nur eine Haftung mit dem Privatkapital des Unternehmers (auch in einer GmbH), sondern auch eine mehrjährige Haftstrafe. Ein Insolvenzverfahren kann auch von Gläubigern beantragt werden, aber nicht von Amts wegen.

Insolvenzverfahren

Meldet ein Unternehmen beim Amtsgericht Insolvenz an, wird zunächst geprüft, ob im Unternehmen genug Geld zur Begleichung der Schulden und der Verfahrenskosten vorhanden ist. Ist das der Fall, wird das Verfahren eröffnet und der Beschluss veröffentlicht. Ein Insolvenzverwalter ermittelt die exakte Schuldenlast und die Insolvenzmasse, also das Vermögen, das zur Begleichung der Schulden zur Verfügung steht. Dazu gehören unter anderem auch Immobilien, Grundstücke, produzierte Waren oder Patente. Danach werden die Gläubiger befristet aufgefordert, ihre Forderungen mitzuteilen. In einer Gläubigerversammlung wird entschieden, ob das Unternehmen fortgeführt oder stillgelegt wird. Dann verwertet der Verwalter die Masse und verteilt das Geld an die Gläubiger. Zuerst werden Gläubiger mit „Sicherheitsrechten“ bedient, zum Beispiel Banken, bei denen eine Immobilie als Kreditsicherheit hinterlegt ist, oder Sozialversicherungsträger. Wird

das Unternehmen verkauft, fließt der Erlös ebenfalls in die Insolvenzmasse ein.

Sonderformen

Neben der Regel- und der Verbraucherinsolvenz kennt das Insolvenzrecht Sonderformen, etwa das Insolvenzplanverfahren. Dieses zielt auf die Sanierung und Fortführung des Unternehmens ab. In einem Insolvenzplan können dann flexiblere Regelungen vereinbart werden. Das hat den Vorteil, dass die Gläubiger mehr in das Verfahren eingebunden werden und auch die Stellung des Schuldners gestärkt wird.

Eine weitere Form, die ebenfalls auf die Sanierung abzielt, ist die Insolvenz in Eigenverwaltung. Dabei behält die Geschäftsleitung weiter die Verfügungsgewalt über das Unternehmen. Ihr wird jedoch ein Sachwalter zur Seite gestellt. Eng verbunden der Insolvenz in Eigenverantwortung ist das Schutzschirmverfahren. Unter Vorlage eines Insolvenzplans kann sich das Unternehmen dann bis zu drei Monate Zeit verschaffen, um eine Sanierung vorzubereiten. Voraussetzung ist unter anderem die grundsätzliche Liquidität des Unternehmens, eine frühzeitige Antragstellung und die Aussicht auf eine Sanierung.

Aussetzung der Antragspflicht

Im Kampf gegen die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie lockerte die Bundesregierung das Insolvenz-

recht im März 2020 vorübergehend. Unternehmen, die allein wegen der Pandemie in Schieflage geraten sind, waren von der Pflicht zur Anmeldung einer Insolvenz befreit. Wohl auch deshalb blieb die befürchtete Welle an Insolvenzen in Deutschland bislang aus.

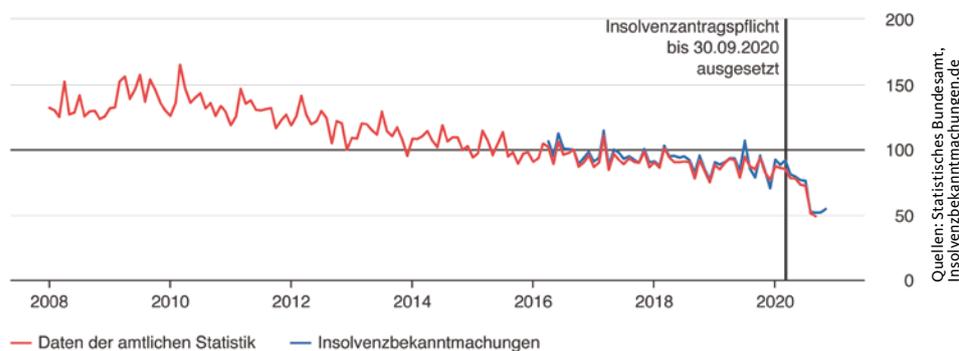
Zum 1. Oktober verlängerte die Regierung die Aussetzung bis Jahresende 2020 – aber nur im Falle einer Überschuldung und auch nur pandemiebedingt (Stichtag 31. Dezember 2019). Zur Einordnung: In Baden-Württemberg beispielsweise wurde 2019 in 1,8 Prozent der Fälle Überschuldung als alleiniger Insolvenzgrund registriert. Die meisten Unternehmen mussten also bereits seit Oktober wieder Insolvenz anmelden.

Wegen technischer Schwierigkeiten bei der Antragstellung der Corona-Hilfen und Verzögerungen bei den Auszahlungen wurde die Antragspflicht unter bestimmten Voraussetzungen zunächst bis 31. Januar und dann bis 30. April ausgesetzt. Voraussetzung ist, dass die Hilfe bis zum 28. Februar beantragt wird und die Hilfe „zur Beseitigung der Insolvenzreife geeignet ist“, wie die Bundesregierung mitteilt. Die Verlängerung soll lediglich den Unternehmen zugutekommen, die auf Auszahlungen aus den Hilfsprogrammen warten. Das heißt im Umkehrschluss: Wer keine Hilfen beantragt oder keine Aussicht auf eine Auszahlung von Corona-Hilfen hat, aber überschuldet oder zahlungsunfähig ist, muss ab 1. Februar Insolvenz anmelden.

Insolvenz als Chance

Generell raten Experten, eine Insolvenz nicht als Scheitern, sondern auch als Chance zu sehen. „Die Insolvenz des eigenen Unternehmens bedeutet nicht das Ende der unternehmerischen Tätigkeit“, betont der Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Dietmar Hölscher. Durch ein Insolvenzplanverfahren oder das Herauskaufen von Unternehmensteilen könne der Betrieb fortgeführt werden, so der Schatzmeister der MIT Berlin. ●

Von Januar bis September 2020 meldeten die deutschen Amtsgerichte 12.491 Unternehmensinsolvenzen. Das waren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 13,1 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Ein Grund dafür ist die teilweise ausgesetzte Insolvenzantragspflicht.



PRO & CONTRA

Sollten Corona-Geimpfte privilegiert werden?

In dieser Rubrik lassen wir Mitglieder der MIT zu Wort kommen.

Die Beiträge geben ihre persönliche Meinung wieder.



Stephan Pilsinger (34) ist Arzt und Bundestagsabgeordneter der CSU. Er ist dort Mitglied des Gesundheitsausschusses und engagiert sich als Co-Vorsitzender der MIT-Gesundheitskommission.

Privilegien im Gastronomiebereich

Ich bin sehr froh, dass uns mit der Zulassung der ersten Impfstoffe endlich eine wirksame Waffe gegen das Coronavirus zur Verfügung steht. Deutlich früher als erhofft konnten wir bereits Ende Dezember mit den Impfungen beginnen. Da die weltweite Nachfrage nach den ersten Impfstoffen erwartungsgemäß sehr hoch ist, stehen uns zu Beginn nicht genügend Impfdosen zur Verfügung, um der gesamten Bevölkerung ein Impfangebot machen zu können. Auf der Grundlage der Empfehlungen der Ständigen Impfkommission haben wir deshalb zunächst damit begonnen, diejenigen zu impfen, die ein besonders hohes Risiko für einen schweren oder tödlichen Krankheitsverlauf haben. Auch Mitarbeiter in Pflegeheimen, ambulanten Pflegediensten sowie medizinisches Personal mit besonders hohem Ansteckungsrisiko erhalten die Impfung zuerst. Schon mit dieser ersten Phase werden wir einen entscheidenden Unterschied in der Bekämpfung der Pandemie machen. Leider liegen uns aber noch keine verlässlichen Informationen dazu vor, ob eine Impfung auch die Weitergabe des Virus verhindern kann. Klar ist bis jetzt nur, dass schwere Krankheitsverläufe mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit ver-

hindert werden können. Grundsätzlich spreche ich mich trotzdem gegen eine generelle Impfpflicht und einen staatlichen Immunitätsausweis aus.

Gleichwohl werden wir irgendwann an einem Punkt sein, an dem eine Impfung für jedermann möglich ist. Vor dem Hintergrund des verfassungsrechtlich geschützten Grundsatzes der allgemeinen Handlungsfreiheit sollte es Unternehmern aus meiner Sicht ab diesem Zeitpunkt auch gestattet sein, nur noch Geschäfte mit geimpften

PRO

Personen einzugehen. Besonders im Bereich der Gastronomie, Kulturbranche, Hotellerie und Veranstaltungswirtschaft halte ich eine solche Regelung für verhältnismäßig, da hier sonst auf lange Sicht ein weitgehend ungestörter und effizienter Betrieb unter Pandemiebedingungen nicht zu gewährleisten wäre. Gleichzeitig muss der Staat sicherstellen, dass allen Menschen der Zugang zu Gütern des Grundbedarfs wie Lebensmitteln und Medikamenten jederzeit offensteht – unabhängig davon, ob diese geimpft sind oder nicht. Der Grundsatz der Privatautonomie darf aber auch durch einen solchen staatlichen Eingriff in die unternehmerische Freiheit insoweit nicht unverhältnismäßig eingeschränkt werden. ●

Kontaktverbote, Abstandsgebote, Betriebsschließungen und Sanktionen: Die Corona-Pandemie bringt nie dagewesene Einschränkungen der Freiheit. Mit Blick auf den wenn auch schleppend angelaufenen Impfprozess in Deutschland stellt sich die Frage: Sollten nicht die, die schon geimpft wurden, Vorteile dadurch erhalten, zum Beispiel Konzerte besuchen dürfen? Oder wäre das eine Impfpflicht durch die Hintertür?

Ihre Meinung zählt

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! Unter www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage können Sie Ihre Meinung zum aktuellen Pro und Contra äußern. Über das Abstimmungsergebnis informieren wir im MIT:NEWSLETTER. Sollten Sie diesen noch nicht erhalten, können Sie ihn unter www.mit-bund.de/newsletter kostenlos abonnieren.

Auf das Impfen konzentrieren

Je mehr Menschen geimpft sind, umso lauter dürften die Stimmen für das Ende beschränkender Regelungen bei Geimpften und für „Privilegierungen“ werden. Was sich mit der Diskussion über Impfprivilegien als denkbare Option für wiedererlangte Freiheiten anbietet, entpuppt sich bei genauem Hinsehen jedoch als Scheindebatte. Das Impfen schreitet voran – aber langsam. Solange die Corona-Impfquote im niedrigen einstelligen Bereich steht, führt die Diskussion über „Privilegien“ für Geimpfte schlicht an den praktischen Gegebenheiten vorbei. Bis wirklich jeder die Chance gehabt hat, sich impfen zu lassen, werden noch Monate vergehen.

Bislang wird eine Besserstellung Geimpfter daher mehrheitlich abgelehnt. Auch der Deutsche Ethikrat sprach sich dagegen aus. Da wird die Gefahr der Spaltung, für den Zusammenhalt und das Wertefundament unserer Gesellschaft betont. Und was ist mit jenen, bei denen eine Impfung aus medizinischen Gründen gar nicht infrage kommt? Wollen wir eine Zweiklassengesellschaft, bei der allein der Piks entscheidet, ob man am sozialen Leben teilnehmen kann oder zu Hause bleiben muss? Das erzeugt bei den einen ein Gefühl, sich wieder alles

gönnen zu dürfen und bei den anderen ein Gefühl des Abgehängt- und Zurückgesetzseins. In einer Zeit, in der unser Land zusammenstehen muss, könnte dies zu einer neuen Spaltungslinie in unserer Gesellschaft führen.

Darüber hinaus muss sich auch künftig jeder frei entscheiden können, ob er sich impfen lassen will oder nicht. Einen Impfwang durch die Hintertür mittels Bevorzugung Geimpfter sollten wir unbedingt vermeiden, weil dies das Systemvertrauen beschädigen könnte.

Vor allem zweifle ich aber an der konkreten Praktikabilität in der Handhabung einer Differenzierung zwischen Geimpften und Nicht-Geimpften. So dürfte schon der Nachweis des Impfstatus zu Problemen führen. Und müssten nicht auch Unterschiede gemacht werden, welchen der Impfstoffe der Geimpfte erhalten hat und wann? Geht von Geimpften wirklich keine Ansteckungsgefahr für andere mehr aus? Und was ist mit unseren Kindern und Jugendlichen, für die noch gar kein Impfstoff zugelassen ist? Solange diese Fragen nicht sicher geklärt sind, halte ich „Privilegien“ für Covid-Geimpfte für wenig sinnvoll und überflüssig. Wir sollten uns zunächst weiter auf das Impfen konzentrieren!

CONTRA



Christian Hirte (44) ist Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der CDU Thüringen. Der frühere MIT-Kreisvorsitzende war von 2018 bis 2020 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeswirtschaftsminister und Regierungsbeauftragter für den Mittelstand.

EU-Check

Irrwitzige Verordnung oder sinnvolle Richtlinie? In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.

Starker Mittelstand im digitalen Wettbewerb

Im Dezember 2020 hat die Europäische Kommission das Gesetzespaket für digitale Dienste präsentiert. Mit dem Digital Services Act (DSA) und dem Digital Markets Act (DMA) wird ein einheitlicher digitaler Raum geschaffen, in dem die Grundrechte aller Nutzer geschützt sind und gleichzeitig Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen existieren, die Innovation, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit fördern. Dies ist insbesondere für einen starken deutschen Mittelstand im digitalen Wettbewerb wichtig, der noch zu oft durch unfaire Praktiken, Datenmonopole und den Datenmissbrauch durch große Plattformen benachteiligt wird. Deshalb setzen wir uns in den weiteren Verhandlungen für eine mittelstandsfreundliche Ausgestaltung mit fairen Bedingungen ein.

Lieferkettengesetz droht auch KMU

Ende Januar 2021 hat der Rechtsausschuss des EU-Parlaments (JURI) für den Initiativbericht zu „Sorgfaltspflicht und Rechenschaftspflicht von Unternehmen“ gestimmt. Um dem europäischen Mittelstand vor überbordender Bürokratie zu schützen, haben wir uns für einen zielführenden Bericht eingesetzt und viele Verbesserungen erreicht. Dennoch ist klar, sobald ein Unternehmen diesen Regelungen unterliegt, steht es einem Bürokratiemonster gegenüber. Mittelständler sind nicht davor gefeit, von großen Unternehmen dazu verpflichtet zu werden, ihre Aufgaben zu übernehmen. Das muss sich ändern. Sobald der Kommissionsvorschlag vorliegt, werden wir uns entsprechend für eine Korrektur einsetzen. Gerade der Mittelstand muss vor mehr Bürokratie geschützt werden.

Die Jury

Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe



PKMEurope
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Grundgesetzänderung

Schuldenbremse ist rote Linie

Die MIT hat den Vorstoß aus dem Bundeskanzleramt zur Aussetzung der Schuldenbremse entschieden abgelehnt. „Die Schuldenbremse war eine der wegweisendsten und nachhaltigsten Entscheidungen der Politik, um die Ausgabenwut des Staates zu begrenzen“, sagte MIT-Chef Carsten Linnemann. „Diese Schuldenbremse jetzt wieder aus dem Grundgesetz zu streichen, wäre ein Paradigmenwechsel.“ Ähnlich äußerten sich viele MIT-Vorstandsmitglieder und Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. „Corona mutet den Bürgern viele Einschnitte zu. Dann muss auch der Staat in der Lage sein, den Gürtel enger zu schnallen“, sagte Linnemann. Es gehöre zudem zur Wahrheit, dass der Staat schon vor Corona zu viel Geld ausgegeben habe. Die MIT fordert eine grundlegende Aufgaben- und Ausgabenkritik des Staates: Alle konsumtiven Ausgaben und Subventionen, die nicht unbedingt nötig sind, gehören auf den Prüfstand. Darüber hinaus ist ein grundsätzlicher Einstellungs- und Verbeamtungstopf in allen Ministerien von Bund und Ländern geboten.



Liquiditätshilfe

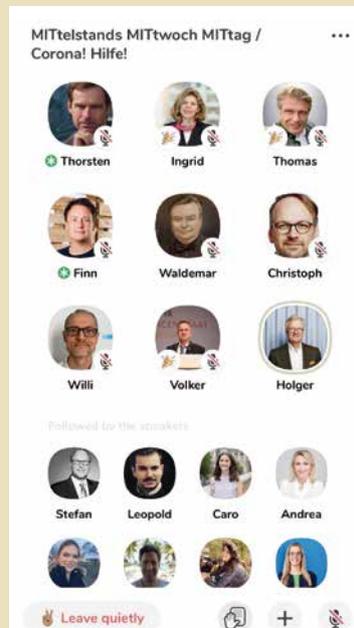
Koalition bessert bei Verlustverrechnung nach

Der Koalitionsausschuss von CDU, CSU und SPD hat sich auf eine bessere steuerliche Verrechnung der aktuellen Verluste in der Coronakrise mit Gewinnen aus 2019 geeinigt. Dafür hatte sich die MIT zuvor wiederholt eingesetzt. Der verrechenbare Betrag soll nun auf 10 Millionen Euro (20 Millionen Euro bei Zusammenveranlagung) verdoppelt werden. „Das ist ein weiterer wichtiger Baustein, um den Unternehmen in der Krise schnell Liquidität zu verschaffen“, sagte MIT-Vorsitzender Carsten Linnemann. Für die Gastronomie wird der ermäßigte Mehrwertsteuersatz auf Speisen bis Ende 2022 verlängert.

MIT debattiert via „Clubhouse“

Seit einigen Monaten mischt die neue Audio-App „Clubhouse“ das Internet auf. In einem virtuellen Raum können sich Menschen untereinander per Smartphone über bestimmte Themen austauschen.

Auch die MIT nutzt die App bereits. Jeden Mittwochmittag zwischen 12 und 13 Uhr steht ein anderes Thema im Vordergrund. Zuletzt drehten sich die Gespräche mit rund 150 Zuhörern um die Corona-Hilfen. Dabei diskutierten unter anderem Wirtschaftsstaatssekretär Thomas Bareiß, Fußballexperte Waldemar Hartmann und Dehoga-Chefin Ingrid Hartges mit.



Umwandlungsverbot

Eigentumsbildung fördert statt behindern

Die MIT lehnt das von der Bundesregierung geplante Umwandlungsverbot von Wohnungen ab. „Das Verbot, Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umzuwandeln, ist ein unzumutbarer Eingriff in die Eigentumsrechte der Wohnungsinhaber“, heißt es in dem Präsidiumsbeschluss. Eine solche Maßnahme würde die Bemühungen der Union, Eigentumsbildung gerade von jungen Familien in Deutschland zu erleichtern, konterkarieren. Zudem würden die gerade in Ballungsräumen dringend erwünschten Neubauten verhindert. Die MIT setzt sich deshalb über die CDU/CSU-Bundestagsfraktion für einen Stopp des Umwandlungsverbotes ein. Zudem sollen das erweiterte kommunale Vorkaufsrecht sowie die derzeit vorgesehenen Baugebote gestrichen werden. Auch fordert die MIT in dem Beschluss, dass die Länder den vom Bund festgelegten Grunderwerbssteuersatz von 3,5 Prozent nicht überschreiten dürfen.

MIT lehnt Werbeverbote ab

Die MIT hat sich gegen weitere Werbeverbote ausgesprochen. In der Vergangenheit wurden immer wieder Stimmen laut, Werbung für Süßigkeiten oder für günstige Fleischangebote zu verbieten. „Werbung ist ein legitimes wie unverzichtbares Instrument der Sozialen Marktwirtschaft“, heißt es in einem Beschluss des MIT-Präsidiums. Werbung ermögliche Wettbewerb, Innovationen und Marktchancen für neue Produkte. „Nicht die Werbung ist das Problem, sondern übermäßiger Konsum oder Ramschpreise“, sagt Gitta Connemann, Co-Vorsitzende der MIT-Kommission für Landwirtschaft und Ernährung. Wer wirklich etwas ändern wolle, müsse dort ansetzen. „Ein Zuckerwerbeverbot wird Übergewicht nicht beenden. Hier hilft nur die einfache Formel: Wer mehr Kalorien isst, als er verbraucht, nimmt zu – egal ob von Schokolade oder Dinkelbrot“, so Connemann.

MIT After Work

Videokonferenz mit Bosbach und Kinnert

Der CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach und die Unternehmerin Diana Kinnert standen in einem exklusiven „MIT After Work“ den MIT-Mitgliedern Rede und Antwort. Sie diskutierten über die Frage: Welche Richtung braucht die CDU? Sowohl Bosbach als auch Kinnert rieten dazu, die Unterschiede der CDU zu anderen Parteien stärker herauszustellen. Auch die aktuellen Corona-Maßnahmen und die damit verbundenen Einschränkungen der Freiheit wurden diskutiert.



„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

... es jetzt gilt, den Einfluss des Mittelstands auf die Politik zu erhöhen. Nur ein wirtschaftlich erfolgreiches Deutschland sichert den Wohlstand der Deutschen und der Europäer.“



Jürgen Widmann

Geschäftsführender Gesellschafter,
MIT Ostalbkreis

... der Mittelstand das Rückgrat unseres Wohlstands ist. Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und der Gedanke der Sozialen Marktwirtschaft stärken Deutschland und Europa.“



Wiebke Winter

Doktorandin,
MIT Bremen

... wir die vielfältigen Chancen der Digitalisierung für unseren Mittelstand ergreifen müssen.“



Dr. Ingmar Dathe

Director of Legal Affairs,
MIT Leipzig-Stadt

Neumitglieder

Jürgen Widmann (51) ist Maschinenbauingenieur und gründete schon früh in seiner beruflichen Laufbahn ein Softwareunternehmen mit Stammsitz in Durlangen in Baden-Württemberg. Das Unternehmen, mit dem der Schwabe bereits mehrere Auszeichnungen gewinnen konnte, setzt auf die Zukunftsthemen Industrie 4.0 und Smart Factory, seit einigen Jahren auch international.

Widmann sieht es als seine Aufgabe an, dass eine stärker vernetzte Bildung auch in kaufmännischen und technischen berufsbildenden Schulen Einzug erhält. Seit einigen Jahren engagiert er sich deshalb aktiv im Forschungs- und Innovationsausschuss der Industrie- und Handelskammer Ostwürttemberg. Als Technikbegeisterter interessiert er sich für alles Neue. Das Wochenende widmet er hingegen seiner Familie und seinen Freunden.

Wiebke Winter (24) ist Landesvorsitzende der Jungen Union Bremen und jüngst in den CDU-Bundesvorstand gewählt worden. Die gebürtige Kieleserin besuchte in Bremen eine bilinguale Schule, bevor sie in Hamburg und in Oxford (England) Jura studierte. Nach ihrem Ersten Staatsexamen im Jahr 2018 begann sie ihre medizinrechtliche Doktorarbeit zum Thema Künstliche Intelligenz und Big Data im Gesundheitswesen. Daneben arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Medizinrecht der Bucerius Law School in Hamburg. Die Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung ist seit 2019 Deputierte für Gesundheit der Stadt Bremen und Mitglied der CDU-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft. Im Herbst will Winter als Direktkandidatin im Wahlkreis Bremen II/Bremerhaven in den Bundestag einziehen.

Ingmar Dathe (35) arbeitet als Director of Legal Affairs bei der Sanity Group, einem Startup aus dem Medizinbereich. Dathe studierte europäisches und internationales Wirtschaftsrecht in Lyon (Frankreich), promovierte danach mit einem Stipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung an der Universität Hamburg über Meinungsfreiheit in sozialen Netzwerken. Anschließend kam er über die Stationen bei der Wirtschaftskanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer und der Volkswagen-Tochter Moia zur Sanity Group. Nebenbei ist er als Business Angel in einem Leipziger Digital-Startup investiert. Politisch engagierte sich Dathe bereits im Bundesvorstand der Jungen Union sowie im Landesfachausschuss der CDU Sachsen für das Thema Netzpolitik und ist heute noch im Bundesvorstand des CNetz aktiv.

Die MIT ist mit rund 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: www.mit-bund.de/mitgliedschaft



Mitgliederstatistik

Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände

(31.01.2021)



Verbände mit dem größten relativen Zuwachs

(31.10.2020 – 31.01.2021)



Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs

(31.10.2020 – 31.01.2021)



iv**ŠKODA**
SIMPLY CLEVER

WAS, WENN IHR FIRMENWAGEN NACHHALTIG BEEINDRUCKT?



RECHARGE LIFE DER NEUE, 100% ELEKTRISCHE ŠKODA ENYAQ iV

LEASINGRATE

MTL AB **277,- €¹**

Für Unternehmen beginnt mit dem Neuen ŠKODA ENYAQ iV eine neue Ära. Der vollelektrische SUV verbindet ein hohes Ausstattungs-niveau mit einer Reichweite von über 500 km² und ist zudem in nur 40 Minuten wieder auf bis zu 80 %³ geladen. So ist der ENYAQ iV uneingeschränkt auch für längere Dienstreisen geeignet – und setzt gleichzeitig ein klares Zeichen für Innovation und nachhaltige Mobilität. Wirtschaftlich lohnt sich die Anschaffung eines ENYAQ iV ebenfalls: dank einer Dienstwagenbesteuerung mit nur 0,25 % des Bruttolistenpreises und des Umweltbonus von 9.000,- €.⁴

Entdecken Sie das Gewerbekundenangebot für den Neuen ŠKODA ENYAQ iV auf [skoda.de/flotte-nyaq](https://www.skoda.de/flotte-nyaq)

Abbildung enthält Sonderausstattung.

¹ zzgl. MwSt., Berechnung des Ratenbeispiels: ŠKODA ENYAQ iV 80 150 kW (204 PS), CO₂-Effizienzklasse A+, inkl. Metallic-Lackierung und Infotainment BASIC inkl. Navigation, unverbindliche Preisempfehlung 38.075,63 € zzgl. MwSt., exkl. Überführungs- und Zulassungskosten, Laufzeit 48 Monate und jährliche Laufleistung 20.000 km, 6.000,- € zzgl. MwSt. Sonderzahlung. Die zu leistende Netto-Sonderzahlung entspricht der Höhe der möglichen staatlichen Förderung durch das BAFA. Ein Angebot der ŠKODA Leasing, Zweigniederlassung der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorn Str. 57, 38112 Braunschweig. Nur gültig für gewerbliche Kunden (außer Sonderabnehmer) und bei Bestellung bis zum 31.03.2021. Bonität sowie Gewährung der Förderung durch das BAFA vorausgesetzt. Nicht kombinierbar mit weiteren ausgewählten Sonderaktionen oder Sonderkonditionen.

² Der Neue ŠKODA ENYAQ iV 80. Wert im WLTP-Messverfahren ermittelt. Tatsächliche Reichweite abhängig von individuellen Faktoren Ihrer Fahrt. ³ Theoretischer Wert bei Ladung von 10 % auf 80 % an einer öffentlichen HPC-Schnellladestation. Tatsächliche Ladedauer abhängig von äußeren Faktoren wie Leistung der Ladestation, Außentemperatur etc.

⁴ Der Umweltbonus für den ENYAQ iV 80 setzt sich aus einer staatlichen Förderung (6.000,- €) und einem Herstelleranteil (3.000,- € netto) zusammen. Die Auszahlung im Falle der Gewährung der beantragten staatlichen Förderung erfolgt erst nach positivem Bescheid. Den Herstelleranteil erlässt ŠKODA direkt beim Kauf oder Leasing. Die Förderung endet mit Erschöpfung der bereitgestellten Fördermittel, voraussichtlich spätestens am 31.12.2021. Ein Rechtsanspruch besteht nicht. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.bafa.de

125 ÜBER | **JAHRE**
ŠKODA AUTO

**Bitte beachten Sie die
folgende Beilage der
Google Germany GmbH.**

Ausgabe Nr. 22

goo.gl/aufbruch-de

AUFBRUCH

Mensch und Gesellschaft im digitalen Wandel



Daten und Fortschritt

**Auf Erkenntnissuche:
Im Labor der Virologin
Melanie Brinkmann**

**Mitten im Spiel:
Wie Datenanalyse den
Fußball revolutioniert**

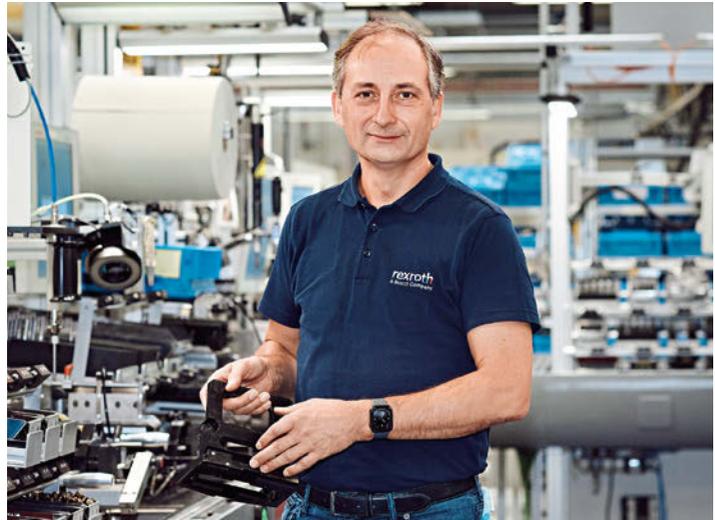
**Für die Privatsphäre:
Daran arbeitet das
Google-Team in München**

Google

Inhalt



4



28

Vom Wissen zum Handeln

Corona- und Klimakrise lassen sich nur im Spiegel der Zahlen verstehen
– Seite 4

Mehr aus dem Betrieb machen

Wo künstliche Intelligenz von Nutzen sein kann
– Seite 9

»Rangnick sagte: Ich will alles wissen!«

So wurde der Fußball zum Big-Data-Sport
– Seite 10

Sie machen das Internet sicherer

Bei den Expert:innen des Google Safety Engineering Centers
– Seite 12

Motoren für Innovation

Wie die Wirtschaft von Datenanalyse profitiert
– Seite 16

Dem Blut auf der Spur

Eine Schülerin baut auf eigene Faust eine Machine-Learning-Anwendung
– Seite 19

Zwei Partner und ein Ziel

TÜV SÜD und Google bündeln ihre Kräfte
– Seite 20

Auf Erkenntnissuche

Data Scientists können in allen Branchen arbeiten
– Seite 22

»Datenschutz kann Innovation fördern«

Ein Gespräch mit Alena Buyx, Vorsitzende des Deutschen Ethikrats
– Seite 26

Kluge Produktion

Die Industrie 4.0 ist ohne die Verknüpfung von Daten undenkbar
– Seite 28

»Haben wir genügend Krankenhäuser?«

Ein Interview mit Katja Wilken, Gesamtverantwortliche des Zensus
– Seite 34



22



34

Mehr vom Aufbruch online erfahren

Viele Artikel und ein PDF dieses Magazins finden Sie ab sofort auch online auf goo.gl/aufbruch-de

Impressum

Google Ireland Limited, Gordon House, Barrow Street, Dublin 4, Irland | Tel.: +353 1 543 1000 | Fax: +353 1 686 5660 | E-Mail: support-deutschland@google.com | Geschäftsführung: Elizabeth M. Cunningham, Nicholas Leeder | Google Ireland Limited ist eine nach irischem Recht gegründete und registrierte Gesellschaft | Registernummer: 368047 | Umsatzsteuer-ID.-Nr.: IE6388047V

Dies ist eine Anzeigensonderveröffentlichung von Google. Danke an das Team von SZ Scala GmbH.

Editorial



Liebe Leserin, lieber Leser,

das Erfassen und Auswerten von Daten ist keine Eigenheit des Computerzeitalters: Seit Jahrhunderten spiegeln wir Menschen unser Leben in Zahlen. Wir sichten Informationen, werten sie aus, suchen Muster und finden neue Erkenntnisse.

Diese *Aufbruch*-Ausgabe zeigt Ihnen, in welcher vielfältiger Weise Daten heute zum Nutzen der Gesellschaft und ihrer Entwicklung verwendet werden. Wir sprechen Forscherinnen, die mit Daten die Krisen unserer Zeit sichtbar machen. Wir hören von der Zensus-Verantwortlichen, weshalb es so wichtig für unser Land ist, die Lebensumstände der Menschen zu erfassen. Und wir besuchen Unternehmen, die ihre Arbeit systematisch analysieren und verbessern.

Google eröffnete 2019 in München übrigens das *Google Safety Engineering Center*, ein Entwicklungszentrum für mehr Sicherheit im Internet: Mehr als 1000 Entwicklerinnen und Entwickler widmen sich dort einem noch besseren Datenschutz und neuen Sicherheitstechnologien. Ab Seite 12 beschreiben einige von ihnen ihre aktuellen Projekte.

Viel Freude beim Lesen dieses Magazins!

Ihr Philipp Justus

Vice President Google Zentraleuropa

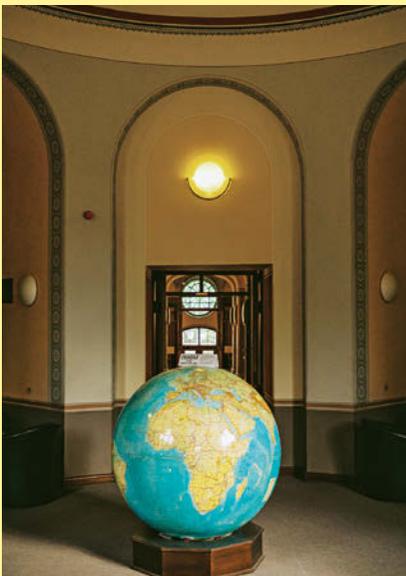
Die Google Zukunftswerkstatt

An mehreren Stellen in diesem Heft haben wir Hinweise zusammengetragen, mit deren Hilfe Sie Ihren eigenen digitalen Aufbruch angehen können und online sicherer bleiben. Ein umfangreiches Angebot an kostenlosen Live-Webinaren und Schulungsvideos bietet die Google

Zukunftswerkstatt: Die Trainerinnen und Trainer vermitteln vielfältiges Wissen, das im digitalen Alltag nützlich ist. Ein aktuelles Live-Webinar von Google und TÜV SÜD vermittelt unter anderem, wie Phishing-E-Mails erkannt werden können. → zukunftswerkstatt.de

Die Erderwärmung und die Corona-Pandemie sind zwei der großen Krisen unserer Zeit – und bei beiden Ereignissen spielen Daten und ihre Analyse eine erhebliche Rolle. Klimaforscherin Ricarda Winkelmann und Virologin Melanie Brinkmann beschreiben, was es heißt, wenn die eigene Arbeit zur Grundlage politischer Entscheidungen wird

Vom Wissen zum Handeln



TEXT: CATALINA SCHRÖDER
FOTOS: FELIX BRÜGGEMANN, FELIX ADLER
ILLUSTRATIONEN: ANTON HALLMANN





» Beide Krisen können nur global gelöst werden «

RICARDA WINKELMANN, KLIMAFORSCHERIN

Zur Person

Ricarda Winkelmann ist Klimaforscherin und Professorin für Klimasystemanalyse an der Universität Potsdam und dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Sie hat bereits an zwei Antarktis-Expeditionen teilgenommen.





Ricarda Winkelmann in ihrem Büro. Dort arbeitet sie unter anderem an mathematischen Modellen zur Eisdynamik und dem Anstieg des Meeresspiegels.

Wenn Melanie Brinkmann und Ricarda Winkelmann die Ergebnisse ihrer Forschung publik machen, hört die Politik genau hin: Ricarda Winkelmann ist Professorin für Klimasystemanalyse am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Medien auf der ganzen Welt berichteten kürzlich über eine Studie, in der sie gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen herausgefunden hat, dass bei fortschreitender Erderwärmung in der Antarktis selbstverstärkende Prozesse angestoßen werden. Bei anhaltenden Temperaturen von 4 Grad über dem vorindustriellen Niveau könnte dies allein aus der Antarktis langfristig zu einem Anstieg des Meeresspiegels um mehr als 6 Meter führen. Umweltpolitikerinnen und Umweltpolitiker rund um den Globus schlugen daraufhin Alarm.

Melanie Brinkmann ist Professorin mit dem Schwerpunkt »Virale Infektionen und Wirkstoffe« an der Technischen Universität Braunschweig und leitet eine Arbeitsgruppe am Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung. Nachdem sie gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen erforscht hatte, auf welchen Wegen sich das Coronavirus unter den Beschäftigten einer großen Fleischfabrik ausgebreitet hatte, wurden die Hygieneauflagen in der Produktion verschärft. Die Behörden und Berufsgenossenschaften änderten daraufhin ihre Regeln. Politikerinnen und Politiker im ganzen Land forderten, die Belüftung und Aerosole mehr in den Blick zu nehmen, damit es nicht in weiteren deutschen Fleischfabriken und darüber hinaus zu ähnlichen Ausbrüchen kommt.

Leitplanken für Entscheidungen

Ricarda Winkelmann und Melanie Brinkmann sind zwei von Hunderten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die dazu beitragen, die Gesellschaft durch zwei der größten Krisen unserer Zeit zu navigieren. Denn globalen Herausforderungen wie der Klimakrise und der Corona-Pandemie begegnet die Menschheit heute mit Erkenntnissen aus Datenanalysen: Wie wird sich der Meeresspiegel in Abhängigkeit von der Temperatur auf der Erde verändern? Wie hoch ist die Sieben-Tage-Inzidenz der Corona-Neuinfektionen? Wie viele Meter müssen wir voneinander Abstand halten, um niemanden anzustecken für den Fall, dass wir selbst mit dem Coronavirus infiziert sind? Die Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus wissenschaftlichen Arbeiten sind vielerorts zu Leitplanken für politische Entscheidungen in globalen Ausnahmesituationen geworden.

In der Klimakrise war es ein langer Weg, ehe Daten zu konkreten Handlungen führten. Obwohl die Forschung seit Jahren vor den Folgen von CO₂-Emissionen und der daraus folgenden Erderwärmung warnt, tat sich die Politik schwer, schärfere Maßnahmen wie etwa eine Bepreisung der CO₂-Emissionen zu beschließen. Lange Zeit schienen die Konsequenzen vieler wissenschaftlicher Szenarien viel zu weit in der Zukunft zu liegen.

Forschung im Eiltempo

Ganz anders während der Corona-Pandemie, deren Auswirkungen täglich spürbar werden: Politische Entscheidungen stützen sich häufig auf Daten, die erst kurz zuvor erhoben wurden. Virologin Melanie Brinkmann sieht das durchaus kritisch: »Es gab in jüngster Zeit Studien, bei denen ich gedacht habe: Wenn wir uns nicht gerade mitten in einer Pandemie befänden, wäre das so nie publiziert worden.« Forschungsergebnisse, die im Normalfall von mehreren Fachleuten geprüft werden, erscheinen laut Brinkmann nun deutlich schneller. Für Wissenschaft wie Politik ist das

keine einfache Situation: Zum einen müssen Politikerinnen und Politiker möglichst schnell Entscheidungen treffen. Zum anderen können die beschlossenen Maßnahmen nur wirken, wenn die Daten, auf denen sie basieren, belastbar sind.

Als Melanie Brinkmann den Corona-Ausbruch in der Fleischfabrik nachvollzogen hatte, erlebte sie selbst den Druck, dem die Corona-Forschung momentan ausgesetzt ist. »Ich habe das als Wahnsinnsverantwortung empfunden und hatte schlaflose Nächte, weil ich in Sorge war, dass wir etwas übersehen oder einen Fehler machen könnten.« Dass ihre Arbeit derart in der Öffentlichkeit steht, erlebte Brinkmann in jener Zeit zum ersten Mal. Die Virologin erzählt aber auch, dass ihr diese Arbeit besonders viel Kraft und Energie gegeben habe, weil sie das Gefühl hatte, einen wichtigen Beitrag zur Pandemiebekämpfung zu leisten.

Klimaforscherin Ricarda Winkelmann suchte sich ihr Fachgebiet, zu dem unter anderem die Eisschilde auf Grönland und in der Antarktis gehören, auch aufgrund der Relevanz des Themas aus: »Durch unser Handeln greifen wir Menschen stärker denn je ins Erdsystem ein – und sind in diesem neuen Zeitalter, dem Anthropozän, damit zur bestimmenden Kraft geworden. Wie unser Erbe an zukünftige Generationen aussieht, hängt auch entscheidend davon ab, wie sich beispielsweise die Treibhausgasemissionen entwickeln – und das haben wir durch unser Verhalten selbst in der Hand.«

Winkelmann ist froh, dass die politischen Klimaziele langsam ambitionierter werden und die EU mit dem »Green Deal« beschlossen hat, bis Mitte des Jahrhunderts klimaneutral zu werden. »Aber wir müssen noch viel ehrgeiziger werden, damit auch nachfolgende Generationen in Sicherheit leben können«, sagt sie. Ein Ruck in der Politik, wie ihn die Gesellschaft in



» Ich hatte schlaflose Nächte, weil ich in Sorge war, dass wir etwas übersehen oder einen Fehler machen könnten «

MELANIE BRINKMANN, VIROLOGIN

Zur Person

Melanie Brinkmann leitet die Arbeitsgruppe »Virale Immunmodulation« am Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung. Als Professorin am Institut für Genetik an der Technischen Universität Braunschweig repräsentiert sie den Forschungsschwerpunkt Infektionen und Wirkstoffe.



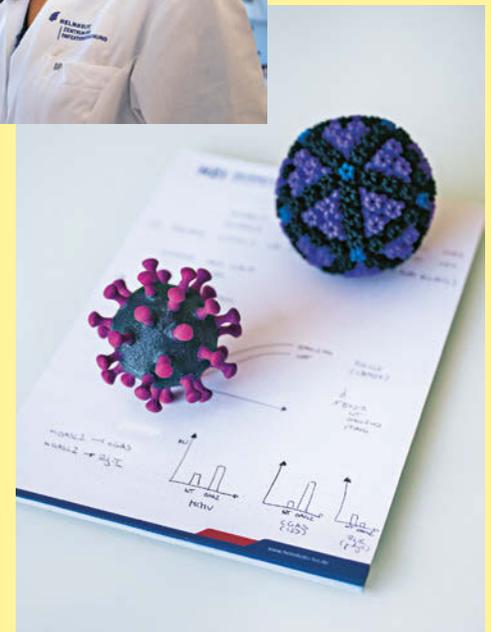


der Bekämpfung der Corona-Pandemie erlebt, ist im Kampf gegen die Klimakrise bislang ausgeblieben. Gleiches gilt für die Bereitschaft, erfolgversprechende Maßnahmen ohne großes Zögern umzusetzen. Hier sieht Ricarda Winkelmann Politikerinnen und Politiker in der Verantwortung: »Die Aufgabe der Wissenschaft ist es, die Folgen des Klimawandels zu beleuchten und Handlungsoptionen aufzuzeigen. Über konkrete Maßnahmen entscheiden letztlich aber Politik und Gesellschaft.«

Während sich Ricarda Winkelmann beispielsweise mit mathematischen Modellen zur Simulation der Eisdynamik und des Meeresspiegelanstiegs beschäftigt, dreht sich Melanie Brinkmanns Alltag überwiegend um die Erforschung von Herpesviren, ihrem eigentlichen Fachgebiet. Vor Ausbruch der Pandemie gab es weltweit nur wenige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die überhaupt an Coronaviren forschten. »In den vergangenen Monaten haben dann viele Kolleginnen und Kollegen aus der Virologie und auch aus anderen Fachbereichen damit begonnen, sich zusätzlich mit Coronaviren zu beschäftigen«, erklärt Brinkmann. Zwei Doktoranden forschen in ihrem Auftrag nun weiter zu dem Covid-19-Erreger und widmen sich der Frage, mit welchen Automatismen der menschliche Körper versucht, das Virus zu bekämpfen.

Beide Wissenschaftlerinnen sagen, dass sie durch ihre Neugierde in die Forschung fanden und durch den Wunsch, große und komplexe Zusammenhänge zu verstehen. Keiner von beiden kam einst der Gedanke, dass ihre Arbeit einmal Grundlage für politische Entscheidungen werden könnte. Ricarda Winkelmann ist inzwischen überzeugt, dass sich aus der Corona-Pandemie Schlüsse ziehen lassen, die auch auf die Klimakrise übertragbar sind: »Beide Krisen sind generationenübergreifend, beide sind global. Sie zeigen, wie eng vernetzt wir auf der Welt inzwischen leben. Beide Krisen können deshalb auch nur global gelöst werden.«

Fragt man Melanie Brinkmann, was sie in den Monaten der Corona-Pandemie gelernt hat, lautet eine Antwort: »Demut«. Sie hat außerdem erfahren, wie schwierig, aber auch wie wichtig gute Kommunikation ist; dass man keine Angst davor haben darf zu sagen, dass man etwas nicht weiß – auch wenn das Bedürfnis nach Antworten riesig ist. Zu Beginn der Pandemie wurde die Virologin in Interviews gefragt, wann mit einem Impfstoff zu rechnen sei. »Ich habe damals gesagt, dass es ein bis zwei Jahre dauern wird, weil ich gerne etwas Positives sagen wollte«, erinnert sich Brinkmann. »Tatsächlich lag ich gar nicht so falsch. Aber eigentlich hätte ich sagen müssen: Ich habe keine Ahnung, und darauf kann Ihnen auch zu diesem Zeitpunkt niemand eine seriöse Antwort geben.« ●



Melanie Brinkmann ist eigentlich Spezialistin für Herpesviren. Wie viele Kolleginnen und Kollegen forscht sie erst seit dem Ausbruch der Pandemie intensiv zu Coronaviren. Alle Motive entstanden auf dem Campus des Helmholtz-Zentrums für Infektionsforschung.



Mehr aus dem Betrieb machen

Künstliche Intelligenz verändert viele Bereiche der Gesellschaft, ganz gleich ob Handel, Landwirtschaft oder Bildung. Mithilfe eines Fragebogens von Google kann nun jeder herausfinden, wo sich in der eigenen Branche von der neuen Technologie profitieren lässt



Die italienische Agrargenossenschaft »Agrintesa« sortiert das gelieferte Obst mithilfe automatischer Bilderkennung, einer Anwendungsform der künstlichen Intelligenz.

Anwendungen des maschinellen Lernens werden auch unter dem Sammelbegriff künstliche Intelligenz (KI) zusammengefasst. Die Technik steckt bereits in vielen Programmen unseres Alltags, ganz gleich ob wir mit Google Maps den schnellsten Weg von A nach B suchen oder die Worterkennung beim Schreiben mit dem Smartphone verwenden. Auch Sprachassistenten verwenden diese Techniken. Damit nicht genug: Viele Unternehmen erkunden gerade, an welchen Stellen künstliche Intelligenz helfen kann, Abläufe zu verbessern oder Produktionen effizienter zu gestalten.

In Italien entwickelte Google deshalb gemeinsam mit der »School of Management« des Politecnico di Milano einen »Machine Learning Checkup«. Dabei handelt es sich um ein kostenloses Tool, mit dem Unternehmen selbst sehen und bewerten können, ob ihnen KI-Anwendungen von Nutzen sein könnten. Im italienischen

Faenza zum Beispiel verwendet die Agrargenossenschaft »Agrintesa« automatische Bilderkennung dafür, einen Teil der Obstproduktion aus den 4000 Mitgliedsbetrieben nach Größe, Qualität, Form oder Zustand zu kategorisieren (Foto). In der Zeit seit Einführung der Technik wurden die Prozesse beschleunigt und die Produktqualität wurde verbessert. Nach Angaben des Unternehmens sind die Kunden zufriedener, zudem erwartet die Genossenschaft eine Steigerung der Gewinnmarge.

Maßgeschneiderter Bericht zu den Einsatzchancen von KI

Nun ist dies nur ein Anwendungsbeispiel von vielen. Künstliche Intelligenz kann dabei helfen, Abläufe in der Hotellerie, im Baugewerbe, in

Handel oder Logistik zu verbessern. Mit dem »AI for Business«-Tool von Google, das nun auch in Deutschland verfügbar ist, lässt sich herausfinden, ob künstliche Intelligenz auch dazu angetan ist, Prozesse im eigenen Betrieb zu verbessern.

Wer den Fragebogen ausfüllt, erhält als Ergebnis einen ausführlichen, maßgeschneiderten Bericht, in dem potenzielle Vorteile und denkbare Anwendungen dargelegt werden. Der Report hilft auch bei den nächsten praktischen Schritten und der möglichen Umsetzung. Alle weiteren Informationen dazu, wie sich Unternehmen mit KI weiterentwickeln können, finden sich auf → aiforbusiness.withgoogle.com. Wer sich ganz generell mit den Möglichkeiten künstlicher Intelligenz auseinandersetzen möchte, findet auf → grow.google/intl/de/ai eine Vielzahl von Trainings im Rahmen der Google Zukunftswerkstatt. ●

Wie die Datenauswertung in den Fußball fand: Ein Gespräch mit Daniel Memmert von der Sporthochschule Köln, einem der Pioniere dieses Fachgebiets. Er beschreibt, wie sich Vereine dank guter Analysen verbessern und warum das Geheimnis des Spiels dennoch erhalten bleibt



»Rangnick sagte:
Ich will alles wissen!«

Herr Memmert, Sie waren einer der ersten großen Datensammler im Fußball. Wie kam es zu dieser Spezialisierung?

Die Begeisterung für Fußball war immer schon da, ich habe auch die Trainer-B-Lizenz. Dann kam im Jahr 2000 Hansi Flick auf mich zu. Er war damals Trainer bei der TSG Hoffenheim, die in der dritten Liga spielte. Wir haben dann für ein paar Mark Diktiergeräte gekauft und den Trainern in die Hand gedrückt. Der Co-Trainer hat Dinge wie »Angriff positiv« oder »Abwehr negativ« ausgesprochen, also: Beispiele für positive und negative Aktionen. Das haben wir dann per Computer mit den Videoaufnahmen synchronisiert und Sequenzen zusammengeschnitten. Flicks Nachfolger war Ralf Rangnick. Der kam gerade von Schalke und sagte: Ich kenne die Regionalliga nicht, aber ich will alles wissen! Und verlangte 80-seitige Powerpoint-Präsentationen über die SV Elversberg oder Darmstadt 98.

Sie haben damals noch mit VHS-Kassetten gearbeitet. Die technische Entwicklung hat Ihnen dann Tür und Tor geöffnet.

Ein Meilenstein für mich war das Treffen mit dem Informatiker Jürgen Perl auf einer Konferenz, kurz vor der WM 2006 in Deutschland. Er hatte neuartige Algorithmen für Tennisspieler entwickelt. Ich sprach ihn in der Kaffeepause an und fragte: Wenn wir im Fußball die Spieler als

» Drei Indikatoren sind wichtig: Raumkontrolle, Pressing und Passeffektivität «

Datenpunkte hätten – könnten Sie da mit Ihren Algorithmen Muster herauserkennen? Und er sagte: Das ist ja eine unfassbare Idee! Dann haben wir händierend einen Datensatz gesucht, mit dem wir das ausprobieren können. Das erste Spiel, das zur Verfügung stand, war das WM-Finale, Italien gegen Frankreich. Für ein Projekt der DFL im Jahr 2015 mit dem Namen »Positionsdaten im Profifußball« durften wir dann 200 Datensätze auf der Basis von 50 Bundesligaspielen auswerten. Ich würde sagen: Damit begann im Fußball die Ära von Big Data.

Welches sind denn die wichtigsten Parameter? Welche Daten werden da gesammelt?

Es hat sich gezeigt, dass Werte wie der Ballbesitz einer Mannschaft oder die Summe der

gelaufenen Kilometer nicht aussagekräftig sind, um zu sehen, wer ein Spiel gewinnt. Meines Wissens gibt es zurzeit drei wichtige Indikatoren, die das Zeug haben aufzuklären: Raumkontrolle, Pressing und Passeffektivität, wir haben gerade darüber ein Buch geschrieben. Für die Messung der Raumkontrolle analysieren wir, welchen Raum ein Spieler in jedem Moment des Spiels

» Informatiker mit gutem Fußballverständnis können Sie noch an einer Hand abzählen «

vor allen anderen kontrollieren kann. Solche Werte sind natürlich im Strafraum besonders aussagekräftig. Das Pressing beschreibt, wie schnell die Fußballer einen Gegner anlaufen, wenn sie den Ball gerade an diesen verloren haben. Diese Daten sind bei vielen Vereinen zurzeit sehr begehrt. Oder Passeffektivität: Es geht darum, wie viele Gegner mit einem Pass aus dem Spiel genommen werden. Für all diese Werte braucht man natürlich die Positionspunkte von Spieler und Ball über die gesamte Spieldauer hinweg. Da fallen riesige Datenmengen an.

Und wer bei den drei Indikatoren am besten abschneidet, gewinnt demnach?

Wir müssen da bescheiden bleiben. Wir sprechen hier von einer Steigerung der Vorhersagewahrscheinlichkeit von 7 bis 8 Prozent, wie ein Fußballspiel ausgeht. Wobei das im Fußball schon recht viel ist.

Können Sie ein Beispiel nennen, wo diese Werte den Erfolg untermauern?

Beim FC Bayern im Jahr 2019. Da haben sich die Pressingwerte der gesamten Mannschaft erhöht, nachdem Hansi Flick Cheftrainer wurde.

Wofür werden diese Daten nun eingesetzt? Sagt zum Beispiel ein Trainer zu einem Spieler: Du musst im Spielaufbau anderthalb Meter weiter vorne stehen, um mehr Raumkontrolle zu haben?

Aus meiner Sicht wäre folgender Ablauf perfekt: Der Spielanalyst hat eine Idee, wie er gegen den nächsten Gegner spielen will, und teilt das dem Trainer am Montag mit. Es ist übrigens kein Zufall, dass Trainer wie Klopp, Tuchel oder Nagelsmann ihre Spielanalysten mitnehmen bei einem Vereinswechsel, für sie ist das der wich-

tigste Transfer. Auf der Spielanalyse aufbauend, überlegt sich der Co-Trainer Spielformen. Die werden dann für das Samstagsspiel am Dienstag und Mittwoch trainiert: Wie will ich gegen den Ball spielen, wie kann ich gegen diesen Gegner Situationen schaffen, in denen die Stärken meiner Mannschaft zum Tragen kommen?

Skeptiker sagen, Sie förderten mit den Analysen nur die Optimierung von Athleten, bei Big Data gehe es um nichts anderes als um Big Money.

Unsere Analysen sind nur ein kleiner Teil. Man darf in dem ganzen Datenwust nicht vergessen: Es bleibt immer wieder noch etwas Geheimnisvolles an Spielern haften. Wer auf dem Papier die besten Werte hat, muss nicht derjenige sein, der im neuen Verein auch am besten funktioniert. Robert Lewandowski ist für mich ein Beispiel. Er ist natürlich ein begnadeter Spieler. Aber sein Management war auch schlau. Ich glaube nicht, dass er bei Real Madrid so performen würde wie bei den Bayern.

Was wird in Zukunft noch möglich sein dank der Datenschätze?

Positionsdaten über alle europäischen Ligen hinweg – das wird in vier, fünf Jahren ein Meilenstein für das Scouting sein. Wenn wir die Angaben haben, können wir innerhalb von wenigen Minuten eine Liste erstellen, in der wir sehen, welcher Linksverteidiger oder welcher Sechser die besten Werte hat. Dazu brauchen wir dann auch mehr Analysten, die wir in Köln bereits in unserem Masterstudiengang »Spielanalyse« oder im Zertifikatsstudiengang »Spielanalyse-Team Köln« in Zusammenarbeit mit dem DFB ausbilden. Computer programmieren schließlich nicht, sie denken sich auch keine Indikatoren aus oder interpretieren Ergebnisse. Das alles tun Menschen. Und Informatiker mit gutem Fußballverständnis können Sie zurzeit noch an einer Hand abzählen. ●



Zur Person

Daniel Memmert ist geschäftsführender Institutsleiter und Professor am Institut für Trainingswissenschaft und Sportinformatik an der Deutschen Sporthochschule Köln.

Im Google Safety Engineering Center (GSEC) in München entstehen Privatsphäre- und Sicherheitsanwendungen für Nutzerinnen und Nutzer in aller Welt. Sechs Fachleute erzählen, wie und an welchen Produkten sie arbeiten

Sie machen das Internet sicherer

TEXTE: CHRISTOPH HENN UND PETER WAGNER
ILLUSTRATION: ANTON HALLMANN



Nicht mehr über Passwörter nachdenken

Digitale Konten müssen sich so bequem wie möglich schützen lassen:

Vasilii Sukhanov über den Passwortmanager

»Im Wesentlichen sorgen wir dafür, dass Nutzerinnen und Nutzer gar nicht mehr über ihre Passwörter nachdenken müssen. Diese Aufgabe übernimmt der Passwortmanager in Chrome: Er speichert auf Wunsch Passwörter und trägt sie automatisch auf den betreffenden Seiten und Konten ein. Ebenfalls auf Wunsch generiert der Passwortmanager starke Passwörter für neue Accounts – allerdings nur, wenn in Chrome die Synchronisierung aktiviert ist und die Passwörter somit im Google-Account gesichert werden. Sie ermöglicht es zudem, auf unterschiedlichen Geräten die eigenen Passwörter zu nutzen. Die Kernfunktionen des Google-Passwortmanagers wirken den typischen Fehlern im Umgang mit Passwörtern entgegen: Viele Menschen verwenden schwache Passwörter, an die sie sich leicht erinnern. Und sie nutzen die gleichen Passwörter für verschiedene Zwecke, um sich möglichst wenige merken zu müssen. Ich selbst war in dieser Hinsicht früher auch kein gutes Vorbild: Mein allererstes Passwort war der zweite Name meines Lieblingsfußballspielers – und damit aus heutiger Sicht unglaublich unsicher.«





Kontrolle für Nutzer:innen

Wie Aktivitätsdaten von Nutzer:innen und Nutzern nicht länger gespeichert werden, als es für sie hilfreich und nützlich ist: Senior Interaction Designer Elyse Bellamy über automatische Löschung

»Unsere Nutzer:innen und Nutzer sollten darauf vertrauen können, dass ihre Aktivitätsdaten nur so lange gespeichert werden, wie sie es möchten und es für sie hilfreich und nützlich ist – etwa um passende Empfehlungen für YouTube-Videos zu erhalten oder Orte mit Google Maps zu finden. Mit meiner Arbeit im GSEC trage ich dazu bei, dieses Vertrauen zu stärken. Ein aktuelles Beispiel ist die Möglichkeit, dass Web- & App-Aktivitätsdaten automatisch gelöscht werden. Diese Einstellung ist jetzt Standard für alle, die ein neues Google-Konto anlegen. Damit werden die Daten bei neuen Nutzer:innen und Nutzern automatisch und regelmäßig nach 18 Monaten gelöscht, wenn sie nichts anderes einstellen. Beim standardmäßig deaktivierten Standortverlauf tritt die automatische Löschung nach der ersten Aktivierung in Kraft. Nutzer:innen und Nutzer mit bestehenden Google-Konten oder Aktivitätseinstellungen können das automatische Löschen jederzeit manuell festlegen oder entscheiden, ob gespeicherte Aktivitäten nach 3, 18, 36 Monaten oder gar nicht gelöscht werden sollen. Im User Experience Team bin ich für das Design der Nutzeroberfläche zuständig und dafür, dass die Einstellungen leicht verständlich und nutzerfreundlich sind. Dafür arbeite ich sehr eng mit den Schreib- und Research-Experten im Team zusammen. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen beeinflussen, wie die Nutzeroberfläche letzten Endes aussieht.«



Gewinn an Flexibilität

Persönliche Daten zum Mitnehmen: Softwareentwicklerin Carmela Acevedo über den Google-Datenexport

»Mein Team befasst sich mit Datenschutzeinstellungen, die unsere Nutzer:innen und Nutzer selbst vornehmen können. Wir bauen Produkte wie den Privatsphärecheck, mit dem sie in wenigen Schritten wichtige Datenschutzeinstellungen im Google-Konto überprüfen und anpassen können. Wir sind auch verantwortlich für den Google-Datenexport, mit dem sich jederzeit die persönlichen Google-Daten herunterladen lassen. Damit kann ich beispielsweise Bilder und Dokumente aus dem Google-Konto zu anderen Anbietern übertragen oder auch Fitness-Daten herunterladen und speichern. So können Nutzer:innen und Nutzer mit diesen Daten auch in einer anderen Umgebung arbeiten. Sie haben so selbst die Hoheit über diese Daten und können sie dann auch bei Google löschen, wenn sie das möchten. Bei allen Projekten stehen die Menschen im Mittelpunkt unseres Handelns, und wir beziehen sie bei allen Aspekten der Produktentwicklung durch Befragungen mit ein.«



Identitäten schützen

Für echte Anonymität reicht es nicht, nur persönliche Details zu entfernen: Softwareentwickler Dennis Kraft über Differential Privacy

»Bis heute bedeutet Anonymisierung für viele, einfach identifizierende Details wie Name, Adresse, Telefonnummer zu entfernen. Doch so einfach ist es nicht. Eine Studie hat gezeigt, dass allein durch die Kombination von Geschlecht, Geburtsdatum und Postleitzahl 87 Prozent der US-amerikanischen Bevölkerung eindeutig identifizierbar sind. Um so etwas zu verhindern, arbeiten wir im GSEC an einer mathematischen Methode zur computerunterstützten Verfremdung: Differential Privacy. Dafür programmieren wir Algorithmen, die ein zufälliges »Rauschen« im Datensatz erzeugen. Dadurch sind Rückschlüsse auf bestimmte Identitäten nie mit Sicherheit und nur in streng begrenztem Rahmen möglich. Richtig ausgeführt, ergibt sich eine mathematische Garantie, dass sich nicht mehr Information zu einer Person herausfiltern lässt, als beim Anonymisieren vorgesehen war. Unsere Arbeit fließt in die Differential-Privacy-Bibliotheken ein, in denen Google Software-Bausteine kostenlos und frei zugänglich bereitstellt. So profitieren Entwicklerinnen und Entwickler aus aller Welt von unserer Arbeit – und natürlich die Menschen, deren Daten mittels Differential Privacy geschützt werden.«

Daten jederzeit im Blick

Eine Anlaufstelle für alle Anliegen: Produktmanager Jan Hannemann über das Google-Konto

»Wenn Nutzerinnen und Nutzer sich fragen, welche Daten Google verwendet, um Produkte zu personalisieren, also beispielsweise bessere Suchergebnisse oder Empfehlungen zu liefern, ist das Google-Konto die richtige Anlaufstelle. Hier bekommen sie jederzeit leicht einen Überblick über die Aktivitätsdaten, die für solche Personalisierungen genutzt werden, und können entscheiden, ob diese weiter gesammelt werden sollen. Auch das Löschen der Daten ist natürlich möglich. Bei stetigen Verbesserungen der vergangenen Jahre spielte die Nutzerfreundlichkeit eine wichtige Rolle. Wir haben den Dienst übersichtlich und persönlich gestaltet, vor allem für mobile Geräte mit kleinen Bildschirmen. Um die Informationen und Optionen verständlich zu gestalten, haben wir mehr als 10 000 Menschen zur Nutzung befragt. Daher wissen wir aber auch, dass nicht alle ihr Google-Konto aufrufen, wenn sie Sicherheits- und Datenschutzeinstellungen prüfen oder verändern möchten. Viele starten einfach eine Anfrage in der Google-Suche. Deshalb haben wir spezielle Onebox-Infokästen entwickelt. Sie zeigen eingeloggten Nutzerinnen und Nutzern individualisierte Informationen zu ihrem Google-Konto sowie zu Sicherheit und Datenschutz an. Wer etwa ›Ist mein Google-Konto sicher?‹ ins Suchfeld eintippt, wird über den Sicherheitsstatus informiert, erfährt, ob es individuelle Empfehlungen gibt, und kann vom Kasten direkt zum Sicherheitscheck gelangen.«



Für alle einfacher

Kein Expertenwissen nötig: Produktmanagerin Audrey An über Neuerungen in Google Chrome, die auch Laien noch mehr Kontrolle und Sicherheit im Internet geben sollen

»Google Chrome wird von den unterschiedlichsten Menschen genutzt, von Technologiebegeisterten bis hin zu jenen, die mit Technik so gar nichts am Hut haben. Es war also eine große Herausforderung, neue Funktionen und die Sicherheits- und Datenschutzeinstellungen des Browsers so zu gestalten, dass sie für alle einfach und verständlich sind. Deshalb berücksichtigten wir die Ergebnisse aus Umfragen, die wir dafür mit mehr als 5000 Menschen in verschiedenen Ländern durchführten. Seit dem Sommer 2020 sind nun die Datenschutz- und Sicherheitsoptionen auf den ersten Blick im Bereich ›Einstellungen‹ zu sehen und dank einfacher Sprache und Illustrationen leichter zugänglich. Mein persönlicher Favorit unter den neuen Funktionen ist der Sicherheitscheck in Chrome. Er prüft mit nur einem Klick, ob die aktuellste, und damit sicherste Browser-Version installiert und Safe Browsing aktiviert ist, der Standardschutz für sicheres Surfen in Chrome. Außerdem warnt der Sicherheitscheck vor etwaigen schädlichen Browser-Erweiterungen und schlägt Alarm, falls eines der in Chrome gespeicherten Passwörter gehackt worden sein sollte.«





Spezialistin und Spezialist für Effizienz: Hala Zeine bringt als Produktvorständin bei Celonis sogenanntes »Process Mining« in großen Unternehmen zum Einsatz, während Christoph Krause im Kompetenzzentrum Digitales Handwerk datengetriebene Ideen mit Tischlern oder Heizungsbauern entwickelt.



Motoren für Innovation

**Vom Kleinunternehmen bis zum Weltkonzern
helfen Daten dabei, effizienter zu arbeiten und
sogar völlig neue Geschäftsmodelle zu entwickeln**

Bei Anja Michl mündete die Analyse ihrer Verkaufsdaten in einen Gewinn an Zeit und Geld. Michl betreibt seit sechs Jahren einen Geschenkeladen in Vaterstetten. Kundinnen und Kunden kaufen bei ihr Geschenke zur Geburt, Wohnaccessoires, Papeterie und typisch bayerische Mitbringsel.

Früher war Michls Geschäft an sechs Tagen die Woche von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Vor einiger Zeit aber führte die Unternehmerin ein Kassensystem und ein Warenwirtschaftssystem ein. So kann Michl nun sehen, was sie zu welchen Uhrzeiten verkauft. Beim Blick auf die Zahlen fiel ihr eines sofort auf: Zwischen 10 und 11 Uhr und zwischen 17 und 18 Uhr entsteht kaum Umsatz. »Daraufhin habe ich beschlossen, künftig nur noch von 11 bis 17 Uhr zu öffnen«, erzählt die Einzelhändlerin. Michls Arbeitstag ist heute zwei Stunden kürzer. Und der Blick auf die Daten brachte noch mehr: Im Geschäft stehen heute weniger Ladenhüter. »Ich bin ein emotionaler Mensch und trenne mich nur schwer von Produkten, die mir gut gefallen«, erzählt Michl und muss lachen. Ihre Liebe zu manchen Artikeln führte dazu, dass diese teils drei Jahre im Geschäft lagen, ehe sie die Produkte mit einem deutlichen Rabatt auszeichnen musste. Heute verkauft Michl nur noch selten Sonderposten, denn das Warenwirtschaftssystem hilft ihr, den Bestand zu optimieren: »Ich weiß viel genauer, was meine Kundschaft in welchen Mengen kaufen wird, kann gezielter bestellen und binde nicht mehr so viel Kapital in Waren.«



» Ich weiß genauer, was meine Kundschaft kaufen wird «

ANJA MICHL, EINZELHÄNDLERIN



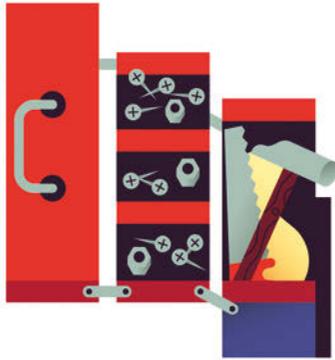
» Mit unserer App schaffen Bäcker die tägliche Sortimentsplanung in fünf bis acht Minuten «

JUSTUS LAUTEN, SOFTWAREENTWICKLER

In Köln kämpft der Softwareentwickler Justus Lauten dagegen, dass Waren mit Rabatt verkauft oder gar weggeworfen werden müssen: Der 32-Jährige gründete das Start-up werksta.tt und entwickelte eine App, die Bäckereien hilft vorherzusagen, welche Lebensmittel sie in welcher Menge am nächsten Tag verkaufen werden. »Jedes Jahr werden in Deutschland rund 1,7 Millionen Tonnen Brot, Brötchen und Kuchen weggeworfen«, erzählt Lauten. »Das entspricht in etwa dem fünffachen Gewicht des Kölner Doms.« Die Mengen an Abfall findet der Gründer ökologisch nicht vertretbar. Hinzu kommt, dass weggeworfene Waren Bäckereien ökonomische Probleme bereiten: Im Durchschnitt macht eine Filiale auf diese Weise nach Berechnungen von Justus Lauten einen jährlichen Verlust von rund 77 000 Euro.

Die App, die Lauten mit seinem Team entwickelte, verwendet Daten, die größere Bäckereien sowieso erheben: Fast alle nutzen ein Kassensystem, über das sie genau erfassen, was verkauft wird. Diese Daten kombiniert Lauten mit weiteren Faktoren: Ist gerade Sommer, steht das Wochenende vor der Tür und soll das Wetter gut werden? Dann werden viele Leute grillen, und es lohnt, Baguette vorrätig zu haben. Zu Jahresbeginn hingegen pflegen viele Menschen Neujahrsvorsätze und kaufen eher Körnerbrötchen als Puddingteilchen. »All diese Informationen sind in unserer App hinterlegt«, sagt Lauten. Seine Anwendung basiert auf einer künstlichen Intelligenz (KI), die dazulernt: Werden Körnerbrötchen samstags besonders häufig verkauft, erkennt die KI dieses Muster und schlägt der Bäckerei künftig vor, an diesem Tag größere Mengen Körnerbrötchen vorzuhalten. Verlagert sich die Nachfrage auf einen anderen Tag, berücksichtigt die KI auch das. Am Ende werfen die Bäckereien weniger weg und können ihr Sortiment für den nächsten Tag schneller planen: »Per Hand haben die Bäcker dafür früher etwa 20 bis 40 Minuten gebraucht«, sagt Justus Lauten. »Mit unserer App schaffen sie das heute in fünf bis acht Minuten.« Die Idee findet so viel Zuspruch, dass Lauten momentan nach Investoren sucht, um wachsen zu können.

Die Beispiele zeigen, dass die Nutzung von Daten im Einzelhandel und im Handwerk immer stärker ankommt. Wer Daten auf clevere Weise analysiert, kann Geschäftsmodelle entwickeln, die vor Kurzem undenkbar



» Es gibt heute keine nicht-digitalen Handwerker mehr «

CHRISTOPH KRAUSE, KOMPETENZZENTRUM DIGITALES HANDWERK

gewesen wären. Im besten Fall sind sie ein Motor für Innovationen. Christoph Krause, Leiter des Kompetenzzentrums Digitales Handwerk in Koblenz, erlebt das täglich. »Es gibt heute keine nicht-digitalen Handwerker mehr. Alle arbeiten mit dem Handel und der Industrie zusammen und sind damit in eine digitale Datenkette eingebunden.« Besonders weit sind aus Krauses Sicht Kfz-Betriebe. Aber auch Heizungs- und Sanitär-fachbetriebe oder Tischlereien werden immer digitaler.

In sogenannten Hackathons erarbeiten Krause und sein Team regelmäßig mit Handwerksbetrieben neue Ideen. »Kürzlich haben wir mit der Tischlerei Kasper aus Rhens am Rhein einen intelligenten Tisch entwickelt«, erzählt Krause. »Der Tisch misst unter anderem Holzfeuchtigkeit, die Umgebungstemperatur und die Luftfeuchtigkeit und registriert, wie oft er benutzt wird. Über eine App meldet er auf Grundlage dieser Daten, wann er geölt werden muss.« In einem anderen Projekt betreute Krause das Start-up Tapio aus Nagold. Die Gründer entwickelten eine App, mit der Handwerksbetriebe die Restlaufzeiten ihrer Werkzeuge und Geräte im Blick behalten können: Muss demnächst ein Sägeblatt ausgetauscht werden? Muss eine Maschine bald zur Wartung? In der App von Tapio lassen sich in solchen Fällen die Buttons »Austausch« oder »Wartung« wählen, der Kundendienst kümmert sich automatisch um den Rest.

Während Anja Michl, Justus Lauten und Christoph Krauses Kundschaft meist Daten aus einzelnen Systemen nutzen, kombiniert Celonis Informationen aus ganz verschiedenen Systemen, die in einem Unternehmen im Einsatz sind, und leitet daraus Vorschläge für die Verbesserung von Prozessen ab. »Process Mining« nennt Celonis dieses Vorgehen. Die Daten stammen aus sogenannten Ereignisprotokollen, die beispielsweise in Zeiterfassungs-, Buchhaltungs- oder Controllingsystemen oder beim Tracking von Wartungsarbeiten entstehen. Großkonzerne weltweit nutzen diese Technik inzwischen.

»Einer unserer Kunden ist beispielsweise Lufthansa CityLine, eine Tochter der deutschen Lufthansa«, erklärt Hala Zeine, Produktvorständin bei Celonis in München. »Nachdem wir Daten aus den unterschiedlichen Systemen des Unternehmens ausgewertet hatten, sahen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, an welchen Stellen Verzögerungen entstehen, und verbesserten daraufhin gezielt einzelne Arbeitsschritte.« Lufthansa CityLine konnte die Pünktlichkeit ihrer Flüge um mehr als 300 000 Minuten im Jahr verbessern und Verzögerungen bei Wartungsarbeiten an den Flugzeugen um mehr als 15 Prozent reduzieren.



» Die Lufthansa verbesserte gezielt einzelne Arbeitsschritte «

HALA ZEINE, PRODUKTVORSTÄNDIN CELONIS

Die Software von Celonis funktioniert unabhängig von der Branche und konkreten Systemen, die in einem Unternehmen genutzt werden. Die Anwendung ist in der Automobilindustrie genauso im Einsatz wie bei Banken, Krankenhäusern oder in der Luftfahrt. Verbessern lassen sich damit Prozesse vom Einkauf über den Vertrieb bis zur Produktfertigung.

Mit dem Ansatz, ungenutzte Daten verschiedener Systeme zu kombinieren und daraus Schlüsse zu ziehen, wuchs Celonis binnen weniger Jahre massiv: Das Unternehmen, 2011 gegründet, zählt heute 15 Standorte und gehört seit 2018 zu den wenigen deutschen Einhörnern, also zu den Start-ups, die mit mehr als 1 Milliarde US-Dollar bewertet werden. Momentan liegt der Marktwert von Celonis bei rund 2,5 Milliarden US-Dollar. ●



Zur Person

Tara Moghiseh aus Kaiserslautern gewann 2019 als 17-Jährige den Bundeswettbewerb von »Jugend forscht«.

Die Schülerin Tara Moghiseh schrieb ein Computerprogramm, das bei der Diagnose von Leukämie helfen kann: Sie vertiefte sich in die Grundlagen des Machine Learning und entwickelte mit den Bilddaten eines Hämatologielabors einen Klassifikator für weiße Blutkörperchen



Dem Blut auf der Spur

Frau Moghiseh, Sie entwickelten ein Programm, mit dem ein Computer Blutbilder nach bestimmten weißen Blutkörperchen durchsuchen kann, wie sie etwa bei Leukämie vorkommen. Wie kam es zu dem Projekt?

Ich machte ein Schülerpraktikum im Labor für Haematologie Mannheim und sah, wie Blutanalysen ablaufen. Dabei fiel mir auf, dass die Medizinisch-technischen Assistenten (MTA) unter anderem Leukozyten, darunter auch sogenannte Blasten, von Hand unter dem Mikroskop differenzieren.

Blasten sind?

Funktionslose, unreife Vorläuferzellen von weißen Blutkörperchen. Wenn diese im Blut auftauchen, vermehren sie sich hemmungslos und verdrängen damit die gesunden Blutbestandteile, was ein Anzeichen für eine Leukämie sein kann. Allerdings sind Blasten von den Geräten, die derzeit in den Laboren eingesetzt werden, nicht immer eindeutig identifizierbar. Deshalb müssen MTA für das manuelle Differenzieren fortgebildet werden, um die Leukozyten richtig zu klassifizieren: Vom Aussehen lässt sich auf die Zellklasse schließen. Ich überlegte, wie sich dieser Prozess mithilfe von Bilderkennung automatisieren lassen könnte.

Das ist ein typisches Einsatzfeld für Machine-Learning-Anwendungen: Ein Programm wird etwa mit dem Bild einer Katze »trainiert« und kann später eigenständig erkennen, ob sich auf einem Bild eine Katze befindet. Wie gingen Sie Ihr Projekt an?

Ich beschäftigte mich mit den Grundlagen des Machine Learning, mit der zugehörigen Mathematik und Informatik, mit künstlicher Intelligenz und Deep Learning. Online gibt es viele anschauliche Tutorials und Erklärungen, außerdem las ich entsprechende Bücher.

Das Verständnis ist das eine, das Programmieren einer solchen Anwendung das andere. Welches Programm haben Sie verwendet?

Ich programmierte mit »Python«, einer relativ übersichtlichen und verbreiteten Programmiersprache, die ich bereits beherrschte. Dabei musste ich das Rad nicht neu erfinden: In Open-Source-Bibliotheken wie beispielsweise »TensorFlow« sind für viele Aufgaben nützliche Funktionen hinterlegt. Diese haben mir dann eine gute Grundlage für die Entwicklung meines Projektes geboten.

Mit welchen Daten trainierten Sie den Computer?

Das Labor hatte mit dem Mikroskop viele Bilder von Blutkörperchen gemacht, die ich verwenden durfte. Um meinen Algorithmus trainieren zu können, musste ich aber erst händisch auf den Bildern die Leukozytentypen unterscheiden.

Wie viele Bilder haben Sie auf diese Weise für das Training vorbereitet?

Tatsächlich nur 1500. Das ist wenig, wenn ein Programm damit trainiert werden soll. Zwar hätte das Labor mehr Daten gehabt, mir fehlte aber die Zeit, noch mehr Bilder zu sortieren.

Funktioniert denn der Klassifikator?

Das Programm unterscheidet die Leukozyten mit 98-prozentiger Sicherheit. Das ist bei so wenigen Trainingsdaten ein tolles Ergebnis.

Ist der Klassifikator heute im Einsatz?

Nein, wir haben kein Produkt daraus gemacht. Die Hürden für einen Einsatz im medizinischen Bereich sind hoch, diesen Prozess der Prüfung kann ich als Einzelperson nicht begleiten.

Werden Sie sich auch künftig mit Machine Learning befassen?

Ja, ich studiere jetzt Medizin, möchte später in der Forschung tätig sein und könnte mir gut vorstellen, mich dann mit den Einsatzmöglichkeiten der KI in der Medizin zu befassen. ●

Vereint für den Schutz von Daten

TÜV SÜD und das in München ansässige Google Safety Engineering Center vermitteln in Workshops hilfreiches Wissen für mehr Onlinesicherheit

TEXT: PETER WAGNER



Fühlen sich dem Ziel verpflichtet, Daten im Internet zu schützen: Alexander Wolf, CEO der Division Business Assurance von TÜV SÜD, (links) und Wieland Holfelder, Site Lead des Google-Entwicklungszentrums München.



Auf den Seiten 12 bis 15 dieses Magazins erzählen Entwicklerinnen und Entwickler von ihrer Arbeit im Google Safety Engineering Center (GSEC) in München. Das Haus ist aber auch Ausgangspunkt von Partnerschaften mit Organisationen oder Unternehmen, die sich demselben Ziel verpflichtet sehen: einem sichereren Internet.

So kooperieren die Expertenorganisation TÜV SÜD und das GSEC, um Wissen zu Datenschutz und IT-Sicherheit verständlich zu vermitteln. »Unser Ziel ist es, die Sicherheit von Nutzerinnen und Nutzern sowie von kleinen und mittleren Unternehmen im Internet zu verbessern«, sagt Alexander Wolf, CEO der Division Business Assurance der TÜV SÜD AG. »In der Partnerschaft bündeln wir unsere Kompetenzen – die gemeinsame technische Expertise sowie das in TÜV SÜD gesetzte Vertrauen als unabhängiger Dritter und unser Know-how zu technischen Standards.«

In kostenlosen Live-Webinaren vom GSEC, von TÜV SÜD und der Google Zukunftswerkstatt erhalten Interessierte Tipps, wie sie ihre Konten im Internet besser schützen oder worauf sie bei Phishing achten müssen. Für einen tieferen Einstieg in die Materie eignet sich das Themenspecial »Shortcuts« des TÜV SÜD-Podcasts »Safety First«: Im Gespräch mit Expertinnen und Experten des GSEC und von TÜV SÜD werden Hintergründe zum Thema Datensicherheit erklärt.

»Wenn wir alle ein besseres Verständnis für die Risiken im Netz haben, sind wir auch auf aktuelle und zukünftige Sicherheitsgefahren besser vorbereitet oder können sie so unter Umständen vermeiden«, sagt Wieland Holfelder, Vice President Engineering im GSEC sowie Site Lead des Google-Entwicklungszentrums München. »Durch die Partnerschaft zwischen TÜV SÜD und dem GSEC können wir mehr Menschen mit Hilfestellungen und Tipps für mehr Onlinesicherheit erreichen.«

» In der Partnerschaft bündeln wir unsere Kompetenzen «

ALEXANDER WOLF, TÜV SÜD

Tatsächlich vereint die Kooperation der beiden Einrichtungen und Unternehmen vielfältige Kompetenzen. »Als technischer Dienstleister sorgen wir mit unserer Expertise dafür, dass Technologien sicher und zuverlässig angewendet werden können«, sagt Alexander Wolf. »Dadurch können die Menschen der Technik vertrauen, und sie wird von der Gesellschaft akzeptiert. Für die Themen Cybersecurity und Datenschutz gilt das auch: Wir kennen die regulatorischen Anforderungen und die aktuelle Bedrohungslandschaft und helfen als neutraler Dritter dabei, Risiken zu erkennen und zu reduzieren.«

Im GSEC arbeiten Fachleute an hilfreichen Produkten für mehr Sicherheit im Web, die viele Menschen täglich nutzen. Der in Chrome, Android und dem Google-Konto integrierte Passwortmanager ist eine dieser Anwendungen, so Wieland Holfelder: »Uns ist es wichtig, dass Nutzerinnen und Nutzer ihre Passwörter einfach und sicher verwalten und verwenden können.«

Die Termine der Live-Webinare von TÜV SÜD und dem GSEC finden sich auf → zukunftswerkstatt.de. Die »Shortcuts« im Rahmen des TÜV SÜD-Podcasts »Safety First« stehen unter → tuvsud.com/podcast zum Hören bereit. In einem Quiz vermittelt Google zudem Wissen dazu, wie sich Phishing, also der Versuch Fremder, über gefälschte Mails an persönliche Daten zu kommen, leicht erkennen lässt: → phishingquiz.withgoogle.com ●



Sicherheit lernen

Die Google Zukunftswerkstatt vermittelt in kostenlosen Onlinetrainings hilfreiches Wissen für ein sichereres Internet. Die Angebote stammen von Google selbst und von Partnern wie der IHK oder TÜV SÜD.

Wie funktioniert Onlinemarketing? Welchen Nutzen birgt die künstliche Intelligenz? Wie positioniere ich mein Unternehmen online? Die Google Zukunftswerkstatt bietet auf der Website → zukunftswerkstatt.de vielfältige Angebote zur digitalen Weiterbildung. Mit an Bord sind Partner wie etwa der Handelsverband Deutschland, Industrie- und Handelskammern oder auch TÜV SÜD (siehe links).

Eine Reihe von Trainings widmet sich Fragen des Datenschutzes und der Sicherheit im Internet. Der Kurs »Einführung in das Thema DSGVO« des Prüfungs- und Beratungsunternehmens Mazars zum Beispiel vermittelt, was genau die DSGVO ist, welche Informationspflichten bestehen oder wie Websitebetreiber mit personenbezogenen Daten umgehen sollten. Mehr zu diesem Kurs auf → goo.gle/dsgvo

Dem Risiko von Cyberangriffen wendet sich die Einheit »Cybersecurity« zu. Dieses Zukunftswerkstatt-Training wird vom Zentrum Digitalisierung.Bayern bereitgestellt: Es geht unter anderem um Datensicherung in Unternehmen, Betrug durch Phishing und kluges Passwortmanagement. Mehr zu diesem Kurs auf → goo.gle/cybersecurity

Und damit nicht genug: Weitere Angebote behandeln generell die Möglichkeit, Sicherheitslücken im Onlinegeschäft zu schließen, oder geben Wissen dazu weiter, worauf bei der Einbindung von Dienstleistern und Cloud-IT unbedingt geachtet werden sollte. Auf → zukunftswerkstatt.de lassen sich alle Trainings nach Inhalten und Anbietern filtern. Dort findet sich auch das Live-Webinar von TÜV SÜD und dem Google Safety Engineering Center.

Data Scientists finden in Datensätzen neues Wissen oder Verbesserungsmöglichkeiten. Ein Blick in den Alltag zwischen Rolltreppen, Fußball und Datadrift

TEXT: KATHARINA FUHRIN
ILLUSTRATION: ANTON HALLMANN
FOTOS: SCHREIBERPÖTTER, JAN ZÜHLKE



Auf Erkenntnissuche



» Mein System kann nur so gut sein wie die Hypothese, die ich habe «

JULIEN SIEBERT, FRAUNHOFER IESE

Wer in einen Zug steigen will, ist vorher meist auf andere Transportmittel der Deutschen Bahn angewiesen: Rolltreppen oder Fahrstühle helfen den Passagieren beim Wechsel zwischen Ebenen und Zügen. Allerdings kommt es vor, dass die Technik aufgrund einer Störung einfach stillsteht. Weshalb? Welcher Defekt steckt dahinter? Wann kommt es zu solchen Ausfällen? Um eine Antwort auf diese Fragen zu finden, beschäftigt sich die Datenexpertin Anne Traulsen mit den Informationen, die die Deutsche Bahn von der Fahrstuhl- und Rolltreppentechnik sammelt. »Am Anfang habe ich eine Menge roher Daten, die noch ziemlich dreckig sind«, erklärt Traulsen. »Diese Daten nehme ich mir Satz für Satz vor, entferne ›Verkrustungen‹, bearbeite und veredele sie. Erst dann kann ich sie analysieren.«

Dafür muss Traulsen aber verstehen, wo das Problem seinen Ausgang genommen haben könnte. »Das klappt am besten, indem ich Hypothesen aufstelle. Zum Beispiel könnte es sein, dass die Technik besonders häufig am Tag eines Bundesligaspiels ausfällt, wenn viele emotional aufgeladene Menschen am Bahnhof unterwegs sind. Diese Vermutung versuche ich dann, anhand der Daten zu belegen oder zu widerlegen.«

Infos zu Wetter, Tageszeit und Auslastung verbinden

Als Data Scientist arbeitet Anne Traulsen für DB Systel, die IT-Tochter der Deutschen Bahn. Im Gesamtkonzern liegt die Anzahl der Data Scientists inzwischen etwa im dreistelligen Bereich. Die Spezialistinnen und Spezialisten verbinden zum Beispiel Daten zum Wetter, zur Tageszeit oder zur Fahrzeugauslastung, um Fahrgästen genauere Prognosen zu Umsteigezeiten geben zu können. Anne Traulsen kümmerte sich aber auch schon um Fragen der Optimierung bei der Auslastung des Schienennetzes oder um die Vorhersage von Fehlern an Zügen, der Einsatzbereich ist groß. Und gerade wegen der Größe des Arbeitsfeldes »Big Data«, so Traulsen, ist eine Definition von Data Science so schwierig. Der Schwerpunkt allerdings liege im Aufbereiten und Auswerten von Daten, etwa im Rahmen des Machine Learning, einem Bereich der künstlichen Intelligenz. Zugleich gebe es fließende Übergänge zum vorgelagerten Data Engineering: Dabei werden Datenquellen an einen zentralen Speicher angebunden, auf den sich für die Auswertung zugreifen lässt. Anne Traulsen bringt ihre Arbeit so auf den Punkt: »Es geht um Erkenntnisgewinn anhand von Daten, die ich zu diesem Zweck modelliere und visualisiere.«

Am Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering (IESE) beschäftigt sich Julien Siebert unter anderem mit der Frage, was ein Data Scientist eigentlich können sollte. Siebert definiert einen Data Scientist als jemanden, der datengetriebene Software baut, die mithilfe von Datenanalysen Aufgaben erfüllt und sich ein Stück weit selbst programmiert. »Ein Data Scientist kann die entsprechende Software bauen, er kann sie aber auch pflegen, warten, testen und weiterentwickeln.« Für seine Forschung zu Methoden der Data Science spricht Siebert häufig mit anderen Data Scientists über deren Herausforderungen und Vorgehensweisen. »Oft starten wir die Arbeit mit einem Problem, das undefiniert ist, wenn wir zum Beispiel etwas ›einfach optimieren‹ sollen.« Elementar wichtig sei es an diesem Punkt, ähnlich wie Anne Traulsen eine Annahme zu treffen, eine Hypothese aufzustellen. Julien Siebert sagt: »Mein System kann nur so gut



» Ich kann für andere einen echten Mehrwert leisten «

ANNE TRAULSEN, DB SYSTEL



sein wie die Hypothese, die ich habe.« Siebert betreut auch Studierende des Faches Software Engineering an der TU Kaiserslautern. Ihnen versucht er auch das richtige Bauchgefühl beim Problemlösen anzutrainieren: Sie sollen inhaltliche Zusammenhänge erkennen und lernen, Modelle nicht nur technisch zu verstehen. Soll ein Modell zum Beispiel die Emissionen einer Industrieanlage vorhersagen, müssen weitere Fragen im Blick bleiben: Wie speicherintensiv ist das Modell? Wie viel Zeit benötigt es zum Rechnen? Ist der Code so sauber geschrieben, dass ihn andere weiterentwickeln können? Was geschieht bei »Datadrift«, wenn sich also Messdaten plötzlich ändern?

Julien Siebert forscht nicht nur zum Fachgebiet, er unterrichtet auch im Zertifizierungsprogramm »Data Scientist«, das die Fraunhofer-Allianz Big Data AI anbietet. In einem sechstägigen Crashkurs lernen die Teilnehmenden mehr über Big-Data-Systeme, Datenmanagement und -analyse, über Visualisierung und die Absicherung von Anwendungen. Zur Zielgruppe gehören zum Beispiel Führungskräfte, Projektverantwortliche und Fachkräfte mit Grundkenntnissen in Statistik und Datenanalyse.

Spaß an der Detailarbeit

Das Feld der Ausbildungen für Data Scientists ist derzeit noch überschaubar, einen klassischen Weg ins relativ junge Berufsbild gibt es noch nicht. Viele Arbeitgeber setzen ein abgeschlossenes Hochschulstudium voraus, weil Data Scientists wissenschaftlich denken sollen. Auch ein gutes Verständnis von Mathematik und Informatik ist gefragt. Wenn es in den Job geht, sind außerdem Programmierkenntnisse ein Muss, zum Beispiel in den Programmiersprachen »Python« oder »R«. Julien Siebert studierte Ingenieurwissenschaften, absolvierte einen Masterstudiengang in Künstlicher Intelligenz und promovierte zur Modellierung von komplexen Systemen. Nach einigen Jahren als Postdoc an der Schnittstelle zwischen Informatik und theoretischer Physik wechselte er als Data Scientist zum Versandhändler Zalando, wo er unter anderem an der intelligenten Schuhgrößen-Empfehlung arbeitete.

Die Wege in den Beruf können aber auch wesentlich kurvenreicher verlaufen. Anne Traulsen von der DB Systel zählt auch einen Atomphysiker oder einen Theologen zu ihren Kollegen. Sie selbst studierte ursprünglich Psychologie und arbeitete auch im Beruf, ehe sie 2015 ein duales Studium in Informatik aufnahm. »Viele erstaunt dieser Wechsel, dabei passen Psychologie und Informatik sehr gut zusammen«, findet Traulsen. Auch die Psychologie sei mathematisch geprägt und erstelle Studien, indem sie passende mathematische Methoden auf Daten anwende. Der einzige Unterschied sei der starke Menschenbezug in der Psychologie, während sich die Informatik vorrangig technischen Fragen widme.

»Für mich stand die Informatik vor allem für Programmierung, die für mich einen entscheidenden Vorteil hat«, betont Anne Traulsen: »Ich komme mit ihr meist zu eindeutigen Ergebnissen: Entweder funktioniert etwas, wie es soll, oder nicht.« Im Umfeld der Data Science müsse sie hingegen mit Unsicherheiten leben, da sie sich nie ganz sicher sein könne, ob sie bei der Auswertung die richtige Methode gewählt und an alle wichtigen Faktoren gedacht habe. Die Datenexpertin der DB Systel sagt, es sei unerlässlich, kritisch gegenüber der eigenen Arbeit zu sein und aktiv Qualitätssicherung zu betreiben. Hartnäckigkeit und eine gewisse Frustrationstoleranz sind laut Anne Traulsen deshalb hilfreiche außerfachliche Kompetenzen: »Manchmal kommt am Ende einer Arbeit auch einfach nichts heraus.«

In seiner Arbeit beim Fraunhofer IESE forscht Julien Siebert selbst, er arbeitet aber auch immer wieder mit Kunden aus der Industrie zusammen, die datengestützte Lösungen für bestimmte Probleme suchen. Freude am Austausch und an der Kommunikation sind in solchen Prozessen hilfreich. »Wir beginnen unsere Zusammenarbeit immer mit einem Workshop, um zu verstehen, was der Kunde wirklich will, welche Daten zur Verfügung stehen und was überhaupt möglich ist. Wir sind dazu von Beginn an in einem ständigen Austausch.« Julien Siebert schätzt die Abwechslung, die seine Arbeit bereithält. Mal befasst er sich mit Wasseraufbereitung, mal mit Sprachen, Fußball oder mit Kraftwerken. Daten fallen in fast allen Gebieten der Wirtschaft an, entsprechend weit ist das Aufgabenfeld. Seit Unternehmen immer größere Datenmengen sammeln, brauchen sie auch immer mehr Experten, die sie auswerten können. Das Jobportal Glassdoor listet aktuell gut 1000 offene Stellen in Deutschland. Julien Siebert kennt die Wahlmöglichkeiten seiner ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen: »Wir haben als Data Scientists den Luxus, dort arbeiten zu können, wo wir wollen.«

Anne Traulsen sagt, dass ihr Jobwechsel auch deswegen die richtige Entscheidung gewesen sei, weil sie gerne Probleme knackt und Prozesse optimiert. Als Data Scientist kann sie dieser Berufung hauptberuflich nachgehen. »Und was mich am meisten begeistert: Ich kann für andere einen echten Mehrwert leisten.«



Viele Wege führen ins Berufsbild Datenwissenschaftler:in

Mit der Digitalisierung entstehen neue und vielversprechende Jobperspektiven. Das Berufsbild des Data Scientist gab es bis vor Kurzem noch nicht, inzwischen aber wird diese Kompetenz in vielen Branchen nachgefragt. Quereinsteiger:innen finden in der Welt der Daten genauso ihre Heimat wie Hochschulabsolvent:innen. Eine Übersicht der Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

Einige deutsche Universitäten und Fachhochschulen bieten inzwischen spezielle Studiengänge in Data Science an, zum Beispiel die FH Kiel (Master), die TU Dortmund (Bachelor und Master) und die Universität Leipzig (Master).

Wer sich zum Data Scientist qualifizieren möchte, muss nicht zwingend an der Hochschule studieren. Die Fraunhofer-Allianz Big Data AI bietet ein Zertifizierungsprogramm für angehende Data Scientists. Neben dem Basislevel gibt es auch Spezialisierungsprogramme in »Big Data Analytics«, »Deep Learning« und »Trustworthy AI«. Mehr auf → bigdata-ai.fraunhofer.de

Verhältnismäßig geringe Grundkenntnisse setzt der Berliner Anbieter CareerFoundry für sein Programm in Data Analytics voraus. Potenzielle Studentinnen und Studenten brauchen nur einen Computer, mit dem sie sich zu den Kursen und Coachings

einloggen können, sowie den Willen, acht Monate lang 15 Stunden die Woche in diese Form der Weiterbildung zu investieren. Mehr auf der Website → careerfoundry.com

Über die Online-Weiterbildungsplattform Coursera bietet auch Google in Kürze eine Weiterbildung zum Data Analyst. Innerhalb von sechs Monaten kommen Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch ohne Vorkenntnisse zum Abschluss und erlangen ein »Google Career Certificate«. Die Studierenden lernen, sich mithilfe von Tools und Plattformen durch verschiedene Datensätze zu navigieren, die Informationen zu verarbeiten, zu analysieren, zu visualisieren und vor allem Erkenntnisse daraus zu ziehen. Mehr auf → grow.google

Kleinteiliger sind die kostenfreien Angebote der Google Zukunftswerkstatt, mit der Google Menschen fit für das Leben und Arbeiten in der digitalen Welt machen will. In der »Analytics Academy« werden die Analyse-Tools von Google vorgestellt, die sich für eine intelligente Datenerfassung und -analyse eignen. Aktuelle Kurse sind zum Beispiel: »Google Analytics für Anfänger«, »Google Analytics für Fortgeschrittene«, »Einführungskurs zu Google Analytics 360« und »Google Tag Manager Grundlagen«. Weitere Informationen und Hintergründe finden sich auf → goo.gle/analytics-academy

Die Vorsitzende des Deutschen Ethikrats, Prof. Alena Buyx, geht im Alltag sehr sorgsam mit ihren Daten um. Zugleich plädiert sie für den Abbau von rechtlichen Hürden, um Gesundheitsdaten besser zum Wohl der Allgemeinheit nutzen zu können

INTERVIEW: CHRISTOPH HENN



» Datenschutz kann Innovation fördern «

Frau Prof. Buyx, wann und wo haben Sie zuletzt personenbezogene Daten hinterlassen?

Vermutlich heute, bei der Nutzung sozialer Medien über mein Handy.

Wie gehen Sie dabei mit Ihren Daten um?

Ich achte recht penibel darauf, nicht mehr Daten zu hinterlassen als nötig. In allen Apps, die ich nutze, habe ich die strengsten Sicherheitseinstellungen gewählt. Ich untersage zum Beispiel die Weitergabe meiner Daten an »Third Parties«, also an Anbieter außerhalb des jeweiligen Dienstes. Und Standortdaten gebe ich nur weiter, wenn es für die Dienstleistung erforderlich ist.

Und beim Surfen im Internet?

Ich bin im privaten Surfmodus unterwegs. Und ich schaue mir die Cookie-Erläuterungen an, die erscheinen, wenn ich eine Website besuche. Oft kann man dort entscheiden, nur die notwendigsten Cookies zuzulassen. Ärgerlich finde

ich es, wenn der auffälligste Auswahlbutton derjenige ist, mit dem alle Datennutzungen akzeptiert werden.

Das alles erfordert einigen Aufwand.

Zwei bis drei Minuten am Tag für die Cookie-Einstellungen kann man investieren, finde ich. Mit den App-Einstellungen habe ich insgesamt mehrere Stunden verbracht. Das lässt sich gut mal auf einer langen Zugfahrt erledigen.

Warum gehen Sie so vorsichtig mit Ihren Daten um?

Wenn mir ein Dienst wichtig ist, nehme ich bestimmte Formen der Datennutzung bewusst in Kauf. Ansonsten bin ich so datensparsam wie möglich. Für mich ist das eine Güterabwägung: Ich verzichte auf digitale Angebote von kommerziellen Anbietern, wenn ich im Gegenzug zu viele persönliche Daten abgeben muss.

Wie stehen Sie zur Datennutzung in Ihrem Fachgebiet, der Medizin?

Insgesamt positiv. Es ist ein wesentlicher, auch ethischer Unterschied, ob beispielsweise soziale Medien personenbezogene Daten zu unbestimmten, kommerziellen Zwecken sammeln oder ob eine öffentliche Einrichtung damit gesundheitsbezogene Forschung betreibt. Natürlich gibt es auch kommerzielle Zielsetzungen, die ethisch unproblematisch sind. Aber medizinische Forschung hat meist ein klar allgemeindienliches Ziel: Sie versucht, Gesundheit zu erhalten, wiederherzustellen oder zu verbessern.

Welche Chancen bietet Datennutzung in der Medizin?

Die Chancen sind vielfältig. Ich sehe großes Potenzial in der Präventionsforschung. Wenn man medizinische Biobanken etwa mit Sekundärdaten aus Krankenhäusern verknüpft, lassen sich Rückschlüsse darauf ziehen, wann bestimmte Krankheiten entstehen und wie sie verlaufen. Bei Krebs oder neurologischen Erkrankungen gibt es damit noch viel zu lernen.

Natürlich lassen sich auch neue Medikamente entwickeln, indem man bestimmte Algorithmen über Datensätze laufen lässt. Leider scheitern viele Möglichkeiten an den in Deutschland verfügbaren Datenmengen. Bei Anwendungen des maschinellen Lernens in der Medizin haben uns China und die USA längst den Rang abgelaufen.

Das mag wirtschaftlich schwierig sein. Ist es auch ein medizinisches Problem?

Ja, denn wir können nicht einfach medizinische Forschungsergebnisse aus anderen Ländern übernehmen. Die Patienten und die Erkrankungen unterscheiden sich, deshalb ist es wichtig, dass wir selbst forschen. Wir würden vermutlich mehr neue Medikamente und Therapieansätze finden, wenn wir viel größere und besser vernetzte Datensätze aus deutschen Krankenhäusern hätten. Das wird gerade durch verschiedene Forschungsinitiativen vorangetrieben.

Welche Hürden stehen der Forschung entgegen?

Die Datenschutz-Grundverordnung enthält zwar eine Ausnahmeregelung für Forschungszwecke. Aber es nutzt kaum jemand diesen Spielraum, weil es aufwendig sein kann, das durchzusetzen. Eine weitere Hürde ist, dass nach unserem Recht fast immer ein neues Forschungsprojekt entsteht, sobald Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler innerhalb einer Studie Veränderungen vornehmen wollen. Andere Länder geben da auch über ihre Ethikkommissionen breiteren Spielraum. Bei uns ist oft ein neuer, vollständiger Antrag mit Datenschutzkonzept notwendig. Das bremst.

Was müsste sich ändern?

Ich wünsche mir mehr Augenmaß und zumindest vereinfachte Begutachtungswege. Und mit Blick auf die Einwilligung der Patientinnen und Patienten könnten zukünftig Datentreuhänder ein guter Weg sein. Sie würden Daten als neutrale Zwischenstation verwalten und dürften sie unter genau definierten Bedingungen anonymisieren und weitergeben. Vorab könnte der oder die Einzelne festlegen, wofür die Daten genutzt werden dürfen, ob nur für öffentlich geförderte Forschung oder auch für kommerzielle Entwicklungen.

Sehen Sie auch Risiken bei der Nutzung von Big Data in der Medizin?

Natürlich. Abgesehen davon, dass die Daten streng geschützt werden müssen, gibt es ethische Probleme, die in den Daten selbst liegen: Sie können »biased« oder verzerrt sein, wie wir in der Wissenschaft sagen.

Sie meinen, in eine Richtung voreingenommen?

Ja, ich gebe Ihnen ein Beispiel: Es gibt einen Algorithmus, der akutes Nierenversagen auf Intensivstationen mit doppelt so hoher Präzision vorhersagt wie Mediziner. Das ist ein gro-

» Ich achte recht penibel darauf, nicht mehr Daten zu hinterlassen als nötig «

ßer Fortschritt. Als Forscher untersuchten, warum der Algorithmus trotzdem noch relativ häufig falsch lag, fanden sie heraus: Der verwendete Datensatz basierte auf 92 Prozent männlichen und nur acht Prozent weiblichen Patienten. Das entspricht natürlich nicht der Geschlechterverteilung auf Intensivstationen.

Ein aktuelles Beispiel für Datennutzung im Gesundheitswesen ist die Corona-Warn-App. Sie gilt in Sachen Datenschutz als vorbildlich. Manche kritisieren aber, dass dadurch Gesundheitsämter keine Informationen bekommen. Wie schätzen Sie diesen Zwiespalt ein?

Hier wurde recht strikter Datenschutz umgesetzt, deshalb sind bestimmte Funktionen nicht vorhanden. Technikfachleute sagen mir, dass

man zum Beispiel die Cluster-Erkennung noch verbessern könnte, ohne den Datenschutz zu verringern. Aber es gibt auch andere technische Wege, den Gesundheitsämtern die Arbeit etwas zu erleichtern.

Auch auf Kosten des Datenschutzes?

Wir sollten alle Möglichkeiten in den Blick nehmen, die uns in der Pandemie zur Verfügung stehen. Daher müsste zumindest geprüft werden, ob es weitere Optionen gibt, mit digitaler Datennutzung zur Pandemieeindämmung beizutragen und zukünftig rascher wieder zu mehr freiem Leben zu kommen. Dazu gehören etwa digitale Corona-Tagebücher, aber auch neue Opt-in-Funktionen. Die können es Menschen, die dazu bereit sind – und das sind durchaus viele –, ermöglichen, mit stärkerem Tracking aktiv bei der Pandemiebekämpfung mitzuhelfen.

Auch jenseits der Medizin ist immer wieder der Vorwurf zu hören, dass Datenschutz digitale Innovationen behindert. Wie sehen Sie das?

Datenschutz ist ohne Frage eine ethische Notwendigkeit. Und wenn er gut gemacht ist, kann er Innovation sogar befördern.

Was unterscheidet guten von schlechtem Datenschutz?

Von schlechtem oder dysfunktionalem Datenschutz spreche ich, wenn er nicht mehr zu den Gegebenheiten passt oder wenn er wichtige soziale Güter unmöglich macht. Dann ist Datenschutz auch ein Innovationshemmer. Datenschutz made in Germany sollte synonym werden für hochwertigen, durchaus strengen Datenschutz, der aber auch verantwortungsbewusste Innovation ermöglicht. ●



Zur Person

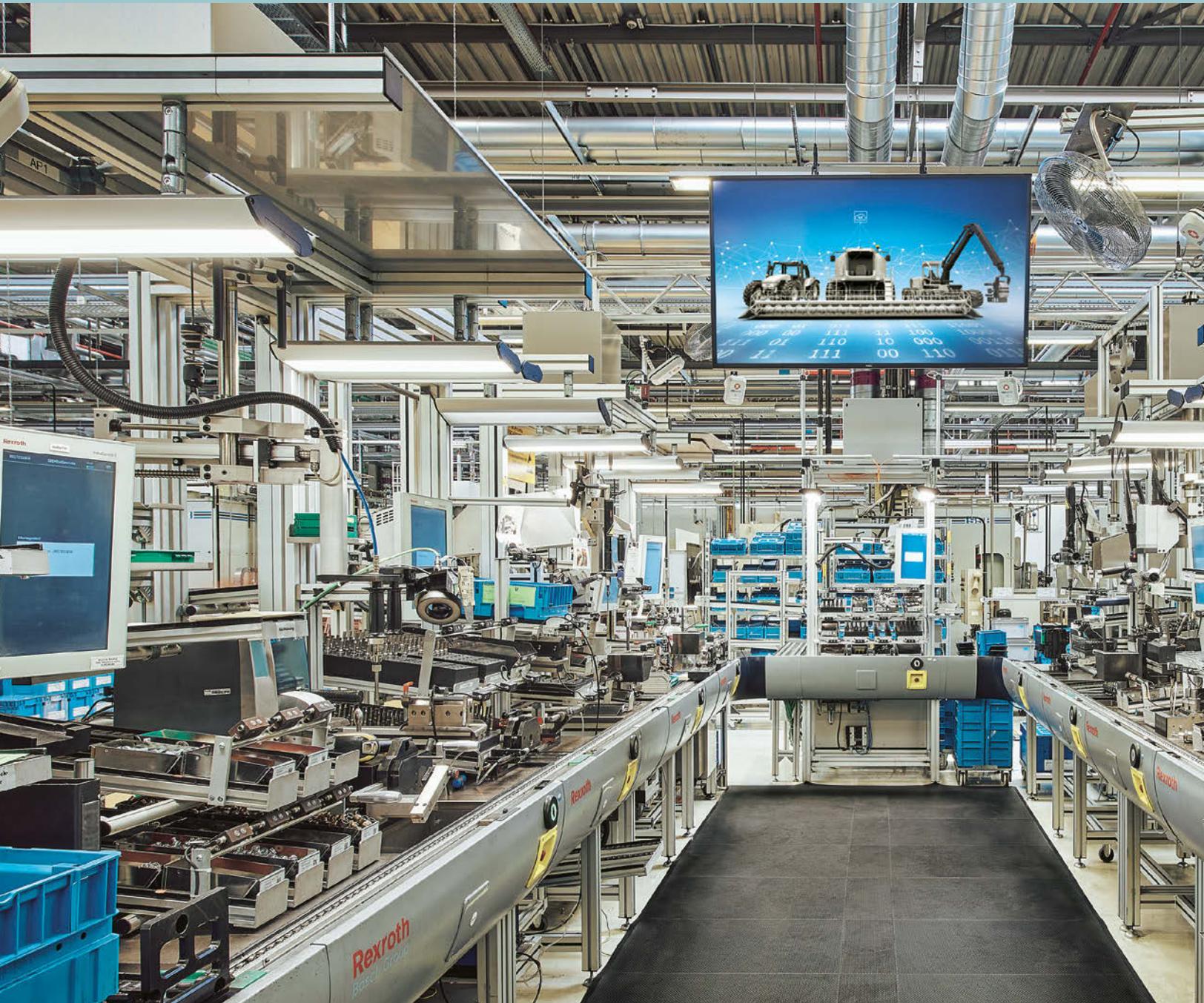
Alena Buyx ist Direktorin des Instituts für Geschichte und Ethik der Medizin der Technischen Universität München und Professorin für Ethik der Medizin und Gesundheitstechnologien. Seit Mai 2020 ist die approbierte Ärztin zudem Vorsitzende des Deutschen Ethikrats.

Kluge Produktion

In der vierten industriellen Revolution werden Maschinen dank Vernetzung effizienter und eigenständiger. Drei Beispiele zeigen, wie diese intelligente Form der Datenanalyse im Alltag der Industrie 4.0 funktioniert und was sie ermöglicht

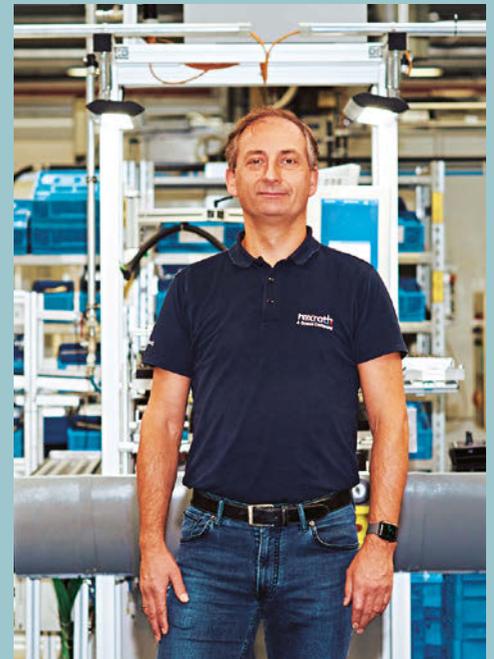
TEXT: KATHARINA FUHRIN

FOTOS: SCHMOTT, SEBASTIAN BERGER, JEWGENI ROPPEL





Die Multiproduktlinie (links) besteht aus neun autarken Arbeitsstationen, die intelligent miteinander vernetzt sind. Kleines Bild: Der Bosch-Rexroth-Standort in Homburg. Das Porträt oben zeigt Matthias Möller vor der Multiproduktlinie.



» Die Maschine weiß, wer vor ihr steht «

Maschine: Multiproduktlinie

Aufgabe: 200 Varianten hydraulischer Ventile herstellen

Hersteller: Bosch Rexroth ist auf Antriebs- und Steuerungstechnologie spezialisiert. Mit Technik und digitalen Dienstleistungen unterstützt das Unternehmen andere bei aktuellen Herausforderungen im Maschinenbau, zum Beispiel bei der Herstellung kleiner Chargengrößen oder beim Einsparen von Energie.

Matthias Möller, Ingenieur und Leiter der Abteilung Planung Produktionsprozesse im Bosch-Rexroth-Werk Homburg: »Mit unserer Multiproduktlinie in Homburg bauen wir 200 verschiedene Varianten hydraulischer Ventile für Traktoren. Sie steht schon seit 2014 bei uns im Werk, aber noch immer kommen Interessierte aus dem In- und Ausland, um sich ihre Funktionsweise erklären zu lassen. Auf den ersten Blick sieht sie aus wie eine ganz normale Montagelinie. Im Hintergrund läuft aber ein ständiger Datenaustausch, denn die Linie mit ihren neun Arbeitsstationen ist komplett vernetzt. Man merkt es zum Beispiel, wenn sie mit der Mitarbeiterin oder dem Mitarbeiter

interagiert: Über einen Bluetooth-Tag, den alle tragen, die an den Stationen arbeiten, weiß die Linie, wer vor ihr steht, welches Qualifikationsniveau die Person hat oder welche Muttersprache sie spricht. Daraufhin passt sie den Arbeitsplatz automatisch den individuellen Erfordernissen an. Das funktioniert im Prinzip ähnlich wie bei einem Smartphone, das wir uns ja auch alle auf unsere Bedürfnisse hin einstellen.



Aber nicht nur Mensch und Maschine sind vernetzt, sondern auch Maschine und Produkt. Jedes Teil, das produziert wird, bekommt einen RFID-Chip. So weiß die Station, wie das Produkt gefertigt werden muss, und zeigt dem Personal die notwendigen Schritte auf dem Bildschirm an. Gleichzeitig wird eine Art Lebenslauf des Produkts erstellt, um seine Qualität zu dokumentieren. Zudem haben wir einen guten Überblick, was gerade an Komponenten verbraucht wird, sodass wir einen um 30 Prozent reduzierten Lagerbestand an der Linie haben. Unsere Produktivität konnten wir um 10 Prozent steigern, gleichzeitig sind wir flexibler.

Die Mitarbeiter:innen tragen diesen Bluetooth-Tag, um in der Montagelinie per Funktechnologie identifiziert werden zu können. So stellt sich die Montagelinie auf die Bedürfnisse der Fachleute ein – zum Beispiel im Hinblick auf die angezeigten Arbeitsinhalte oder die Schriftgröße auf den Displays.

Ich arbeite seit 20 Jahren im Maschinenbau, und für mich ist das ein Riesenschritt nach vorne. Auch in unserer Branche, die viel mit Stahl und Eisen zu tun hat, können wir zeigen, was Vernetzung leisten kann. Unsere Linie hat einen Stein ins Rollen gebracht, der immer noch rollt. Daraus haben wir schon einige weitere Produkte entwickelt, die uns intern helfen, die wir aber auch extern vermarkten.«



Dieses Schnittmodell veranschaulicht die Komplexität eines Traktorventils.



Die TruLaser Center 7030 (großes Bild) arbeitet fast alleine: Der Mensch gibt lediglich ein, was die Maschine zu tun hat, und befüllt sie dann mit Blechbögen. Am Trumpf-Standort Ditzingen (oben) entwickelt unter anderem Antje Relitz (rechts) Lösungen für die Industrie 4.0.



hier ein Blech mit geschnittenen Teilen heraus, ähnlich wie beim Plätzchenbacken, wenn Sie also den Teig ausgerollt und die Formen ausgestochen vor sich liegen haben, sie aber noch herauslösen müssen. An dieser Stelle musste bislang ein Mensch die Teile händisch heraus-trennen.

Bei unserem Laservollautomaten, der TruLaser Center 7030, funktioniert das alles vollautomatisch. Wie bei einer Druckerstation befüllt man anfangs nur eine Schublade mit Blechbögen, aus der sich die Maschine selbst belädt. Sobald die Maschine die Teile geschnitten hat, löst sie diese heraus und gibt sie schön gestapelt aus. Für die Kundschaft ist es nicht offensichtlich, dass sie dabei mit Daten arbeitet – anders wäre es allerdings gar nicht möglich. Unser Anspruch ist nämlich, dass unsere Maschine Teile in allen erdenklichen geometrischen Formen herauslösen kann, egal ob Kreis, Stern, Ring oder ein beliebiges anderes Teil. Das macht die Maschine mithilfe von Pins, die von unten drücken, und von Shuttles, die von oben saugen.

Wie aber muss man diese platzieren, damit sich das Teil nicht verkantet? Mit einfachen Regeln kommt man hier nicht weiter, denn für jedes Teil gibt es eine eigene optimale Positionierung. Und das ist für eine Maschine wahnsinnig kompliziert. Deswegen kommt an dieser Stelle künstliche Intelligenz (KI) ins Spiel. Wir sammeln die Erfahrungen unserer Kunden in Form von anonymisierten Daten und sehen uns die Infos über Teile, Positionierung und jeweiligen Entnahmeverfolg an. Der Algorithmus lernt mit jedem Mal dazu, was erfolgreich war und was nicht, um seine Vorhersagen zu trainieren. In Zukunft soll die TruLaser Center 7030 mit jedem neuen Teil, das sie bearbeitet, automatisch dazulernen und dadurch immer effizienter werden.

» Der Algorithmus lernt mit jedem Mal dazu «



Maschine: TruLaser Center 7030

Aufgabe: Blechteile in allen Formen schneiden

Hersteller: Die TRUMPF Gruppe mit Hauptsitz in der Nähe von Stuttgart ist Marktführer bei Werkzeugmaschinen und Lasern für die industrielle Fertigung. Ihre Softwarelösungen zielen auf das Prinzip »Smart Factory«, also Produktionsumgebungen, die sich selbst organisieren und die ein wesentlicher Bestandteil der Industrie 4.0 sind.

Antje Relitz, Data Scientist in der Entwicklung von Werkzeugmaschinen bei Trumpf:
»Herkömmliche Laserschneidmaschinen gibt es schon eine ganze Weile. Am Ende kommt

Da mein beruflicher Hintergrund die Mathematik und nicht der Maschinenbau ist, finde ich es spannend zu sehen, wie Methoden der KI etablierte Technik revolutionieren. Noch vor wenigen Jahrzehnten hätte es solche Maschinen gar nicht geben können.«



Das Beatmungsgerät von Dräger ist mit der Software Smart Care/PS ausgestattet und hilft Patientinnen und Patienten bei der Entwöhnung von der künstlichen Beatmung.



Indem die Software permanent Vitalwerte der Patientin oder des Patienten abgleicht, kann sie den Status der Beatmung klassifizieren und damit selbstständig Entscheidungen fällen. Damit Betroffene nur so lange wie nötig künstlich beatmet werden.



Frank Ralfs arbeitet im Produktmanagement für Beatmungsgeräte bei Dräger. Für den Fotografen demonstriert er an einer Puppe die Verwendung des Beatmungsgerätes.

» Der gesamte Entwöhnungsprozess läuft selbstständig «

Maschine: Beatmungsgerät mit der Software Smart Care/PS

Aufgabe: Beim Entwöhnen von der Beatmung helfen

Hersteller: Dräger ist als Unternehmen für Medizin- und Sicherheitstechnik vielen in der Corona-Krise ein Begriff geworden: Die Beatmungsgeräte und Atemschutzmasken des norddeutschen Unternehmens sind weltweit gefragt. Die Lübecker arbeiten zudem an Softwarelösungen, die die Medizin digitaler machen sollen.

Frank Ralfs, Produktmanagement Beatmung bei Dräger: »Wenn ein Mensch atmet, zieht er normalerweise Luft in seine Lungen. Ist er aber an ein Beatmungsgerät angeschlossen, dann wird Luft in seine Lungen gedrückt, um den Gasaustausch zu leisten. Dieses Prinzip funktioniert sehr gut, allerdings gibt es auch Risiken: Die Beatmung kann die Lunge schädigen, insbesondere wenn sie schon vorgeschädigt ist. Und je länger jemand beatmet wird, desto stärker verkümmern die Muskeln, die er oder sie zum eigenständigen Atmen braucht, und desto höher ist auch die Infektionsgefahr. Vom ersten Tag der Behandlung an geht es daher auch um

die Frage, wie schnell jemand wieder alleine atmen kann. Wie viel man die Beatmung aber zu welchem Zeitpunkt zurückfahren kann, ergibt sich aus einem »Trial and Error«-Verfahren unter ständiger Überwachung der Behandelnden.

Unser Beatmungsgerät haben wir mit der Software Smart Care/PS ausgestattet. Es kann bei diesem Prozess helfen, weil es ein wissensbasiertes Entwöhnungssystem bietet. Permanent misst es die Atemfrequenz, das Luftvolumen und die CO₂-Konzentration und vergleicht die Daten mit Normbereichen, um entlang dieser drei Kategorien eine Diagnose zum Zustand der Patientin oder des Patienten zu geben. Daraufhin passt sich das System an und versucht entsprechend, den Grad der Unterstützung herunterzufahren. Sollte sie oder er Anzeichen respiratorischer Überforderung zeigen, erhöht das System wieder die Intensität. Bleibt das Minimalniveau lange genug stabil, deklariert es diesen sogenannten Spontan-Atemversuch als erfolgreich, und Behandelnde können eine Extubation erwägen. Damit wird entweder die Beatmung beendet oder auf Maskenbeatmung gewechselt.

Bei vielen Patientinnen und Patienten läuft der Entwöhnungsprozess komplett selbstständig.

Das System merkt auch, wenn etwas nicht stimmt und es die Beatmung nicht weiter herunterfahren sollte. Und wenn es nicht weiterkommt, etwa bei widersprüchlichen Kombinationen der Messdaten, schlägt es Alarm. Das spart nicht nur Kosten: Mit Smart Care/PS kann die Dauer der Beatmung reduziert und somit auch das Infektions- und Sterblichkeitsrisiko verringert werden.

Der nächste Schritt ist nun, dass Daten bidirektional zwischen Medizinprodukten sowie dem Informationssystem einer Klinik ausgetauscht werden können. Als erste deutsche Einrichtung hat die Berliner Charité das gerade mit unserer Unterstützung eingerichtet. Es basiert auf dem neuen IEEE-Standard »Service-oriented Device Connectivity« und wird in einem Klinikbereich für die Intensivversorgung von Corona-Patienten eingesetzt. Ein Beatmungsgerät kann dann mit anderen patientennahen Geräten etwa zur Lungen- oder Kreislaufüberwachung sowie mit dem klinikeigenen Patientendatenmanagementsystem vernetzt werden und seine Informationen austauschen. Das soll sicherstellen, dass Daten dort zur Verfügung stehen, wo sie gebraucht werden. So entsteht die Grundlage für zukünftige bessere Nutzung von Daten unterschiedlicher Herkunft für die Therapie.«

Alle zehn Jahre findet ein EU-weiter Zensus statt. In Deutschland werden 2022 zehn Millionen Menschen nach ihrer Lebens-, Wohn- oder Arbeitssituation befragt. Wozu dient die Volkszählung und wie läuft sie ab? Ein Gespräch mit Katja Wilken vom Statistischen Bundesamt

TEXT: CATALINA SCHRÖDER
ILLUSTRATION: ANTON HALLMANN



»Haben wir genügend
Krankenhäuser und
Schulen?«

Frau Wilken, wofür brauchen wir den Zensus?

Der Zensus gibt Auskunft über die aktuelle Bevölkerungszahl für Bund, Länder und Gemeinden. Wir bekommen aber auch Daten zur Anzahl der Wohnungen und Häuser in Deutschland, zur Wohnungssituation der Menschen sowie Daten zu den Haushalten und Familien, zu Erwerbstätigkeit und Bildung.

Was geschieht mit den Daten, die Sie im Rahmen des Zensus erfassen?

Wichtig sind diese Informationen, um die Infrastruktur in unserem Land planen zu können: Haben wir genügend Krankenhäuser, Altenheime und Schulen? Gibt es ausreichend Straßen? Die Ergebnisse des Zensus helfen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kommunen, die Pro-Kopf-Versorgung zu berechnen und die Situation vor Ort entsprechend anzupassen. Der Zensus ist aber auch eine wichtige Quelle, wenn es darum geht, die Finanzverteilung zwischen Ländern und den Kommunen zu regeln. Und dann dient der Zensus auch dazu, die Wahlkreise in Deutschland zuzuschneiden.

Wie genau funktioniert das?

Wenn wir beispielsweise durch den Zensus rausfinden, dass in einem größeren Bundesland weniger Menschen leben als angenommen, kann das dazu führen, dass dort künftig die Zahl der Abgeordneten im Bundestag reduziert wird. Andernfalls werden die Interessen der dortigen Bevölkerung überproportional im Bundestag vertreten, und das wäre keine Gleichbehandlung gegenüber Menschen in anderen Bundesländern.

Reicht es nicht, die Register der Einwohnermeldeämter auszuwerten, um herauszufinden, wie viele Menschen in Deutschland leben?

Die Register der Einwohnermeldeämter bilden die wichtigste Quelle für den Zensus. Wenn diese Register taggenau und präzise gepflegt wären, wären sie sogar ausreichend für die Einwohnerzahl-Ermittlung. Leider ist es aber so, dass manchmal Personen mehrfach in verschiedenen Melderegistern eingetragen sind. Dann gibt es Leute, die nicht mehr an einem Ort gemeldet sind, obwohl sie dort noch leben. Und es gibt Personen, die weggezogen, aber noch in einer Kommune gemeldet sind. Diese drei Fälle zeigen beispielhaft mögliche Fehler in den Melderegistern, und diese müssen wir mit dem Zensus bereinigen, weil die amtliche Bevölkerungszahl sonst zu ungenau wäre.

Der Zensusstichtag musste um ein Jahr von 2021 auf 2022 verschoben werden. Wie kam es dazu?

Bund und Länder haben entschieden, dass es aufgrund der Corona-Pandemie momentan nicht angemessen ist, den Zensus durchzuführen. Innerhalb der öffentlichen Verwaltung

» Wir Deutschen sind sehr sensibel, wenn es um persönliche Daten geht «

müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum einen in der Lage sein, die Gesundheitsämter zu unterstützen. Und zum anderen müssen wir für den Zensus teilweise Interviewerinnen und Interviewer zu den Menschen nach Hause schicken. Das ist in einer Pandemiesituation nur schwer vertretbar.

Am Zensus nehmen zehn Millionen Menschen teil. Wie werden die ausgewählt?

Das ist eine Zufallsauswahl, die nach Adressen erfolgt.

Es gab bereits Demos gegen den Zensus, und Kritiker bemängeln, dass die Bevölkerungszählung ein Schritt auf dem Weg zum Überwachungsstaat sei. Können Sie es verstehen, wenn Menschen datenschutzrechtliche Bedenken haben?

Wir stellen die Geheimhaltung der Daten in jedem Fall sicher, insofern kann ich zusichern, dass keine Daten zu einzelnen Personen unser Haus verlassen.

In den vergangenen Jahren wurde viel über Datenschutz diskutiert. Hat sich aus Ihrer Sicht die Einstellung der Menschen zur Erfassung von Daten verändert?

Wir Deutschen sind sehr sensibel, wenn es um persönliche Daten geht. Das ist bei uns natürlich historisch bedingt und gut nachvollziehbar. Das Bewusstsein der Menschen hat sich in den letzten Jahren dahingehend verändert, dass sie verstärkt kritisch nachfragen, ob wir diese Daten wirklich brauchen.

Nach dem letzten Zensus 2011 mussten Kommunen auf Geld aus dem Länderfinanzausgleich verzichten, weil ihre Einwohnerzahl nach unten korrigiert

wurde. Kritiker sagen: Um ganz sicher zu gehen, dass keine Kommune benachteiligt wird, müsste eine Vollerhebung gemacht werden. Wie sehen Sie das?

Eine Vollerhebung ist nicht zuletzt aus Sicht des Bundesverfassungsgerichts, dem dieser Sachverhalt ja vorgetragen worden ist, eine unzulässige Belastung der Bevölkerung. Wir haben die Maßgabe, Methoden mit geringstmöglicher Belastung für die Bürgerinnen und Bürger auf Basis einer zeitgemäßen IT-Technologie zu nutzen. Die Stichprobe ist als Methode angemessen und vom Bundesverfassungsgericht auch so bestätigt worden.

Die Auswertung der Daten hat beim letzten Zensus lange gedauert – teilweise mehrere Jahre. Warum ging das nicht schneller und wie lange soll die Auswertung dieses Mal dauern?

Die Daten wurden 2011 hauptsächlich von Interviewerinnen und Interviewern oder postalisch erhoben und kamen erst nach der Prüfung und Zusammenführung in den Statistischen Landesämtern zu uns und wurden weiterverarbeitet. Wir wissen aber, dass das damals zu lange gedauert hat. Dieses Mal wollen wir die Daten nach 18 Monaten bereitstellen, indem der Großteil der Befragungen digital erfolgt – online oder telefonisch. Das ist immer noch eine lange Zeit, aber wir müssen umfassenden Datenschutz gewährleisten. Unsere IT-Systeme sind abgeschottet, daher kosten unsere Prozesse mehr Zeit. Hier geht Qualität vor Geschwindigkeit.

Angenommen, ich werde vom Zufalls-generator für den nächsten Zensus ausgewählt – wann bekomme ich darüber Bescheid?

Ab dem Stichtag im Mai 2022 werden wir die zufällig ausgewählten Haushalte anschreiben beziehungsweise kontaktieren. Wohnungseigentümerinnen und Wohnungseigentümer werden gegebenenfalls bereits im Sommer 2021 für eine Vorbefragung kontaktiert. ●



Zur Person

Die Juristin Katja Wilken ist seit 2018 Gesamtverantwortliche für den Zensus beim Statistischen Bundesamt.

